

# graswurzel revolution

für eine gewaltfreie,  
herrschaftslose gesellschaft

## Eine Region wird wach

### Flughafen Frankfurt – Massive Proteste gegen die neu eröffnete Landebahn Nord

„Nach zehn Jahren Dialog mit dem Umland, Planungsverfahren und Bau wird die Nordwest-Landebahn dem Betrieb übergeben“, berichtete die Betreibergesellschaft Fraport am 21.10.2011. Einen Tag später protestierten 20.000 aufgebrachte Menschen in Mainz gegen den unerträglich angestiegenen Fluglärm.

Die mit der Eröffnung der neuen Landebahn einhergehenden veränderten Flugrouten und Überflughöhen hatten schon Wochen vor der eigentlichen Inbetriebnahme die vorbelastete Region des Rhein/Maingebiets mit zusätzlichem Lärm überzogen, der die Menschen buchstäblich aus den Betten auf die Straße trieb.

#### Protestwelle

Seitdem setzte sich eine Welle des Protestes in Bewegung, die alle überraschte und mit der kaum jemand noch gerechnet hatte.

Auch das seit über zehn Jahren gegen den Bau der Landebahn kämpfende Bündnis der Bürgerinitiativen, deren älteste Initiativen bis zu den Protesten gegen die Starbahn West Anfang der 80er Jahre zurückreichen, hatte nach Einwendungen, Klagen von BürgerInnen und Gemeinden, Protesten im Wald, Hüttendorfräumung und Polizeieinsätzen und einem nur noch marginalen Protest- und Widerstandspotential nicht mehr mit einer solchen Welle des Aufbegehrens gerechnet.

Dabei handelt es sich in Sachen Fluglärm nur um einen Vorgesmack. Die Pläne von Fraport und Lufthansa sehen vor, mit der Inbetriebnahme der Landebahn-Nord die Möglichkeit der Flugbewegungen von 400.000 (Ist-Zustand) in Richtung 900.000 pro Jahr zu verdoppeln. Seit dem jüngsten Beschluss der Initiativen, nicht nur am Ort der Betroffenheit zu demonstrieren, sondern am Flughafen selbst, tönten in den Abflughallen des Terminals 1 an den Montagen der Vorweihnachtszeit nicht nur die Lautsprecherdurchsagen der Fraport, sondern zunehmend die dröhnende Wut einer von Mal zu Mal wachsenden Menge von Menschen.

Binnen weniger Montage schwoll sie zu einer die Abflughallen füllenden vieltausendköpfigen Menge, die unüberseh- und hörbar das Ende des Lärms und eine ungestörte Nachtruhe fordert.

Der Betriebsablauf ist gestört – nicht nur am Flughafen, sondern auch im übertragenen Sinn: Die Heftigkeit der Reaktion, die stetige Zunahme der Protestierenden, das Echo in

den Medien schallt den ökonomisch und politisch Verantwortlichen heftig in den Ohren. Dabei waren die PolitikerInnen und Flughafenbetreiber stolz darauf gewesen, dass die Proteste gegen die Nordbahn bei weitem nicht das gefürchtete Ausmaß der Unruhen angenommen hatten, wie sie vor nunmehr rund dreißig Jahren der Bau der berüchtigten Startbahn-West hervorrief.

#### Startbahn-West

Die Räumung des Hüttendorfs an der Startbahn-West 1981, die Proteste im Vorfeld, die juristische Niederschlagung des Volksbegehrens brachten nicht nur 150.000 Menschen in Wiesbaden auf die Straße und mündeten in eine legendäre Flughafenblockade, in der dieser über Stunden lahmgelegt wurde, sondern auch in monate- und jahrelange Proteste. Diese fanden erst mit dem tragischen Tod zweier Polizisten im Jahre 1987 ihr Ende, als diese von einem Einzeltäter durch den fatalen Einsatz einer Schusswaffe bei einer Nachtdemonstration getötet wurden.

Die Heftigkeit der Proteste Anfang der 1980er Jahre hatte phasenweise fast zu einer „Unregierbarkeit der Region“ geführt.

Fortsetzung auf Seite 2

## Freiheit für Manning!

Will der „Verteidiger“ 30 Jahre Haft für den Whistleblower Bradley Manning?!

Seite 3



Poster von Eric Gulliver: "calling for the freedom of Bradley Manning, the soldier taking the fall for the Wikileaks cables"

## Spagat mit offenem Ausgang

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und der Machtkampf zwischen Regierung und Armee

Seite 10 f.



Antimilitaristische Demonstration in Istanbul, Mai 2009.

Foto: © Timo Vogt, www.randbild.de

## Eine Yuppie-Revolte

Ein libertärer Blick auf die aktuellen Proteste in Russland

Dr. hist. habil. Vadim Damier (51) ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Er lebt in Moskau und ist aktives Mitglied der *Föderation der Arbeitenden in Erziehung, Wissenschaft und Technik* innerhalb der *Konföderation Revolutionärer Anarchosyndikalis-*

*ten* (KRAS). Für die Leserinnen und Leser der *Graswurzelrevolution* analysiert er die Zusammensetzung der aktuellen Protestbewegung gegen die Wahlfälschungen in Russland. (GWR-Red.)

Seite 8f.

#### Aus dem Inhalt

##### Anti-Atomkraft-Bewegung

... mit neuem Schwung

Seite 4

##### Protest gegen US-Folterschule

Theresa Cusimano zu sechs Monaten Haft verurteilt

Seite 5

##### Made in Germany:

... Tod für die Welt

Seite 6

##### Make school, not war

Kritik am neoliberalen Bildungssystem

Seite 7

##### „Organisieren!“

Ein Nachruf auf Berni Kelb (13.2.1934 – 5.12.2011)

Seite 12

##### Harte Musik und klarer Kopf

Straight Edge

Seite 15

##### Praktisches

... für eine Welt der Zukunft

Seite 16 f.

##### Boris Vian

Der „Prinz von St.

Germain“

Seite 17



Fortsetzung von Seite 1

## Eine Region wird wach



Sie waren erklärtermaßen das Schreckbild einer jeden Regierung, vergleichbar etwa nur mit der Situation der jährlichen Castortransporte im Wendland.

Beschwichtigungsversuche der Politik und ein Ausbund an Lügen begleiten seit jeher die Geschichte des Flughafenausbaus.

Und so dröhnen den nicht unter politischem Alzheimer leidenden Menschen der Region eben nicht nur die Flugzeuge in den Ohren, sondern auch die Lügen und Verdrehungen.

Angefangen mit Ministerpräsident Holger Börner (SPD), der beim Bau der Startbahn West versprach, „kein Baum werde mehr fallen für den Flughafen“.

Die ökonomische und politische Potenz des Frankfurter Flughafens, unlösbar verzahnt mit der Entwicklung der Metropolenregion Rhein/Main, hat jedoch ihre eigenen Regeln, und die z.B. größte Bankendichte auf dem europäischen Festland hat ihre eigene Gesetzmäßigkeit. Als der Flughafenbetreiber und die Lufthansa 1997 eine neue Landebahn forderten, zeigte sich die an der Regierung befindliche Koalition aus SPD und Grünen zwar eingedenk der Startbahn-West-Ereignisse vorsichtig, aber letztlich doch hilfsbereit gegenüber dem Anliegen der Ausbaubetreiber.

Nicht jedoch ohne ein sogenanntes Mediationsverfahren auf den Weg zu bringen – denn welche Partei will schon Proteste, die sich gegen die eigene Regierung richten. Das Mediationsverfahren, das offiziell das Ziel hatte, einen „fairen Dialog“ zwischen betroffenen Bürgern und Betreibern zu initiieren, sollte erklärtermaßen den Protest kanalisieren und ihn von der Straße weg hin zum harmloseren Verhandlungstisch verlagern. Die Bürgerinitiativen hatten sich jedoch schlau gemacht, das Manöver durchschaut und boykottierten das Mediationsverfahren „Dialogforum“. Unter Beteiligung von Umweltverbänden, Kommunen, Kirchen und Flughafenbetreibern wurde (trotz Abwesenheit der Bürgerinitiativen) das Verfahren mit großem propagandistischem Getöse durchgezogen, um – wen wundert's – zu dem Ergebnis zu kommen, die Landebahn könne gebaut werden. Ein Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr (die BIs fordern 22.00 bis 6.00 Uhr) wurde dabei als Trostpflaster zur Bedingung des Baus genannt. Roland Koch (CDU), damals an der Regierungsspitze, ließ verlauten, „es werde keinen Ausbau ohne Nachtflugverbot geben“, um diese Aussage nach einem Klageverbot der Lufthansa prompt und zügig zu vergessen.

Brachte diese durchschaubar kapital- und betreiberfreundliche Politik noch vergleichbar wenige zum Schäumen, so änderte sich dies schlagartig mit der Verlegung der Flugrouten.

Seitdem ist Ärger angesagt. Sprach der momentane MP Volker Bouffier (CDU) bei der Einweihung der Bahn noch „von einem Tag der Freude für das ganze Land“, so sind inzwischen Ernüchterung und die schlagartige Erkenntnis darüber eingetreten, dass Menschen sich zwar belügen, besänftigen und hinhalten lassen, dass jedoch diese Strategie in dem Moment endet, in dem ein Desaster wie dieses unüberhörbar sinnlich erfahrbar wird.

Die dröhnende Wahrhaftigkeit schlafloser Nächte, unerträglichen Lärms innerhalb und außerhalb von Wohnungen in weiten Teilen des dichtbesiedelten Rhein/Main-Gebiets weckte Menschen zu Hunderttausenden auf. Eine „Wachheit“, die sich gegen die herrschende Politik zu richten beginnt, die sich bei vielen vorerst auf die Kritik am Lärm beschränkt, die jedoch sensibilisiert gegenüber inhaltlichen Zusammenhängen und in ihrer praktischen Ebene des Protestes Menschen aufeinander zu bewegen lässt.

Hier spielen die „alten“ Zusammenhänge und die gewachsenen, erfahrenen Strukturen der „alten“ Bürgerinitiativen eine große Rolle. Zahlreiche neu entstehende Initiativen, die anfangs nach dem „St. Floriansprinzip“ eine Verlegung der Flugrouten (zu Ungunsten anderer) gefordert hatten, begriffen schnell, dass es ums gemeinsame Ganze geht. Proteste und Widerstand gegen eine Politik, die Profite und die Maxime ewigen Wachstums über die Gesundheit und die ökologischen Bedürfnisse stellt, wachsen zur Zeit, zum Schrecken der Politik, die plötzlich „oh Wunder“ ihre Bürgernähe neu entdeckt, zu gemeinsamen Gesprächen lädt, nachdem sie zuvor versucht hatte, die Initiativen gegeneinander auszuspielen. Diese wiederum spüren ihren wachsenden Einfluss und fordern nun ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, eine Beschränkung der Flugbewegungen und sogar die Schließung der Nordbahn.

### Budenzauber und Lernprozesse zuhauf

Es ist richtig was los: Regierung und Parteien, der jeweiligen Rolle als Opposition gemäß in „flammenden Protest“ an der Seite der Betroffenen oder eben „gnädig in neuer Dialogbereitschaft“ einerseits, alte und neue Initiativen andererseits, im notwendigen Annäherungs- und Umgangsprozess zwischen langjähriger Erfahrung, Desillusionierung und spontanem, zum Teil naivem Protest. In jedem Fall gibt es „Auftrieb und neuen Schub“ auch anders, als es den Flughafenbetreibern recht ist: Angestoßen durch den Lärm, beginnt erneut eine Auseinandersetzung mit dem Moloch Flughafen an sich, dem Dreck, den herben Arbeitsbedingungen und auch der unmenschlichen Abschiebepaxis. Auch wenn sich viele der neuen Initiativen noch schwer tun, über den Tellerrand der eigenen Lärmbetroffenheit hinaus zu sehen, ist aufs Neue ein emanzipativer Prozess im Gange, der nicht bei Null beginnt, sondern zu einem guten Teil auf die bereits gemachten Erfahrungen bauen kann. Zumindest sind Redner und Rednerinnen aus Parteien nicht willkommen. Das könnte ein gutes Durchstarten für die Bewegung bedeuten.

Dr. Michael Wilk (AKU-Wiesbaden)

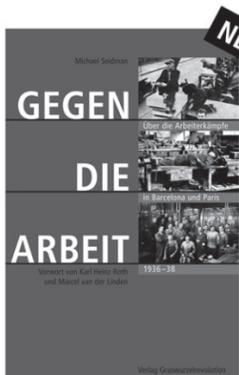
Informationen über Mediations-/Dialogverfahren, Flughafen Frankfurt etc. beim Verfasser



Editorial

ANTI-FA  
HEISST  
KREATIV  
SEIN

# Verlag Graswurzelrevolution



Michael Seidman  
**Gegen die Arbeit**  
Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936–1938

Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden

477 Seiten | 24,90 Euro | ISBN 978-3-939045-17-5

Michael Seidman hat Arbeitsverweigerungen während der Spanischen Revolution in Barcelona und der Fabrikbesetzungen in Paris zwischen 1936 und 1938 untersucht. Er hat herausgefunden, dass ArbeiterInnen unter Revolution keineswegs verstanden, aus Begeisterung mehr zu arbeiten, sondern vielmehr weniger oder gar nicht. Eine brisante Studie gegen die produktivistische Gesellschaftsutopie.



Walther L. Bernecker  
**Anarchismus und Bürgerkrieg**  
Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939  
Mit einem aktuellen Vorwort  
versehene Neuauflage  
390 S. | 24,80 Euro  
ISBN 978-3-939045-03-9



Walther L. Bernecker/  
Sören Brinkmann  
**Kampf der Erinnerungen**  
Der Spanische Bürgerkrieg  
in Politik und Gesellschaft  
1936–2010  
5. erw., aktualisierte Aufl.  
395 S. | 37 Abb. | 21,50 Euro  
ISBN 978-3-939045-16-8



Leo Tolstoj, Clara Wichmann,  
Elisé Reclus, Magnus  
Schwantje u. a.  
**Das Schlachten beenden!**  
Zur Kritik der Gewalt an Tieren.  
Anarchistische, feministische,  
pazifistische und linkssozialistische  
Traditionen  
180 S. | 5 Abb. | 14,90 Euro  
ISBN 978-3-939045-13-7



Findus  
**Kleine Geschichte  
des Anarchismus**  
Ein schwarz-roter Leitfaden – Comic  
2. erw., aktualisierte Aufl.  
57 S. | 7,80 Euro  
ISBN 978-3-939045-14-4

# Vorverfahren gegen Bradley Manning

## 30 Jahre Haft als Ziel der Verteidigung?!

Gegen Bradley Manning, der vermutlich die Quelle der sog. „Cablegate“-Unterlagen ist, die Wikileaks veröffentlichte – einschließlich des „Collateral Murder“ genannten Videos, auf dem der tödliche Einsatz eines Kampfhubschraubers gegen 12 ZivilistInnen zu sehen ist –, ist im Dezember letzten Jahres das Vorverfahren nach US-amerikanischem Militärrecht durchgeführt worden. Wirkliche Überraschungen traten dabei nicht ans Licht, allerdings wurden die Einseitigkeit des Verfahrens und der absolute Verurteilungswille des Militärs vorab mehr als deutlich zur Schau gestellt.

Am 13. Juni 2011 wurde zunächst ein anderer Fall „geleakert“: Informationen historisch abgeschlossen: Die sogenannten „Pentagon-Papiere“ über den Vietnamkrieg, die Daniel Ellsberg seinerzeit kopiert und an die Presse weitergegeben hatte, wurden exakt 40 Jahre nach der ersten journalistischen Verwertung komplett veröffentlicht.<sup>1</sup>

Sie belegen, dass der Krieg lange geplant, mit Lügen fortgeführt und auch dann noch aufrecht erhalten wurde, als die USA einen Sieg aus militärischer Sicht für nicht mehr möglich hielten.

Doch dieses Datum markiert keineswegs eine Umkehr der US-Administration im Umgang mit Whistleblowern.

Zwar wurden in Obamas Amtszeit Verbesserungen zum Schutz von „Geheimnisverrätern“ durchgesetzt, soweit sich die Enthüllungen auf problematische Vorkommnisse in der Privatwirtschaft beziehen. Sind aber staatliche bzw. militärische Interessen betroffen, ist es aus mit der neuen Offenheit – Manning ist bereits der fünfte als „Spion“ Verfolgte unter Obama, der auf staatliche Missstände aufmerksam machen wollte.

Am 16. Dezember 2011 war es dann soweit, die Anhörung im Vorverfahren begann, über anderthalb Jahre nach der Festnahme Mannings im Irak.<sup>2</sup> Geklärt wird in diesem Verfahren der Umfang der Anklage, das Verfahren endet mit einer entsprechenden Empfehlung, ob Manning vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Die abschließende Entscheidung hierüber liegt bei dem Kommandeur des Militärbezirks von Washington.

Das Verfahren beginnt nicht sehr viel anders, als man das von politischen Prozessen gewohnt ist – die Justiz, in diesem Fall die Militärjustiz, zeigt sich empfindlich, schlichtert ein und gibt alles in allem ein eher lächerliches Bild ab: akribische Sicherheitskontrollen wie auf

US-Flughäfen, so dass der Einlass zwei Stunden vor Verhandlungsbeginn erfolgt und jeder spätere Wechsel von öffentlicher zu nicht-öffentlicher Verhandlung und umgekehrt jeweils 20 Minuten in Anspruch nimmt.

Der Vorsitzende des Verfahrens, Oberstleutnant Paul Almanza, verwendet dann zunächst geraume Zeit darauf zu erklären, dass Störungen strengstens verboten seien, ansonsten würden die ZuschauerInnen aus dem Saal entfernt. Die anwesende Öffentlichkeit einschließlich der Presse darf keine elektronischen Geräte nutzen.

Als der Verteidiger Mannings, David Coombs<sup>3</sup>, sich einmal während seiner Ausführungen an die ZuschauerInnen wendet, giftet Almanza diesen an, zu wem Coombs hier spreche, woraufhin dieser klarstellt, dass das Verfahren öffentlich sei und daher seine Ausführungen auch für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

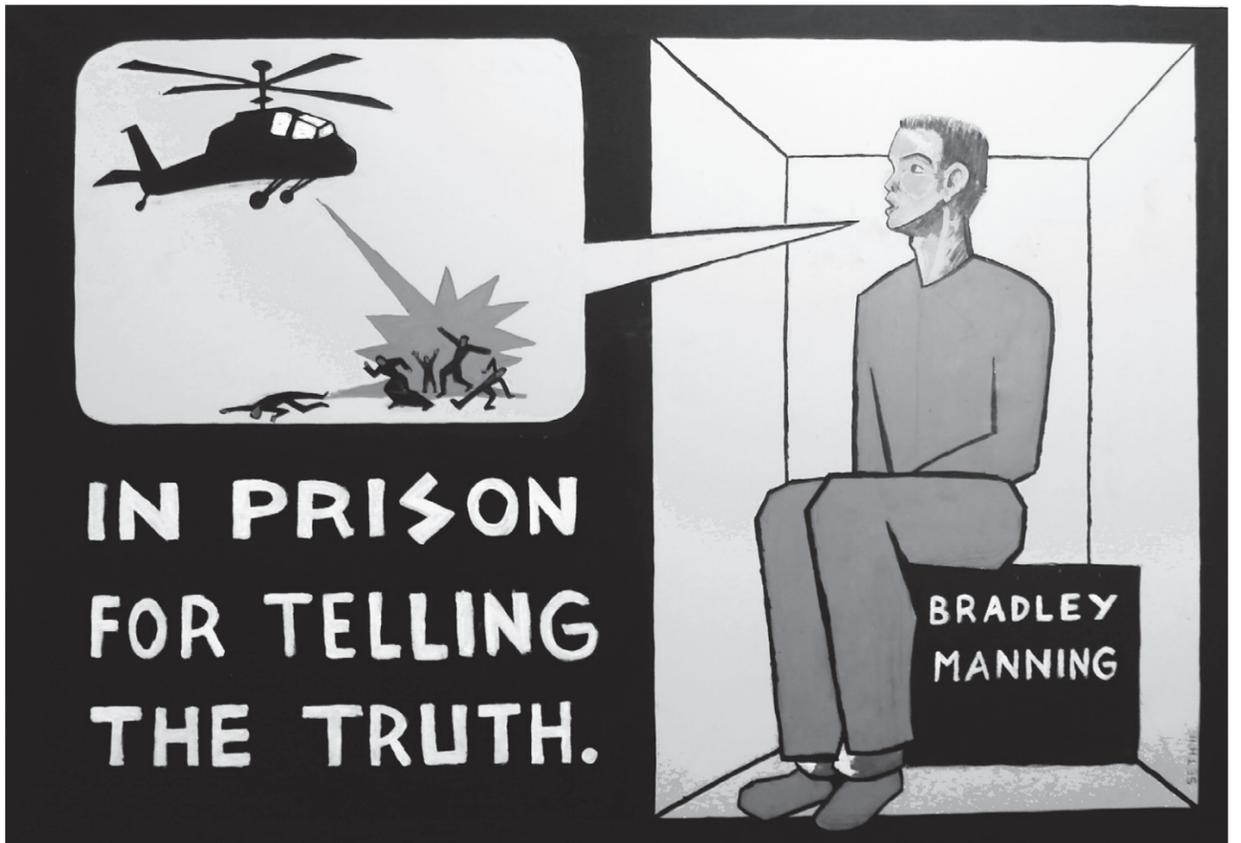
Daniel Ellsberg wagt es in einer Verhandlungspause, Manning zu begrüßen und ihm dabei die Hand auf die Schulter zu legen – er wird daraufhin sofort aus dem Gericht eskortiert, später aber wieder hereingelassen. Bereits im Juni 2011 war es zu der Vernehmung von David House, einem Freund von Manning und Mitbegründer des „Bradley Manning Support Networks“, gekommen.

Das Gericht versuchte, bei der Vernehmung zunächst zu verhindern, dass House – der die Aussage im Übrigen verweigerte – sich selbst Notizen machen durfte, rückte von diesem Vorhaben nach einiger Diskussion schließlich aber ab.

Die Anhörung beginnt inhaltlich schließlich mit der Ablehnung Almanzas wegen Befangenheit. Almanza ist im zivilen Leben Staatsanwalt im Justizministerium, welches an einer strafrechtlichen Verfolgung von Julian Assange arbeitet. Trotz des auf der Hand liegenden Interessenkonflikts scheidet die Ablehnung (Almanza: „Ich denke nicht, dass eine vernünftige Person, die alle Umstände kennt, zu dem Glauben kommen könnte, dass meine Unparteilichkeit infrage steht“), eine Beschwerde hiergegen wird noch in der Nacht verworfen.

All das klingt wie aus einem Strafprozess gegen einen Totalen Kriegsdienstverweigerer am Amtsgericht Kleinkleckersdorf, aber hier steht doch etwas mehr auf dem Spiel – ganz nüchtern zunächst das Leben von Bradley Manning.

Zwar betont die Militärstaatsanwaltschaft immer wieder, dass sie nicht die Todesstrafe fordern werde, allerdings ist das Ziel, auf welches dieses Verfahren zurzeit auch geradezu zusteuert, eine lebenslange Freiheitsstrafe unter Ausschluss einer vorzeitigen Ent-



Im Gefängnis, weil er die Wahrheit ans Licht gebracht hat: Bradley Manning

lassung. Die lebenslange Inhaftierung soll also die „gerechte Strafe“ dafür sein, dass ein Soldat Kriegsverbrechen aufdeckt und mit der Veröffentlichung politischer Geheiminformationen über Korruption die politischen Umbrüche im Nahen Osten zumindest unterstützend flankiert.

Die Anhörung dauert statt geplanter fünf am Ende sieben Tage. Die Medien in den USA sind auffällig desinteressiert, die ausländische Berichterstattung überwiegt; bei Twitter schafft Manning es dafür zeitweise, zum Topthema zu werden.

Während die 20 ZeugInnen der Anklage zugelassen und (teilweise telefonisch) befragt werden, werden von den 48 ZeugInnen der Verteidigung neben acht, die auch von der Anklage benannt wurden, ganze zwei weitere ZeugInnen zugelassen.

Die ZeugInnenvernehmung bringt einige neue behauptete Tatsachen hervor, die die „Täterschaft“ Mannings beweisen sollen, vor allem aber lässt sich ablesen, dass das Verhandlungsziel zugleich ist, Beweise dafür zu sammeln, dass Julian Assange die Daten nicht nur entgegennahm, sondern Manning auch aufforderte und dabei behilflich gewesen sein soll, konkrete Informationen zu beschaffen. Gelänge es, dies nachzuweisen, fielen die Veröffentlichung durch Wikileaks nicht mehr unter die Pressefreiheit, sondern Assange könnte wegen Verschwörung angeklagt werden.<sup>4</sup>

Die Untersuchung des Laptops Mannings habe auch Spuren des Chats aufgewiesen, den Manning über die Weitergabe der Daten an Wikileaks mit dem Hacker Adrian Lamo geführt haben soll, welcher Manning anschließend an die US-Behörden verriet.

Bisher waren nur die Aussage Lamos und Chat-Logs auf dessen Seite als Indizien für Mannings „Täterschaft“ angeführt worden. Daneben sei ebenfalls ein Chat-Log mit Assange gefunden worden.

Weiterhin wurden viele Dateien mit Geheiminformationen auf der Festplatte gefunden, die gelöscht waren (allerdings nur so, dass sie wieder hergestellt werden konnten).

All diese Indizien und Aussagen unterliegen aber auch Widersprüchen und Zweifeln. So war der Rechner nicht passwortgeschützt, und andere Soldaten der Einheit hatten ebenfalls Zugang zu dem Rechner und nutzten diesen auch.

Die gefundenen gelöschten Dateien waren auf Nachfrage auch keineswegs deckungsgleich mit den von Wikileaks veröffentlichten.

Im Lamo-Chat soll Manning erklärt haben, dass er seinen Rechner „zero-filled“ habe, die gelöschten Daten also überschrieben worden und daher nicht mehr nachweisbar seien. In der Anhörung hieß es hierzu dann, man habe feststellen können, dass der Rechner früher tatsächlich „zero-filled“ wurde, die gefundenen, oberflächlich gelöschten Dateien aber später auf die Festplatte gelangt seien – dann aber sind diese (nachgewiesenen) Daten zumindest sicher nicht die gewesen, die Wikileaks erreicht haben.

Es dürfte nach diesen Aussagen auf der einen Seite schwer fallen oder gar unmöglich sein, „mathematisch sicher“ Manning als den Leaker zu überführen. Auf der anderen Seite sind die Indizien in der Summe erdrückend und dürften für das Kriegsgericht und alle Instanzen ausreichen, Manning zu verurteilen; bemerkenswert ist dennoch, mit welcher Dreistigkeit Indizien in Beweise umgedeutet werden sollen.

Die Verteidigung versucht auch gar nicht ernsthaft, die „Täterschaft“ in Abrede zu stellen. Allerdings wird es wohl auch kein Geständnis Mannings, vermutlich gar keine Aussage geben. Dies mag einerseits verständlich sein, da jedes Detail einer Aussage in einem Verfahren gegen Assange zur Belastung werden könnte. Teilaussagen – also der Ver-

zicht auf das komplette Schweigen, aber die Aussparung dessen, was die Behörden interessiert – können hingegen strafverschärfend wirken.

Und das Ziel der Verteidigung ist offensichtlich, alle Parameter so einzurichten, dass man am Ende unter dem endgültigen „Lebenslänglich“ liegt, wobei Coombs als Verteidiger schon sehr pragmatisch orientiert sein muss, wenn er selbst ein Strafmaß gewissermaßen vorgibt: „30 Jahre Haft“ seien „mehr als genug“...

Die Verteidigungsstrategie zielt damit auf Randparameter: Viele der geleakten Dokumente hätten gar nicht als „geheim“ klassifiziert sein dürfen, insofern liege dort auch kein Geheimnisverrat vor; auch seien die nationale Sicherheit nicht bedroht worden und kein nachweisbarer Schaden entstanden (Hillary Clinton war hierzu von der Verteidigung als Zeugin benannt worden); schließlich hätte Manning, dessen angeblich instabiler psychischer Zustand – u.a. auf Grund seiner Homosexualität – in der Armee bekannt gewesen sei, gar nicht Zugang zu streng geheimem Material haben dürfen; langfristig zielt Coombs mit dem Verweis auf die psychischen Belastungen Mannings auch grundsätzlich auf die Strafzumessung.

Höchst problematisch dabei ist, dass die Frage der Rechtfertigung der Weitergabe des Materials bisher nicht einmal erwähnt wurde und scheinbar auch im weiteren Verfahren keine Rolle spielen soll. Coombs ist selbst Exsoldat, und sowohl für Coombs als auch in der breiten öffentlichen Wahrnehmung in den USA ist eine Rechtfertigung der Manning vorgeworfenen „Taten“ scheinbar weitgehend undenkbar.

Selbst unter pragmatischen Gesichtspunkten wie der drohenden und wohl auch anvisierten horrenden Strafe macht eine Entpolitisierung wenig Sinn. Wenn man davon ausgeht – und alles andere dürfte im Bereich der Illusion liegen –, dass das Verfahren gegen Manning

als Schauprozess zur Abschreckung angelegt ist, dürfte sich die Strafhöhe einzig daran orientieren, ob Manning zu einem – wohl in der Untersuchungshaft schon mehrfach angebotenen – Deal bereit ist, gegen Assange auszusagen; und scheinbar ist Manning das ganz und gar nicht.

Dann aber dürften taktische Überlegungen, wie man das Kriegsgericht am Ende „milde“ stimmt, nicht weniger illusorisch sein.

Selbst wenn Coombs es schaffen sollte, einzelne Anklagepunkte zu eliminieren – am Ende steht die Frage, ob Manning wegen „Kollaboration mit dem Feind“ verurteilt wird, welches eben theoretisch die Todesstrafe und praktisch zumindest die lebenslange Haft mit sich brächte. Und auch der „Feind“, dem Manning in die Hände gespielt habe, wurde schon konkret benannt: Ein Video zeigte ein angebliches Al-Quaida-Mitglied, welches seine Mitkämpfer zur Verwendung von Wikileaks aufruft... Das ist zwar eigentlich zwischen „dünn“ und „peinlich“, aber es sollte überraschen, wenn ein solcher präsentierter „Beweis“ am Ende für das Militär nicht Grundlage genug wäre, die Sanktion zu verhängen, die man für politisch angemessen hält.

Detlev Beutner

Weitere Infos:  
[www.bradleymanning.org](http://www.bradleymanning.org)  
[www.gulli.com/news/tags/p/tag/bradley+manning](http://www.gulli.com/news/tags/p/tag/bradley+manning)

Anmerkungen:  
 1 [www.archives.gov/research/pentagon-papers](http://www.archives.gov/research/pentagon-papers)  
 2 Zu den Vorgängen zwischen Verhaftung und Vorverfahren, insbesondere zu den Haftbedingungen vgl. Detlev Beutner, „Dem eigenen Staat hat jeder Staatsbürger die Treue zu halten“ – Bradley Manning, Whistleblowing und „Landesverrat“, in: Graswurzelrevolution Nr. 360, Sommer 2011, S. 1 u. 3, [www.graswurzel.net/360/manning.shtml](http://www.graswurzel.net/360/manning.shtml)  
 3 Coombs ist in diesem Verfahren ziviler Strafverteidiger; zuvor war er Soldat (als Militärjurist), u.a. im Irak; [http://en.wikipedia.org/wiki/David\\_Edward\\_Coombs](http://en.wikipedia.org/wiki/David_Edward_Coombs)  
 4 Im Auslieferungsverfahren Großbritanniens gegen Assange erfolgt am 1.2.2012 eine Anhörung vor dem Supreme Court, bei dem das letzte Rechtsmittel gegen die bisher von den Gerichten als zulässig angesehene Auslieferung nach Schweden anhängig ist.



### Lesen hilft.

Bitte spenden Sie die »graswurzel« für Gefangene zum Jahrespreis von 25 € oder einem Betrag Ihrer Wahl an:  
 Freiabonnements für Gefangene e.V.  
 Bank für Sozialwirtschaft  
 BLZ 100 205 00  
 Konto 30 85 400  
 Kennwort: »gwr«

[www.freibabos.de](http://www.freibabos.de)



## Nachrichten

## West-Castoren verhindern:

Autobahn-Aktionstag Jülich-Ahaus

Seit drei Jahren planen Bundesregierung und das Forschungszentrum Jülich den Abtransport von 152 „West-Castoren“ mit 300.000 hochradioaktiven Brennelementkugeln ins Zwischenlager Ahaus. Nun wird es ernst.

Ende November bekräftigte der Aufsichtsrat des Forschungszentrums Jülich – ausgerechnet zwei Tage nach Ankunft der Goleben-Castoren – die Transportpläne: In NRW gab es daraufhin einen politischen und medialen Aufschrei und Bundesatominister Norbert Röttgen ging in Deckung. Er ist nämlich nicht nur für die Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Strahlenschutz, zuständig, sondern zugleich CDU-Landesvorsitzender in NRW und fürchtet, durch große Anti-Castor-Proteste womöglich anstehende Neuwahlen zu verlieren.

Die Situation ist brennend: Die 152 West-Castoren sollen per LKW über die Autobahnen des Rheinlands und des westlichen Ruhrgebiets nach Ahaus rollen. Nötig sind mindestens 26 Konvois mit je 6 Castor-LKW, doch im Westen formiert sich breiter Widerstand. In Ahaus demonstrierten im Dezember 500 Leute vor dem Zwischenlager, mehrere Kreistage und Stadträte stimmten schon gegen die Castor-Transporte, die Landesregierung outete sich (vorerst) als Castor-Gegnerin und für den 25. Februar ist zwischen Ahaus und Jülich ein Autobahn-Aktionstag angekündigt. Dazu wird die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ mit einem Auto-Konvoi über Duisburg nach Jülich aufbrechen. Vor der GNS-Atommüllkonditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim sowie in Jülich sind Kundgebungen geplant, entlang der Autobahn-Routen sollen weitere Aktionen stattfinden, um die möglichen Castor-Strecken öffentlich sichtbar zu machen.

Noch ist die Genehmigung für die West-Castoren nicht erteilt (Stand 11. Januar), der ganze Castor-Spuk lässt sich also noch gut verhindern. Deshalb rufen die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW zu breitem Widerstand auf. Ob Norbert Röttgen wirklich die Castortransporte durchziehen will, dürfte spannend sein, die Vorbereitungen der Anti-Atom-Bewegung laufen jedenfalls auf Hochtouren.

Matthias Eickhoff

Weitere Infos: [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de), [www.westcastor.de](http://www.westcastor.de), [www.duisburg-atomfrei.de](http://www.duisburg-atomfrei.de), [www.antiatom-oberhausen.de](http://www.antiatom-oberhausen.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de)

## Kartoffelschleuder in der Berufung

Das Verfahren gegen Anti-Gentechnik-Aktivisten (vgl. GWR 365, S. 5) geht am 3.2.2012 in Neubrandenburg in die zweite Instanz. Die kritisierten, gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffeln der BASF werden trotz der EU-Zulassung im Jahr 2010 für Freilandanbau derzeit nur noch auf wenigen bewachten Feldern angebaut.

Am 4.5.2009, einen Tag vor der geplanten Aussaat der Amflora-Kartoffeln, verteilten einige Aktivist\_innen Bio-Kartoffeln auf dem vorgesehenen Acker, teilweise mit einer Schleuder. Diese Gegen-saart brachte viel Aufmerksamkeit und ein Jahr später einen teilweise skurrilen Gerichtsprozess am Amtsgericht Waren (die GWR berichtete). Angeklagt wurde wegen Nötigung und Sachbeschädigung. Die für die Anpflanzung zuständigen Zeugen widersprachen sich in wichtigen Punkten, wie wer wann welche Entscheidung getroffen hat. Die eigentlich Verantwortlichen der BASF waren leider nicht im Zeugenstand. Trotzdem wurden die Angeklagten mit einer absurden rechtlichen Argumentation wegen Nötigung verurteilt. Die mündliche Begründung war eher eine Moralpredigt als eine juristische Erklärung, was zeigt, dass die Verurteilung eher politische Gründe hatte.

Noch im Herbst 2010 kündigte die BASF an, 2011 auf 1.000 Hektar die Amflora anbauen zu wollen, es wurden jedoch nur 2 ha bei Üplingen (Sachsen-Anhalt) und 15 ha in Schweden. Begründet wurde dies vor allem mit zu viel Protest und Akzeptanzproblemen. Dies liest sich wohl auch weniger schlimm als zugeben zu müssen, dass die Amflora nicht die Leistung bringt wie gewünscht und zu viele Krankheiten hat, was zeigt, dass die grüne Gentechnik auch wissenschaftlich nicht der Bringer ist.

Richtig gut angekommen ist die grüne Gentechnik in Europa noch nie, weswegen die BASF jetzt folgerichtig die Zentrale der zuständigen Konzerntochter BASF Plant Science GmbH verkleinert und in die USA verlegt.

Wenn dieses Mal die juristische Argumentation zählt, sollte ein Freispruch oder zumindest eine Einstellung des Verfahrens das Ergebnis sein. Wir freuen uns auf viel Unterstützung!

Prozess am 3.2.2012, 11 Uhr, Saal 6, Landgericht Neubrandenburg, Friedrich-Engels-Ring 15 - 17 Kontakt: [heinz@fruchtwechsel.org](mailto:heinz@fruchtwechsel.org) - 0151-11593633

Links zu damaligen Medienberichten unter: <http://de.indymedia.org/2010/03/275601.shtml> bzw. <http://de.indymedia.org/2009/05/249389.shtml> Spenden erwünscht unter: Rechtshilfe Gendreckweg, Kontonr. 4016871300, GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67, Verwendungszweck: „Gegensaat Amflora“. Falls die Spende steuerlich absetzbar sein soll, dann wendet euch bitte an den Kontakt.

## Brutale Polizeigewalt bei Demo gegen rassistische Polizeigewalt

## Mouctar Bah bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert

Dessau, 7.1.12. Die friedliche Demonstration, die an den siebten Todestag, des in Polizeigewalt in Dessau zu Tode verbrannten Afrikaner Oury Jalloh (die GWR berichtete), erinnern sollte, artete in einer unprovokierten Gewaltorgie der Polizei aus.

Dabei wurden zahlreiche Demonstranten verletzt. Mouctar Bah, Initiator der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, wurde mehrmals von der Polizei geschlagen. Zum Ende der Kundgebung wurde er von mehreren Polizisten angegriffen, woraufhin er bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Am Anfang der Demonstration versuchte die Polizei gewaltsam die Verwendung des Begriffs „Oury Jalloh, das war Mord“ zu verbieten.

Die DemonstrantInnen weigerten sich und bezogen sich auf ihr Grundrecht der Meinungsfreiheit und entsprechende Gerichtsurteile, was die Polizei nicht akzeptierte. Nachdem ihr Versuch scheiterte, das Transparent gewaltsam zu entfernen, fing die Polizei mit Provokationen und Angriffen an, trotz der friedlich verlaufenden Demonstration. Für die Demon-

strantInnen schienen die polizeilichen Provokationen und Angriffe geplant zu sein. Es wurden gezielt Aktivisten ohne ersichtlichen Grund provoziert und geschlagen. Mouctar Bah und vielen Demonstranten wurde unvermittelt ins Gesicht geschlagen und u.a. an Nase und Augen verletzt. Bei der Schlusskund-

gebung wurde Mouctar Bah von mehreren Polizisten zu Boden gerissen und geschlagen, sodass er bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Er ist im Krankenhaus geblieben.

„Egal wie hart uns die Polizei angreift und verletzt, wir werden den Kampf zur Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh nie

aufgeben“, so Komi, ein Aktivist der Oury Jalloh Initiative.

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Kontakt und weitere Infos: Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V. im New York im Bethanien –Südflügel, Mariannenplatz 2a, 10997 Berlin-Kreuzberg, <http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>; E-Mail: [initiative-ouryjalloh@so36.net](mailto:initiative-ouryjalloh@so36.net), Tel.: +49-(0)176-38113135



Mouctar Bah wurde Opfer von Polizeigewalt in Dessau, 7.1.2012. Foto: Umbruch Bildarchiv - <http://umbruch-bildarchiv.de>

## Anti-Atomkraft-Bewegung mit neuem Schwung

## Widerstand gegen Urananreicherung und Atomanlagen

Jahrelang galt der Widerstand gegen die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau auch in der Anti-Atom-Bewegung als Randthema. Doch die Zeiten sind vorbei.

Spätestens seit dem erfolgreichen Widerstand gegen den Export des Gronauer Uranmülls nach Russland und seit der Großdemo mit 15.000 Menschen im April 2011 (die GWR berichtete) rückt die Stilllegung der Urananreicherungsanlage stärker in den Fokus.

Für die kommenden Wochen sind deshalb gleich zwei Großaktionen geplant: Am 4. Februar findet in Münster eine internationale Urankonferenz statt, um die öffentliche Aufmerksamkeit stärker auf die Gefahren und Risiken des Uranabbaus (weltweit), der Uranverarbeitung (Frankreich, Russland), der Urananreicherung (u.a. Gronau und Almelo) und der Brennelementefertigung (u.a. Lingen) zu fokussieren. Fünf Wochen später findet am 11. März zum 1. Fukushima-Jahrestag in Gronau im Rahmen internationaler Proteste eine Großdemo zur Urananreicherungsanlage statt. Die Stilllegung der UAA ist eine der zentralen politischen Forderungen auf dem Weg zum Atomausstieg geworden.

Ureco-Beteiligung macht „keinen Spaß“ mehr

Bis vor wenigen Jahren galten Ureco und die Urananreicherung für die Anteilseigner als sichere und „ruhige“ Investitionen. Der britische und der niederländische Staat sowie RWE/EON teilen sich jeweils ein Drittel der Anteile, Ureco belieferte nach eigenen Angaben Ende 2010 bereits 27 % des Weltmarktes für angereichertes

Uran und ist damit Marktführer. 2011 baute Ureco seine UAAs in Almelo/Niederlande sowie Eunice/USA weiter aus, auch in Capenhurst/UK steht eine UAA. In Gronau vollendete Ureco den Ausbau auf 4.500 Tonnen Urantrennarbeit/Jahr und kann damit jedes 10. AKW weltweit mit Uranbrennstoff zur Brennelementefertigung beliefern. Erschreckend!

Ebenso erschreckend ist, dass auf dem Gelände der UAA Gronau seit Herbst 2011 ein neues riesiges Uranmüll-Zwischenlager für 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut wird – mit Billigung der rot-grünen Landesregierung. Nebenbei sickerte durch, dass die Bundesregierung den Salzstock in Gorleben als Endlager für den Uranmüll ansieht.

Doch die wachsenden Proteste und Negativschlagzeilen rund um den Uranmüllexport nach Russland und die Urantransporte quer durch Europa sowie diverse Störfälle in Gronau veranlassten EON und RWE, im September 2011 einen Ausstieg aus der Urananreicherung anzukündigen. Die Beteiligung mache aufgrund der Proteste „keinen Spaß“ mehr, teilte ein Unternehmenssprecher der Presse mit. Außerdem brauchen RWE und EON dringend Geld, um sich gegen mögliche Übernahmen zu wappnen und/oder europaweit neue Kohle- oder Atomkraftwerke zu bauen.

Auch der britische Staat will bei Ureco aussteigen. Zudem ist davon auszugehen, dass es Ureco angesichts von Fukushima schwerer fallen dürfte, neue Kunden für die erweiterten Kapazitäten zu finden.

Anfang 2012 verlautete, dass Areva bei Ureco einsteigen will. Areva möchte Zugriff auf die Ureco-Marktanteile. Mit

dem Einstieg bei Ureco wäre für Areva der wichtigste Konkurrent neutralisiert. Doch auch Areva ist von Überkapazitäten und Kapitalproblemen geplagt. Denkbar wäre deshalb auch der Einstieg von Investmentfonds.

4. Februar: Internationale Urankonferenz in Münster

Es ist also höchste Zeit zu schauen, wie die internationale Uranindustrie fast ein Jahr nach Fukushima vom Uranabbau über die Urananreicherung bis zur Brennelementefertigung aufgestellt ist. Darum veranstaltet ein internationaler Trägerkreis aus Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden am 4. Februar in Münster eine internationale Urankonferenz. In den Vorträgen und Workshops geht es zum einen um aktuelle Lageeinschätzungen, zum anderen darum, die bundesweite und internationale Vernetzung voranzutreiben und gleichzeitig neue Aktionsideen und -konzepte zu entwickeln.

Die politische Botschaft ist klar: Wer aus der Atomenergie aussteigen will, muss auch den Uranabbau sowie die Urananreicherung und die Brennelementefertigung stoppen. Hier sind weder von der Bundesregierung noch von der rot-grünen Landesregierung nach Fukushima positive Ausstiegschritte eingeleitet worden. Deswegen ist mehr Druck nötig. Zum Abschluss der Urankonferenz findet am 5. Februar um 13 Uhr eine Kundgebung mit Sonntagsspaziergang vor der UAA Gronau statt.

11. März: Demos u.a. in Gronau, Brokdorf und Hannover

Am 1. Fukushima-Jahrestag

steht u.a. die UAA Gronau im Fokus: Um 13 Uhr beginnt die Großdemo am Bahnhof Gronau, während u.a. in Brokdorf, Hannover, Asse/Konrad, Neckarwestheim und Gundremmingen ebenfalls Großdemos stattfinden. Auch eine Demo in Berlin gegen die Exportbürgschaften für neue AKW ist derzeit geplant.

Viele AtomkraftgegnerInnen aus dem Westen des Landes werden zur belgischen Demo am AKW Tihange und zur Menschenkette im französischen Rhone-Tal fahren.

In Gronau liegt der Schwerpunkt auf dem Anfang der Atomspirale in Deutschland. Die Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW fordern von der Bundesregierung und der Landesregierung die Stilllegung der UAA. Gronau ist eine weltweit bedeutende Atomanlage, die Stilllegung der UAA hätte deshalb Signalwirkung.

Der Betreiber Ureco befindet sich momentan in einer gravierenden Umstrukturierung und ist deshalb trotz seiner Weltmarktposition geschwächt. Je näher der tatsächliche Atomausstieg in Deutschland rückt, desto schwerer wird der Weiterbetrieb in Gronau zu rechtfertigen sein und die UAA scheint in den letzten Jahren deutlich störanfälliger geworden zu sein. Es gibt also viele gute Gründe, am 11. März in Gronau zu demonstrieren.

Matthias Eickhoff

Weitere Infos: Bundesweit: [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

Urankonferenz: [www.urankonferenz2012.de](http://www.urankonferenz2012.de) Gronau-Demo am 11.3.: [www.fukushima-jahrestag.de](http://www.fukushima-jahrestag.de)

Weitere Infos zu den Protesten gegen die Urananreicherung, Brennelementefertigung und Urantransporte u.a. auf: [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.contratrom.de](http://www.contratrom.de)

Anzeige

**CONTRASTE**  
Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Medien selber machen: Wessen Medien? – unsere Medien! – Wien: Interview zum sbm-camp: Soziale Bewegungen – soziale Medien · Politische Zeitung: 40 Jahre analyse & kritik · Interview: »Ein Medium zu haben, das bündeln und strukturieren kann« · Köln: Alle-WeltOnair – »Machen wir unser Radio selbst« · Radio befreit · World Social Forum TV: Ein anderes Fernsehen ist möglich! · Solidarische Ökonomien in Berlin-Brandenburg: Einla-

Archiv-CD 4 mit »BUNTE SEITEN 2012«  
Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankleitzug!

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.  
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probieren: [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

# Wegen Protestaktion gegen US-Folterschule:

Theresa Cusimano zu sechs Monaten Haft verurteilt



Theresa Cusimano.

Foto: www.aixpaix.de

**Theresa Cusimano, eine Aktivistin der US-Friedensorganisation SOA Watch, wurde am 13. Januar 2012 in Columbus im US-Bundesstaat Georgia zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Für das gleiche „Vergehen“ wurde Roy Bourgeois 2005 mit dem Aachener Friedenspreis gewürdigt.**

Die 43-jährige Theresa Cusimano war am 20. November 2011 in einer Aktion des gewaltfreien zivilen Ungehorsams auf das Gelände der Militärbasis Fort Benning in Georgia eingedrungen, um gegen die fortgesetzte Ausbildung lateinamerikanischer Militärs unter anderem in Foltertechniken zu protestieren. Theresa Cusimanos demonstrativer Akt, über den Zaun des Militärgeländes zu klettern, war Höhepunkt einer großen Protestaktion von mehreren tausend TeilnehmerInnen vor der Militärbasis, die als „School of the Americas“ berüchtigt war und später umbenannt wurde. An der Demonstration nahmen auch der prominente US-Schauspieler Martin Sheen sowie Menschenrechtsaktivisten aus Honduras, Kolumbien, Haiti

und Costa Rica teil. „Unsere Botschaft wird im Kongress nicht gehört, weil unsere Abgeordneten mit anderen Prioritäten gekauft worden sind“, begründete Theresa Cusimano ihre spektakuläre Aktion. „Ich habe den zivilen Ungehorsam gewählt, weil die gesetzbüchlerischen Taten der ‚School of the Americas‘ Verbrechen gegen die Menschenrechte sind, ungeeignet für eine so genannte Weltsupermacht.“ Theresa Cusimano, die für ihr „Vergehen“ die höchste mögliche Strafe erhielt, wurde im Anschluss an die Urteilsverkündung noch im Gerichtssaal verhaftet, weil Richter Stephen Hyles ihr nicht gestattete, selbst die Haft anzutreten. Richter Hyles ist bekannt dafür, dass er Protestaktionen in Fort

Benning immer mit maximalen Gefängnisstrafen belegt. Theresa Cusimano war bereits 2008 wegen der gleichen Protestaktion zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

**Insgesamt sind bisher wegen Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Folterschule in Fort Benning 300 Menschen zu mehr als 100 Jahren Haft verurteilt worden**

In ihrer Verteidigungsrede erinnerte Theresa Cusimano das Gericht an die erste Aktion zivilen Ungehorsams auf dem Militärgelände von Fort Benning vor 22 Jahren. Damals waren der katholische Priester Roy Bourgeois und zwei Freunde in Militäruniform in Fort Benning eingedrungen und hatten von einem Baum gegenüber einem Kasernengebäude, in dem junge Soldaten aus El Salvador untergebracht waren, die letzte Predigt des salvadorianischen Bischofs Oscar Romero vor seiner Ermordung mit einem Cassettenrecorder abgespielt. Roy Bourgeois war für diese Aktion zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.

Theresa Cusimano erklärte vor Gericht, der Zaun, der Fort Benning umgibt und über den sie kletterte, sei nicht gebaut worden, um die USA vor der Verantwortung für die durch die Militärschule geförderten Verbrechen gegen die Menschenrechte zu schützen. Die Verfassung der USA gebiete Transparenz, von militärischer Ethik ganz zu schweigen. „Doch Sie lassen mir Handschellen anlegen und mich erkenntnisdienlich behandeln wie eine Kriminelle“, sagte sie Richter Hyles ins Gesicht.

Die Gefängnisse in den USA seien überfüllt, die Gerichte un-

terfinanziert. „Doch Sie, Stephen Hyles, erlauben sich, uns das Eindringen auf Militärgelände vorzuwerfen, vergebend dafür Steuergelder und ignorieren Talent und Idealismus, die besser benutzt werden könnten.“

Die Richter verhinderten Bemühungen der Verteidigung, die Praktiken in Fort Benning ans Licht zu bringen. So seien Experten für internationales Recht, die die Verteidigung als Zeugen benennt, nicht angehört worden.

Theresa Cusimano erinnerte an die berühmte Abschiedsrede von US-Präsident Eisenhower. In dieser Rede hatte der frühere General davor gewarnt, dass der Militärische Komplex alle Mittel des Land aussaugen würde. Sie erinnerte an den Friedensnobelpreisträger und südafrikanischen Bischof Desmond Tutu, der die Amerikaner aufforderte: „Hören Sie auf, amerikanischen Krieg zu exportieren.“

„Ich mache Sie, Richter Hyles, verantwortlich für die Schulen, die dieses Jahr schließen müssen, für die Kürzungen der Ausgaben für die Kriegsveteranen, weil solche Ausgaben zu teuer geworden sind“, erklärte Theresa Cusimano. „Sie waren still, als Steuergelder von der inzwischen umbenannten ‚School of the Americas‘ in den jüngsten honduranischen Staatsstreich flossen.“

Weiter las sie dem Richter die Leviten: „Ihre Mitschuld geht heute in die Akten ein als Obstruktion internationaler Justiz und amerikanischer Rechtsstaatlichkeit. Sie hätten eine andere Wahl. Ich wünschte, Sie hätten den Mut und die Ehre eines Roy Bourgeois.“

Otmar Steinbicker



Direkte gewaltfreie Aktion. In KZ-Häftlings- und Trauerkostümen blockierten AntifaschistInnen am 14.1. einen Neonaziaufmarsch in Magdeburg. Foto: DK

## Nachrichten

### Für das Erinnern

Ausdrucksstarke antifaschistische Aktion in Magdeburg

**Am 14.1.2012 hat Magdeburg eine spektakuläre und ausdrucksstarke Aktion gesehen.**

Unter dem Motto: „FÜR DAS ERINNERN – Wir trauern um jeden, den wir an den Faschismus verlieren“ stellten sich 30 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in KZ-Häftlings- und Trauerkostümen dem Aufmarsch der Nazis stumm und gewaltfrei in den Weg. Der eindrucksvolle Aufzug, der sich aneinander gekettet circa einen Kilometer auf der Marschroute der Nazis bewegte, wollte durch Erinnern aufrütteln.

Die Leiden und Schrecken der damaligen Zeit lassen sich in keiner Weise nachempfinden. Dennoch wurde mit dem schrecklichen Bild, das die Nationalsozialisten in unserer Geschichte hinterlassen haben, ein Zeichen gesetzt, dass MagdeburgerInnen die Geschichtsschreibung keiner revisionistischen „Initiative gegen das Vergessen“ überlassen, sondern mit einem starken Symbol daran mahnen, was damals passiert ist. So erregten sie Aufmerksamkeit dafür, dass noch immer Neo-Nazis in Magdeburg ihre verdrehte Version der Geschichte erzählen dürfen. Und das wird nicht vorbehaltlos hingenommen.

Denise Kürschner

### Der Prozess geht uns auf den Keks!

Akte eins einer Berufungsverhandlung

**„Gerichte sind zum Essen da - Kriminalisierung geht uns auf dem Keks“, stand am Morgen des 10. Januar 2012 auf einem Transparent zum Auftakt einer Berufungsverhandlung vor dem Lüneburger Landgericht.**

Vorbeilaufende PassantInnen konnten kaum glauben, dass die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse an der Verfolgung von „Containern“ bejaht. Dem Angeklagten Karsten Hilsen wird vorgeworfen, im Sommer 2010 das Gelände der Konditorei Scholze durch ein offenes Tor betreten und dort abgelaufene Kekse aus einem Müllcontainer entnommen („containert“) zu haben. Zu Beginn der Verhandlung wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft ihre gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegte Berufung kurz vor dem angesetzten Verhandlungstermin zurückgenommen hat.

Wer hiermit Einsichtigkeit seitens der Staatsanwaltschaft vermutete, lag falsch. Zu einer Einstellung dieses absurden Bagatelverfahrens war diese nur im Falle eines umfangreichen Geständnisses des Angeklagten bereit, indem dieser sich zu seinem „Fehlverhalten“ bekannt hätte.

Darauf ließ sich der 52-jährige Aktivist nicht ein. „Die Staatsanwaltschaft macht das öffentliche Interesse an der Verfolgung von meiner politischen Überzeugung abhängig. Das ist nicht hinnehmbar, das sieht nicht mal die Strafprozessordnung vor. Gegen meinen ehemaligen Begleiter wurde das Verfahren sang- und klanglos eingestellt“, kommentiert Karsten Hilsen.

Der Angeklagte und seine UnterstützerInnen sind der Auffassung, dass hier das politische Engagement des Aktivisten Karsten Hilsen kriminalisiert werden soll. Allein die gegen Angeklagten, ZuschauerInnen und PressevertreterInnen getroffenen Sicherheitsvorkehrungen und Eingangskontrollen vermitteln den Eindruck, der Gegenstand der Verhandlung sei ein schweres Verbrechen. Der Angeklagte sah durch die einschüchternden Zugangshindernisse das Gebot der Öffentlichkeit verletzt. Die Rüge wurde vom Gericht zur Kenntnis genommen, ohne dass es sich zum Handeln veranlasst sah.

Auf Grund mangelnder finanzieller Mittel kann sich Karsten Hilsen die Bezahlung eines Rechtsanwaltes nicht leisten. Der § 138 Abs.2 der Strafprozessordnung (1) ermöglicht die unentgeltliche Verteidigung durch rechtskundige Personen. Bezug auf diese Rechtsgrundlage nehmend beantragte der Angeklagte, dass die Lüneburger Kletteraktivistin Cécile Lecomte als Rechtsbeistand fungiert. Die GWR-Autorin ist in der Vergangenheit mehrfach als Verteidigerin in Strafverfahren aufgetreten (2). Dieser Antrag wurde abgelehnt. Begründet wurde dies durch ihre allgemeine justizkritische Haltung und ihre rheumatische Erkrankung. Letzteres schockierte auf Grund des diskriminierenden Charakters ZuschauerInnen und Angeklagten. „Rechtfertigt das angeblich widerrechtliche Erlangen von weggeworfenen Lebensmittel ein so teures aufwändiges Verfahren?“, fragt Unterstützer Martin.

Eichhörnchen

Anmerkung:  
(1) siehe <http://blog.eichhoerchen.fr/post/Euer-politische-Selbstermächtigung-vor-Gericht>

# Aller guten Dinge sind drei!

BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

**In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.**

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einher gehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7.000 Teilnehmenden werden.

Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten. Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen.

Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus

Antifragruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten.

**Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!**

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen



Bündnis Dresden  
Nazifrei 2012

Weitere Infos/Material:  
[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

# FAU-Kritik an der Kampagne für den Erhalt des Marinearsenals Kiel

„Uns ist der Sinn und Zweck von Wirtschaft und Produktion nicht egal“

Die Freie ArbeiterInnen Union Kiel hat die Kampagne von ver.di Nord für den Erhalt des Marinearsenals Kiel kritisiert. Hierzu ein Interview mit Marcus Munzlinger, aktiv in der Kieler Ortsgruppe der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft FAU.

**GWR: Was hat am 11. November 2011 in Kiel stattgefunden – eine Demo von ver.di zum Erhalt von Arbeitsplätzen beim Marinearsenal Kiel, ein Schulterchluss mit der Marine oder beides?**

Marcus Munzlinger: Beides. Rein intentional ging es ver.di um die Arbeits- und Ausbildungsplätze im Marinearsenalstandort Kiel, also hauptsächlich zivile Dienstleistungsjobs für die mechanisierten Abläufe im Marinebetrieb.

Inhaltlich sah sich ver.di dabei allerdings dazu verpflichtet, die Öffentlichkeit in Sorge um die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Marine zu versetzen, da die Qualität der Arbeit im Falle des geplanten Outsourcings nicht zu halten sei.

Die Marine soll also gegen die Inkompetenz der zuständigen Ministerien in Bund und Land verteidigt werden. Auf die Inszenierung ver.di ist der Begriff Schulterchluss also durchaus zutreffend.

**Was für Parolen gab es auf der Demo, wie war die Stimmung dort?**

Es war eine der größeren ver.di-Demos der letzten Zeit in Kiel. Trotzdem ist die von den Kieler Nachrichten verbreitete Zahl von 1.000 Demonstrierenden wohl etwas zu hoch gegriffen. Ich habe nicht viel von der Demo gesehen, aber es fiel schon auf, dass hier – im Gegensatz zu vielen anderen DGB-Demos, die ich in Kiel erlebt habe – eine gewisse Dynamik aus der Belegschaft selber kam.

Anstatt des üblichen Bildes vereinzelter ver.di-Betriebsgruppen, die alle paar hundert Meter mal rasseln oder trillerpfeifen, war ein großer Block von kollegial mit einander umgehenden Menschen zu sehen; die Demo hatte durchaus einen kollektiven Charakter, die Demospitze mal ausgenommen.

Während die Parolen in erster Linie Protestallerlei à la „Standort erhalten“ transportierten, ging es hingegen auf den Transpis zu Weilen um das schon angesprochene Verbreiten von Sorge um die Effizienz des militärischen Betriebes: Vor allem große „WARUM??“-Transpis – die Fragezeichen auf dem Fronttranspi in den Farben Schwarz-Rot-Gold – sollten die Entscheidung zur Schließung des Marinearsenals in Kiel als Fehler von nationaler Tragweite darstellen. Hinzu kamen dann noch ‚Betrug am Steuerzahler‘ und ähnliches.

**Kannst Du zum Verlauf der Demo noch etwas sagen? Waren es hauptsächlich Beschäftigte des Marinearsenals?**

Die Gruppe der dort Beschäftigten war mit Sicherheit die Größte – alles andere wäre ja auch paradox – aber ob sie auch den Hauptteil der Demo ausmachte, lässt sich schwer einschätzen. ver.di hatte groß aufgeföhren, schließlich war es offiziell auch keine Demo der ver.di organisierten Beschäftigten des Marinearsenals, sondern von ver.di Nord.

Hinzu kamen dann noch das Demoestablishment des DGB in Kiel und vor allem die SPD, immerhin war auch der designierte SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr und Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig als Redner dabei. Sogar aus Reihen der CDU war zu der Demo mobilisiert worden. Ein Highlight der Demoinszenierung war zudem, als der Zug am Tor der HDW, Howaldtswerke-Deutsche Werft GmbH, ankam und dort von etwa 30-40 IG Metall-Mitgliedern empfangen wurde.

**Was wurde in den Reden gefordert? Standortpolitik für eine effiziente Bundeswehrstruktur?**

Dies war tatsächlich bei allen Reden Tenor. Das ist ja auch durchaus üblich auf Demonstrationen von DGB-Gewerkschaften: dass sich die Semantik des Aufrufs zwecks plakativer Außenwirkung in allen Reden wiederholt.

Die Politiker Albig und Kruber – der Vorsitzende der Kieler CDU-Ratsfraktion – hauten vehement in diese Bresche, sodass es auch nur Zitate wie „Warum ist das, was 150 Jahre für die Marine gut war, jetzt nicht mehr gut?“ von denen in die Presse geschafft haben.

Die Rede von Irene Streusloff, Vertreterin der Auszubildenden im Arsenalbetrieb, zielte zum Einen auf die Zukunftssorgen der Auszubildenden im Angesicht der Schließung, aber auch auf die Qualität des Know-Hows, die Motivation, etwas für die Marine zu leisten, etc. ab. Wie gesagt: Die Standort- und Effizienzlogik im Sinne der Marine war das übergeordnete Leitmotiv.

**Gab es Protest, als Torsten Albig als SPD-Spitzenpolitiker geredet hat?**

Davon ist mir nichts bekannt. Ich denke, er hatte als Stargast unter den RednerInnen die Sympathien größtenteils auf seiner Seite, zumal er als möglicher Ministerpräsident 2012 die Schließung des Marinearsenals in Verhandlungen mit Berlin noch verhindern oder zumindest modifizieren könnte.

**Der Aufruf von ver.di liest sich wie aus der Sicht der Marine verfasst – gab es innerhalb von ver.di, unter DGB-Leuten Kritik da dran?**

Es gibt in Kiel innerhalb von ver.di und dem DGB eine recht bunte und aktive Clique von Altlinken plus jüngerem Dunstkreis, die oft parallel bei Attac oder der DKP oder sonst wo dabei sind. Es engagieren sich auch viele Die Linke-Mitglieder in den Gewerkschaften. Zumindest die mir bekannten Gesichter sind der Demo ferngeblie-

ben, und es fand sich auch keine der Flaggen irgendwelcher Organisationen aus dem, naja, linken Spektrum – ich meine jetzt auch MLPD, Arbeit Zukunft usw. – auf der Demo, obwohl die sonst zu jeder DGB-Aktion rennen.

Aber explizite Kritik habe ich aus den Reihen der Linken bei ver.di und dem DGB nicht vernommen. Ich vermute, dass da auch viel Taktik dabei ist: Mit einer Teilnahme an der Demo würden sie sich unglaublich machen, da sie sich ja sonst auch immer gegen Krieg und Militarismus positionieren, mit einer offensiven Kritik würden sie aber in der eigenen DGB-Gewerkschaft an Standing verlieren.

**Warum wurde keine Beschäftigungskonversion gefordert, mit gut bezahlten, abgesicherten Arbeitsmöglichkeiten und sinnvollen, nicht-militärischen Tätigkeiten?**

Nun ja, in Hinblick auf die Bundeswehrreform und die nun mal von privaten Unternehmen dominierte Hafenwirtschaft sind die Beschäftigten des Marinearsenals überschüssiges Humankapital, das gerade nicht profitabel angelegt werden kann.

Da ver.di diesen Charakter der Subjekte in der Lohnarbeit komplett verinnerlicht hat, kommt diese Gewerkschaft nicht im Traum auf die Idee, den Staat aufzufordern, ‚nur‘ für das Wohl der Menschen in eine neue Produktion einzusteigen. Allerdings wäre es ja auch möglich, vom Staat zumindest die Weiterzahlung der vollen Löhne und Sozialleistungen für alle Beschäftigten zu fordern, bis sie eine neue, gleichwertige Arbeit gefunden haben bzw. bei einer Verschlechterung die Differenz zu begleichen.

Aber solche Forderungen würden enormen Druck erfordern, und einen solchen auszuüben ist ver.di nicht willens. Da ist es der leichtere Weg, als Think-Tank der Bundeswehr aufzutreten, anstatt mit der Perspektive der eigenen Mitglieder mit den Interessen der Marine selbst zu argumentieren.

**Mit welcher Kritik hält die FAU Kiel dagegen?**

Neulich habe ich in diesem Zusammenhang einen passenden Spruch gehört: „Wenn es in Deutschland noch offizielle Henker geben würde, dann gäbe es auch DGB-Demos zum Erhalt von Hinrichtungskammern“. Grundsätzlich stellen wir heraus, dass uns – im Gegensatz zu den DGB-Gewerkschaften – der Sinn und Zweck von Wirtschaft und Produktion nicht egal sind. Das Unpolitische bei ver.di schlägt ja gerade bei einer solchen Demo in der totalen politischen Affirmation um: Bejahung des Militarismus. Es kann einer Gewerkschaft nach unserer Auffassung nicht darum gehen, die Menschen als funktionierende Werkzeuge auf die verschiedenen Stellen der Lohnarbeitsmühle zu verteilen und sie dort so lange wie möglich zu halten, ohne eigene Positionen zu den Tätigkeiten selbst zu entwickeln.

Wie ver.di die Proteste gegen die Verschlechterung von Lebensbedingungen der eigenen Mitglieder in eine Demonstra-



tion für das Wohlergehen des deutschen Militärs umfunktioniert hat, finden wir abstoßend. ver.di trägt hier dazu bei, dass militaristisches Denken in der breiten Masse der Gesellschaft verankert wird. Wenn sich Gewerkschaften und Parteien zusammen tun, um für ein gut funktionierendes Militär zu kämpfen, kann schon von Militarismus in der ideologischen Bedeutung des Wortes geredet werden. Außerdem: Internationale Solidarität als historischer Grundsatz der ArbeiterInnenbewegung mag für ver.di Schnee von gestern sein, ist für uns aber immer noch wesentlich. Armeen stehen zu diesem Grundsatz diametral.

Mal abgesehen davon, dass in BRD und EU das Militär immer weiter auch zu einer Instanz zur Bekämpfung sozialer Unruhen im Inneren ausgebaut wird – spätestens hier zeigt sich die soziale Verantwortung einer Gewerkschaft in der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr – ist es auch ein erschreckendes Zeichen für die Art der Vergesellschaftung von Subjekten, wenn in diesen Zeiten die Produktionsziele der Bosse komplett von Gewerkschaften verinnerlicht werden. Das gilt für das Beispiel der Proteste gegen die Schließung des Kieler Marinearsenals besonders, weil die Produktionsziele im Endeffekt auf Kriegsführung abzielen.

Aber auch ansonsten stößt es uns immer wieder vor den Kopf, wenn Gewerkschaften nicht den Gegensatz zwischen den EignerInnen der Produktions-

mittel und den Beschäftigten aufmachen, sondern die Unternehmen mit dem Humankapitalwert der Menschen zu überzeugen versuchen.

Das führt dann immer dazu, dass in endlosen Verhandlungen von Arbeitsverhältnissen hingenommen werden, solange nur ein oftmals geringer Teil der Beschäftigten im Betrieb verbleibt – und das wird dann auch noch als Erfolg gewertet. Wer so auftritt, befindet sich von vorneherein in der Defensive. Dass es mittlerweile nun schon so weit gekommen ist, dass speziell ver.di und allgemein der DGB in gesellschaftlicher Überkonformität allgemeine Empörung über eine vermeintliche Gefährdung der militärischen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates zu entfachen versuchen, spricht Bände.

**Wie hat sich die linke Szene verhalten, wurde Eure Kritik an ver.di unterstützt?**

Wir haben nicht zu irgendwelchen Gegenaktivitäten oder ähnlichem mobilisiert. Ich denke, aus der linken Szene, wenn wir diese mal auf Autonome und andere AntikapitalistInnen beschränken, haben kaum Leute im Vorfeld etwas von der Demo mitbekommen, und daher gab es da auch keine wahrnehmbaren Aktivitäten. Es gibt in Kiel traditionell eine relativ starke antimilitaristische Szene, doch die hatte diese Demo nicht auf dem Schirm, und wir haben auch keinen Kontakt zu diesen Kreisen gesucht, um da was Größeres aufzuziehen. Das war

auch nicht unsere Intention.

Wir wollten uns offensiv von der Demo und vor allem dem Aufruf ver.di distanzieren, weil in diesem behauptet wurde, alle gewerkschaftlichen Kräfte würden zur Teilnahme an der Demo auffordern. Da mussten wir natürlich einen Kontrapunkt setzen. Ich denke, unsere Kritik ist in der linken Szene wohlwollend zur Kenntnis genommen worden, hat aber keine weiteren Auseinandersetzungen geschweige denn Aktionen hervorgerufen.

**Wollt Ihr dran bleiben am Thema: Weg von Arbeiten für die Bundeswehr?**

Antimilitarismus ist eine unserer Grundüberzeugungen und somit immer aktuell in unserem Handeln.

Wir lehnen aber StellvertreterInnenpolitik ab und wollen uns nicht als die wahre Stimme der Beschäftigten inszenieren. Vielmehr vertreten wir einfach unsere Standpunkte und möchten unsere Kritik an den Verhältnissen deutlich zum Ausdruck bringen, und solche promilitaristischen Demonstrationen wie die von ver.di verlangen auch dringend danach.

Ob sich daraus nun mehr entwickeln kann, ob aus der Kritik auch substantieller Protest entsteht, lässt sich jetzt nicht abschätzen. Unsere Schwerpunkte liegen jedenfalls eher auf der Stärkung der Selbstorganisation von Beschäftigten und einer eigenen kämpferischen Praxis.

**Vielen Dank für das Interview!**

Interview: Gaston Kirsche

Anzeige

**dataspace**  
 infoladen-datenbank  
 bücher broschüren zeitschriften videos

"you can't know everything – but you can find it..."

thematische Online-Recherche:  
 von Artikeln linker Zeitschriften,  
 im Bestand von Infoläden u.v.m.

www.nadir.org/dataspace



Kids United, 17. November 2011, Bildungsstreik Osnabrück.

# Make school, not war

## Kritik am neoliberalen Bildungssystem

Foto: Sigrid Lehmann-Wacker

„... daß wir keine Bildung gestatten – das heißt, kein angebildetes Wesen, jeder soll neugierig sein auf sich selber und soll sich zutage fördern wie aus der Tiefe ein Stück Erz oder eine Quell, die ganze Bildung soll darauf ausgehen, daß wir den Geist ans Licht hervorlassen.“ Bettina Brentano (1801)

Etwas ist schief gelaufen. Grundlegend. Nach dem aktuellen Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse (TK) ist der Anteil der StudentInnen, die Psychopharmaka verschrieben bekommen, seit 2006 um 44% gestiegen.

In Deutschland bricht zurzeit jeder fünfte Studierende ab. Nach Umfragen zählen Stress und Versagensängste zu den Hauptgründen für diesen Schritt. Die Türen der psychologischen Beratungsstellen an den Hochschulen, vor Einführung der Bachelor-Studiengänge oft erst ab dem dritten Semester aufgesucht, werden seit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge schon von Erstsemestern eingerrannt.

Das in den 2000er Jahren bundesweit eingeführte Bachelor- und Mastersystem mit seinen marktförmig zugeschnittenen Modulen produziert überforderte Studierende, die ihr Studium zunehmend nur noch als schnell zu durchlaufende Station für den Eintritt in die Berufswelt verstehen. Studierende in den alten Diplomstudiengängen konnten sich noch in Ruhe in ihr Studium einfinden, da in der ersten Zeit nur wenig abschlussrelevante Prüfungen anlagen.

Nun geht der Stress nach bestandem Turbo-Abi sofort weiter. Schon von Anfang des Studiums an geht es los mit einer nicht enden wollenden Flut von Hausarbeiten, Klausuren und anderen Leistungsnachweisen. Sie sind fast alle von Bedeutung für die Abschlussnote. Der neue Zeitgeist fordert dabei, die ganze Palette der Noten möglichst gut verteilt zu vergeben. Immer mehr setzt sich schon an Grundschulen die Tendenz durch, dass auch „Fünfen und Sechsen“ zu verteilen seien. Für junge Menschen heißt es von daher, von Kind an „besser“ sein zu müssen als andere, abhängig von einer oft ungerechten Bewertung durch andere für so genannte Leistungen. Ein Klima von Angst, Konkurrenzdruck und Verein-

zelung macht sich unter dem „Humankapital“ in den Bildungsanstalten breit. Im chronisch unterfinanziertem Bildungssystem bezahlen immer Menschen mit zerstörten Chancen und verbauter Zukunft. Der Durchschnitt des Bachelor-Abschlusses entscheidet schließlich darüber, ob der oder die Studierende einen der nicht ausreichend vorhandenen Masterplätze erhält. Sich ein-

fach etwas länger Zeit lassen? Wer nicht in der vorgegebenen Zeit studiert, erhält schnell kein BAföG mehr. Obwohl das Bildungsministerium eine Reduzierung der Studien- und Prüfungsleistungen beschlossen hatte, wollen sich DozentInnen immer wieder durch eine harte Benotung oder mit arbeitsaufwändigen Vorgaben als besonders anspruchsvoll profilieren, auf Kosten ihrer Studierenden. Manchmal streben auch ganze Fächer, Fakultäten oder Universitäten nach Höherem: So hat sich das Fach Latein an einer Universität mit seiner durchschnittlichen Durchfallquote

von 80% nach dieser Logik ein Qualitätssiegel verdient.

Immerhin wurden auf Druck der Studierendenbewegung 2009 die Studiengebühren fast bundesweit wieder abgeschafft, außer in Niedersachsen und Bayern. Leider ist für die meisten Studierenden damit auch die Motivation geschwunden, noch weiter auf die Straße zu gehen, z.B. gegen die zunehmende Kommerzialisierung der Hochschulen und für ein selbstbestimmtes Studium. Durch Scheinreformen war außerdem der Eindruck entstanden, es wäre auf kritische Forderungen der Studierenden ein-

gegangen worden. War es ja auch schon fast unheimlich, mit wie viel populistischer Sympathie die Proteste 2009 in der Bevölkerung aufgenommen worden waren. Von Medien, PolitikerInnen und HochschulpräsidentInnen umschmeichelt und letztendlich nur mit dem Nötigsten abgespeist, versandete die Bewegung in Deutschland. Jetzt arbeiten nur noch wenige AktivistInnen auf kleiner Flamme.

„Wir haben Angst vor Arbeitslosigkeit, fehlenden Sozialversicherungen und einer nicht erfüllbaren Familienplanung“, charakterisiert ein Student seine als überangepasst wahrgenommenen KommilitonInnen. Zeit für Engagement bliebe ihm sowieso nicht, angesichts der rigiden Stundenpläne mit wenig Wahlfreiheit, gekennzeichnet durch Lernstoffverdichtung und viele Veranstaltungen mit Anwesenheitskontrollen. „Die Idee, sich auch mal für andere einzusetzen, scheint für viele abwegig zu sein“, erklärt Ralf, ein Aktivist der Bildungspolitischen Bewegung, den verhaltenen Widerstand aus den eigenen Reihen. „Wir vom ASTA Bielefeld sind noch sehr kritisch, aber die meisten ASTen sind zu reinen Serviceleistern herunter gekommen.“

Die Studierendenbewegung war letztendlich auch der Versuch, die Vereinzelung zu durchbrechen, sich in neuen, produktiveren Lebensformen zu bewegen, in denen sich Bildung an Werten wie Emanzipation und Mündigkeit orientiert. 50% eines Jahrgangs werden in Deutschland in Zukunft eine Hochschulausbildung durchlaufen und also hier in einer wichtigen Phase ihres Lebens entscheidend geprägt werden. Hier wäre der Ort, eigeninteresegeleitet und im Austausch mit anderen Bildung zu erzielen. Denn bloßes Wissen ist in unserer Gesellschaft durch die zunehmende Medialisierung beinahe von jedem Ort zu jeder Zeit von jedermann abrufbar.

In den Bachelor-Studiengängen wird inzwischen sogar in traditionell freigeistigen Disziplinen wie den Literaturwissenschaften oder Philosophie anhand von Klausuren nur noch Wissen abgefragt. In überfüllten Seminaren und Vorlesungen gehen die Einzelnen unter, wenn sie nicht schon vorher beim Wettrennen um Listenplätze aus der Veranstaltung herausgeflogen sind. Rabea, 25, Studentin in Osnabrück: „Fest steht in meinen Augen, dass es so nicht weitergehen kann, wenn sich die Gesellschaft nicht eine Horde unkreativer, unkritischer und für das Ja-Sagertum prädestinierter Dummköpfe heranziehen will!“

Seit längerer Zeit mehren sich nun Stimmen aus der Wirtschaft, dass solch universitäre FachidiotInnen, die zu kreativen und kritischen Denken gar nicht mehr fähig seien, so nun auch wieder nicht gewollt seien. Gelder werden an allen Ecken und Enden gestrichen, und so sehen sich Schulen und Hochschulen immer stärker gezwungen, auf Drittmittelgeben-

de zurückzugreifen, was die Unabhängigkeit der Lehre und Forschung angreift.

Demokratische Strukturen werden geschwächt oder gar verhindert, beeinträchtigen diese doch die Effizienz der Lernfabrik. Gleichzeitig verschärfen sich die Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau.

Manche DozentInnen bekommen gar kein Honorar für ihre Lehrtätigkeit. Andere erhalten oft nur 15 Euro die Stunde, ohne sonstige Aufwandsentschädigungen für Vorbereitung oder Betreuung ihrer Studierenden und deren Hausarbeiten, etc. Während in Deutschland die Zahl der Demonstrierenden seit 2009 stark abgenommen hat, gehen weltweit weiterhin Millionen auf die Straße, bestreiken die (Hoch-)Schulen und besetzen Hörsäle, um Freiräume für Diskussionen zu schaffen, die für alle offen stehen sollen.

### Internationaler Kampf

Tatsächlich ist der Kampf um ein besseres Bildungssystem nur im internationalen Kontext zu verstehen und zu führen, als Kampf gegen die Krisen und Perversionen des Kapitalismus, gegen diese Wurzel der gesellschaftlichen Missstände.

Seit Jahren organisieren sich Studierende auf der International Student Movement (ISM)-Plattform und rufen zu den jährlich stattfindenden „Global Weeks of Action for Education“ (GWA) auf. Für eine öffentliche Finanzierung des Bildungssystems, ohne Einflussnahme der Wirtschaft auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe. ISM-Africa, ISM-Asia, ISM-Balkans und ISM-North America sind eng mit ISM-Global vernetzt und unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen.

Vor allem in Barcelona, Jakarta, Kairo, Rom, Islamabad und San Francisco bereiten Aktive im Rahmen der GWA Aktionen vor. Ein Erfolg war die Besetzung einer Starbucks-Filiale auf dem Campus der Boğaziçi Üniversitesi in Istanbul am 5. Dezember 2011. Über 100 Studierende verliehen damit ihren Forderungen nach bezahlbarem und gesundem Essen Ausdruck und protestierten darüber hinaus gegen die zunehmende Kommerzialisierung und Gentrifizierung auf dem Campus. Zahlreiche DozentInnen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, Organisationen und Gruppen solidarisierten sich mit den BesetzerInnen und besuchten diese in den umfunktionierten Räumen während der tagelangen Besetzung.

Nicht immer geht es für AktivistInnen gut aus: Am 15. April 2011 gingen Studierende an der Universität von Makerere, der mit mehr als 30.000 Studierenden größten öffentlichen Hochschule Ugandas, in den Streik, um sich gegen die Verdoppelung ihrer Studiengebühren zu wehren.

Die Antwort kam in Form von Schlagstöcken, Tränengas und Folter.

Sigrid Lehmann-Wacker



Raus aus der Lernbatterie, Bildungsstreik 17.11.2009 in Osnabrück.

Foto: Sigrid Lehmann-Wacker

# Eine Yuppie-Revolte

## Ein libertärer Blick auf die aktuellen Proteste in Russland

„Vor den Augen der einfachen Leute fand und findet irgendwelche Umverteilung ihres Gutes zwischen der echten Bourgeoisie und den Intellektuellen statt. Und warum sollte das einfache Volk sicherstellen, dass die ganze Aufregung nicht deshalb brennt, weil all diese Intellektuellen übergegangen wurden und nicht soviel aus der Tasche der einfachen Leute bekamen, wie sie wollen? (...) Wenn man dazu noch etwas hinzufügt, nämlich das Streben einiger – wenn auch nicht aller – Intellektuellen und der eigentlichen Bourgeoisie zur politischen Macht und zum Parlamentarismus, dann bekommt die gesamte Tätigkeit der Intelligenz nicht nur einen eigennütigen (...), sondern sogar einen volksfeindlichen Charakter (...) Der Parlamentarismus hat nirgendwo und nie zu etwas anderem geführt, als zu einer Herrschaft der Bourgeoisie gegenüber den Menschen (...)“ (B.P. Ongirskij, russischer Sozialist, 1881)

**Es scheint, als ob nach zwei großen Anti-Regierungskundgebungen in Moskau, am 10. und am 24. Dezember 2011, eine provisorische Ruhe kommt**

Ein großer Teil der politischen Opposition scheint sich mit der tatsächlichen Unfähigkeit abzufinden, eine Überprüfung der Wahlergebnisse in der Duma zu erzwingen, und orientiert sich nunmehr an der entscheidenden Konfrontation mit der Regierung um die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im März. Das hat seine Logik. Dem bunten und heterogenen Angebot der Oppositionellen fehlt es an Kraft, um das Regime zu stürzen: Sie brauchen Zeit zum Anlauf, zum Pflegen der allgemei-

nen Unzufriedenheit, zu den Versuchen, sich untereinander zu einigen und Überläufer aus dem herrschenden Lager zu finden. Es ist nicht auszuschließen, wie Putin-GegnerInnen hoffen, dass es bis zum Frühjahr auch zu gewissen Änderungen in der Einstellung der „Machtstrukturen“ kommen wird, und diese dann möglicherweise die Kundgebungen der Opposition nicht brechen werden. Dann könnte auch die gewünschte „friedliche weiße Revolution“ gewaltfrei gewinnen... Während die Seiten ihre Kräfte prüfen und sich für neue Schlachten vorbereiten, ist es Zeit, einen genaueren Blick auf diejenigen zu werfen, die die gegenwärtigen Herrscher von Russland herausfordern.



Moskau im Dezember 2011. Großdemonstration gegen den Wahlbetrug

Auf Grundlage meiner persönlichen Beobachtungen kann ich sagen, dass das Publikum bei den Moskauer Straßenkundgebungen ganz verschieden ist. Einige kamen mit prächtigen Jeeps, andere zu Fuß. Luxuriöse, glamouröse Kleidung konnte man in der Nachbarschaft der bescheidenen Jacken und Mäntel sehen; Salonlöwen und Salonlöwinnen, die ihren Lobgesang auf die „erfolgreichen Tops der Mittelklasse“ singen, standen Seite an Seite mit den einfachen, bescheidenen „Losern“ aus den Reihen der Forschungsassistenten usw. Kurzum, ein „allgemeiner Bürgerprotest“. So sieht das an der Oberfläche aus. Aber um zu verstehen, was dahinter steht, ist es besser, weniger subjektive und mehr leidenschaftsfreie Angaben zu benutzen.

### Statistik

Wenn man der Umfrage des soziologischen „Levada-Zentrums“ glaubt, die von den OrganisatorInnen der oppositionellen Massenkundgebung an der Moskauer Sacharow-Avenue am 24. Dezember selbst bestellt wurde, dann sieht das Gesamtbild so aus: Etwa 46% von den 791 Befragten identifizieren sich selbst als „Professionale“. Etwa ein Viertel gehört zu den privaten Unternehmern oder zur Staatsbourgeoisie („Leiter“ und „Unternehmer“). ArbeiterInnen, Büro-Angestellte und MitarbeiterInnen in Handel und Dienstleistungen machen nur 15% aus. 56% der DemonstrantInnen waren jünger als 40 Jahre (1).

### „Yuppies“

Die „Professionale“, das ist keine „Klassencharakteristik“, eher ein Selbstgefühl. Die meisten dieser „Young Professionals“ sind sicher LohnarbeiterInnen, doch offenbar keine niedrig bezahlten. Aber ihr soziales Bewusstsein und ihre Selbstbestimmung haben mit der Lage der LohnarbeiterInnen nichts zu tun. In der Soziologie gibt es einen Begriff für diese sozial-psychologischen

Schicht: „Yuppie“ (abgekürzt aus dem englischen „young urban professional“ oder „aufstrebender junger Profi“). Diese Art der Möchte-Gern-Herren kam mit dem Neoliberalismus der Reagan-Zeit in den USA zum Vorschein und wurde zum weltweiten Verhaltensmuster. Ein US-amerikanischer Autor, Victor David Hanson, beschreibt „yuppism“ als etwas, was „is not definable entirely by income or class. Rather, it is a late-twentieth-century cultural phenomenon of self-absorbed young professionals, earning good pay, enjoying the cultural attractions of sophisticated urban life and thought, and generally out of touch with, indeed antithetical to, most of the challenges and concerns of a far less well-off and more parochial Middle America. For the yuppie male, a well-paying job in law, finance, academia, or consulting in a cultural hub, hip fashion, cool appearance, studied poise, elite education, proper recreation and fitness, and general proximity to liberal-thinking elites, especially of the more rarefied sort in the arts, are the mark of a real man“ (2). Die „Yuppies“ sind feurige, leidenschaftliche und fanatische VerbraucherInnen. Sie verachten die „Losers“, die „Verlierer“, diejenigen, die es nicht schaffen, die Treppe der Gemeinheit, der Karriere und des Wohlstandes hinaufzuklettern, indem sie andere zur Seite schieben. Aus ihrer Sicht ist der „Loser“ an seinem bösen Schicksal selbst schuld: Er ist entweder nicht intelligent genug oder zu faul. In dieser Hinsicht ist ein „Yuppie“ frenetischer Sozialdarwinist. Nur wollen sie diese „Minderwertigen“ nicht selbst vernichten: Das soll dann einfach eine „natürliche Auslese“ tun. Offensichtlich geht es hier um eine spezifische elitäre „Kultur“, die durch und durch „bürgerlich“ ist: vielleicht sogar bürgerlicher als die realen Gefühle der modernen Bourgeoisie. Sie sickert buchstäblich mit dem Hass gegen die einfachen Leute. Der schrecklichste Fluch gegen einen Gegner ist hier „Ver-

lierer“. Ein gutes Beispiel solcher Stimmungen sind die Demonstrationen einer der aktiven Figuren der heutigen „Oppositionsbewegung“, Boshena Rynska (3), gegen ihre Konkurrenten im oppositionellen Lager selbst: „(...) Die wichtigsten Nicht-Einverstandenen heute – das ist nicht der Naphthalin-Journalismus aus den 1990er Jahren, sondern sind die effektiven Tops, die Eigentümer, die ein effizientes System in ihr Leben gebaut haben, denen aber ihre Rechte ganz konkret entzogen wurden. Ich selbst bin aus ihrer Gesellschaft; kommerziell gesehen, bin ich erfolgreichster Blogger des Landes. Ich verkaufe viel mehr Werbung als die anderen und auch viel teurer. Die coolsten Anzeigenkunden sind für mich. Auch bin ich die am meisten lesbare Salon-Journalistin des Landes. Das heißt, ich bin eine effiziente und erfolgreiche Person in meiner Nische. Und mir hat man meine Stimme gestohlen. Und auch mein Recht, Bürgermeister zu wählen. Und das Gesetz funktioniert nicht, niemandem ist beizukommen. Obwohl ich die Steuern bis auf die Kopeke bezahle. Und so wurde ich zu einem Hasser dieser herrschenden Bande. Und dieselbe upper Mittelschicht ärgert sich in den Restaurants, in den Klubs, ihnen gefällt das alles nicht. Aber Nemsow, Ryschkow und Parkhomenko – die sind nicht ihr Format (4). Und die Naphthalin-Demokraten sogar noch weniger. Sie haben keine Lust, unter dem Banner der Loser zu marschieren. Das ist ihre Psychologie. Und sowas können nur wir ändern: Kseniya Sobtschak, Svetlana Bondartschuk, Polina Deripaska (5), und meine Wenigkeit.“ (6) Es ist diese Schicht der „psychologischen Bourgeoisie“, die die Moskauer Proteste beherrscht. So ist es nicht überraschend, dass solche ProtestlerInnen wenig Interesse an sozialen Themen und Fragen haben: weder für das „Dritte-Welt“-Niveau der Löhne der großen Mehrheit der Bevölke-

rung (die russischen „Yuppies“ „verdienen“ nicht weniger als ihre westlichen KollegInnen) noch die Kommerzialisierung von Bildung und Medizin (sie können es sich leisten, im Ausland zu studieren und „einen gesunden Lebensstil“ zu führen). Ihre Sorge ist, dass die herrschende Oligarchie von Bankiers und Geheimdienstlern es ihnen nicht erlaubt, an die Macht zu kommen. In dieser Hinsicht erinnern die rebellischen russischen „Yuppies“ stark an die Bourgeoisie der vergangenen Jahrhunderte, die Revolutionen gegen eine absolutistische Monarchie erhoben hat. Wie kann es sein? – fragte die alte Bourgeoisie. Wir sind doch das Rückgrat der Nation, die Grundlage der Wirtschaft, die lebendige Kraft des Landes und die Stütze seiner Wirtschaftsmacht; wir zahlen alle Steuern: Warum sind wir von der Macht im Staate entfernt? Warum finanzieren wir diese plumpen und korrupten Beamten, diese gierigen und verschwenderischen Königshöfe, diese längst degradierten Monopolisten, die zu einem freien und fairen Wettbewerb mit uns unfähig sind? Wer zahlt – der sollte auch den Ton angeben! Wie ihre bürgerlichen Vorgänger hissen die russischen „Yuppies“ die Flagge des Parlamentarismus und der freien Wahlen. Und in der Tat – der unbegrenzten Allmacht des großen Geldes, der versteckten Diktatur der „Gewinner“-Plutokratie. Kein Wunder, dass nach den Umfragen desselben „Levada-Zentrums“ fast 70% der TeilnehmerInnen der Protestkundgebung an der Sacharow-Avenue sich selbst als die „Liberalen“ und „Demokraten“ betrachteten. 36% der Befragten sympathisierten mit dem liberal-nationalistischen Aleksej Nawalnyj (7). Etwa 15% der Befragten äußerten ihre Sympathie für den Milliarden-Dollar-reichen Führer der Union der Unternehmer, Mihail Prochorow, der offene neue drastische neoliberale Re-

Fortsetzung nächste Seite

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

Lesen Sie am 29. Februar unser Spezial »Alternative Reisen«

**3 Wochen kostenlos testen!**

Die Tageszeitung **junge Welt**

Gegründet 1947 · Samstag/Sonntag, 15./16. Oktober 2011 · Nr. 240 · 170 Euro · ISSN 1868-2402 · English available

**Aufbruch** 2 Wir hoffen, daß wir täglich mehr von...  
**Abräumer** 3 Abräumen von Occupy Wall Street...  
**Ausverkäufer** 6 Politiker versuchen wie Vampire, die...  
**Ausland** 9 Die USA in 2010: Bitterer Österreich...  
**Obama wirft Iran Anschlagsplanung**

**Besetzt die Banken!**

Weltweit Proteste wegen Finanzkrise. In Deutschland wollen sich auch...  
 mit zu verantworten haben...

**Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt 3 Wochen kostenlos lesen. Das Abo endet automatisch.**

Frau  Herr

Name/Vorname GWR

Telefon

E-Mail

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag B. Mai GmbH, AboService, Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift

**Coupon ausgefüllt einsenden an:**  
 Verlag B. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44.  
 E-Mail: abo@jungewelt.de

**ABOTELEFON: 0 30/53 63 55 50.**  
**BESTELLUNG ÜBERS INTERNET:**  
[www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php](http://www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php)

# „Viele stehen dem Streik positiv gegenüber“

Die soziale Situation in Griechenland spitzt sich weiter zu. Ein Interview aus dem bestreikten Stahlwerk Elliniki Halivourgia

Seit dem 1. November 2011 streiken alle 400 Arbeiterinnen und Arbeiter eines Stahlwerks im Athener Industriegebiet Aspropyrgos. Obwohl die Geschäftsleitung ihre Profite im Jahr 2011 um 30 % steigern konnte, nutzte sie die neue Arbeitsgesetzgebung, um zwangsweise Kurzarbeit zu verhängen. Dies würde für die Belegschaft eine Gehaltseinbuße um 40% bedeuten. In einer Vollversammlung wurde dieses Ansinnen einstimmig zurückgewiesen, worauf die Geschäftsleitung mehreren Dutzend Arbeitern fristlos kündigte. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter besetzten daraufhin die Fabrik und begannen „wild“ zu streiken. Am 3. Dezember 2011, dem Tag des Generalstreiks, wurde aus Solidarität eine Motorrad-Demonstration durchgeführt. Als an diesem Tag in Volos ein Supermarkt geplündert wurde, sollen die Plünderer ein Flugblatt hinterlassen haben, auf dem stand, dass sie die enteigneten Güter den Streikenden zukommen lassen wollten. Es gibt aber auch andere, organisierte und legale Solidarität, wie dieses Interview zeigt, das direkt vor Ort geführt wurde. Jodokus beteiligt sich an den Protesten in Athen. Achim lebt seit 20 Jahren in Athen und ist aktiv im „Netzwerk für soziale und politische Rechte“. Beide unterstützen den Streik.

**Jodokus: Kannst du uns sagen, was hier passiert?**

**Achim:** Die komplette Belegschaft streikt. Der Eigentümer des Werkes, das sich in Privatbesitz befindet, hat im Rahmen der neuen Gesetzgebung beschlossen, die im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen stehen, diese anzuwenden und die Leute dazu zu bringen, nur noch sechs Stunden am Tag zu arbeiten, und zwar für 500 Euro im Monat. Das hätte für die meisten bedeutet, dass sie weder sich noch ihre Familie hätten ernähren können. Deshalb haben die Arbeiter beschlossen, das Werk zu bestreiken,

zunächst einmal, diese Maßnahmen nicht hinzunehmen. Daraufhin hat der Boss zur Einschüchterung beschlossen, 51 Leute zu feuern. Daraufhin ist die gesamte Belegschaft in einen unbefristeten Streik getreten und hat gesagt: erstens mal die alten Arbeitsbedingungen wieder, normale 40 Stunden-Woche zum normal fest gelegten Lohn und die Einstellung aller Leute, die entlassen worden waren.

Wir haben das Problem, dass wir mit der neuen Arbeitsgesetzgebung, die so von der Troika, also Internationaler Währungs-fond, Europäische Zen-

tralbank und EU-Kommission, vorgegeben worden war, in eine Situation kommen, die Arbeitsbedingungen komplett verändert.

Das ist etwas, was wir schon häufig gesehen haben, wenn der IWF irgendwo tätig wird. Alle Rechte, die sich die Arbeitenden irgendwann einmal erkämpft hatten, werden eingeschränkt, teilweise sogar völlig abgeschafft. Es kommt zu dem System „Hire and Fire“. – Sie können einstellen, wenn sie wollen. Können entlassen, wenn sie wollen. Die Entlassenen kriegen keine Entschädigung mehr, und so weiter.

Weil dies so ist, ist dieser erste große derartige Kampf in Griechenland besonders wichtig. Deshalb unterstützen wir vom „Netzwerk für politische und soziale Rechte“ diesen Streik. Er geht uns alle an. Es ist nicht nur der Streik der Belegschaft von diesem Stahlwerk, sondern in gewisser Weise der Präzedenzfall für alle Arbeitsauseinandersetzungen, die wir in der nächsten Zeit haben werden.

**Weißt du, ob es Bestrebungen gibt, selbst die Betriebe zu übernehmen oder andere Strukturen aufzubauen?**

Hier, in diesem Fall ist das, soweit ich weiß, nicht vorgesehen. Ich habe das aber schon



bei kleineren Betrieben gehört, dass die Belegschaften da gesagt haben, o.k., wenn der Eigentümer das irgendwie nicht weiterführen kann oder will, dann machen wir das selber, wir kriegen das schon geregelt. Aber die Überlegungen dazu stecken noch in den Anfängen. **Wie ist die Stimmung allgemein in Griechenland? Sind die meisten den Streiks gegenüber positiv gestimmt?**

Große Teile der Bevölkerung stehen dem positiv gegenüber. Das konnten wir in den letzten Tagen auch sehen: Wir haben auf einer der zentralen Straßen von Athen, vor der Universität, eine Mikrofonanlage aufgebaut, auch heute, das machen

wir schon die ganze Woche, sammeln dort Unterschriften, sammeln auch Geld. Es gibt sehr viele Leute, die spontan an den Stand kommen und als Solidarität für diesen Streik unterschreiben. Viele begreifen, dass das für sie selber auch wichtig ist. Insofern ist die Stimmung, was diesen Streik angeht sehr positiv.

Auf der anderen Seite muss man sagen, dass viele Leute in Griechenland abwartend und ängstlich sind, dass sie nicht wissen, wie es weiter geht. Sie sind unsicher, was ihre Zukunft angeht. Was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass die großen Kämpfe, die wir hier die letzten anderthalb Jahre geführt

haben, bislang noch zu keinen greifbaren Ergebnissen insofern geführt haben, dass wirklich Maßnahmen, die eben von der Troika vorgeschrieben worden waren und die die Regierung dann hier umgesetzt hat, zurückgenommen worden wären. Die Sparmaßnahmen greifen.

Wir haben jetzt im öffentlichen Dienst seit November enorme Gehaltskürzungen. Ein Lehrer mit zuvor 1.500 Euro, was ja auch nicht die Welt ist. Jetzt verdient er nur noch 1.000 Euro. Leute, die bisher ins Lehramt mit 950 Euro eingestellt worden sind, werden jetzt mit 650 Euro eingestellt. Damit kannst du dir überhaupt keine eigene Wohnung mehr leisten. Deswegen leben die Leute bei ihren Eltern, obwohl sie eine 40 Stunden-Woche haben. Das ist eine Geschichte, die die Leute sehen. Es gibt den Willen zum Kampf, aber auf der anderen Seite zeigt die Regierung, dass sie wild entschlossen ist, alle diese Maßnahmen durchzusetzen, die ihr vorgegeben worden sind.

Das gesamte Interview ist zu hören unter: <http://cba.fro.at/53610> und <http://termit.kritisches-salzburg.net/>

Abtschrift: Jakob B. Hutten

## Fortsetzung von vorheriger Seite Eine Yuppie-Revolute

formen in der Arbeitsgesetzgebung vorschlägt: In seiner Agenda stehen die Möglichkeit der 60-Stunden-Woche, die völlige Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, uneingeschränkte Entlassungsfreiheit und Leiharbeit!

**Und last but not least:**

Drei Redner bei der Kundgebung am 24. Dezember waren prominente Führer der russischen Nazis und Xenophoben: Wladimir Tor, Konstantin Krylow und Wladimir Jermolajew. Alle drei wurden von den OrganisatorInnen akzeptiert und nominiert! Am 5. Januar 2012 nahmen mehrere Nazis an der Versammlung der vereinigten Initiativgruppe der Opposition teil: Einige saßen im Präsidium, andere im Saal, woraus ist die recht wenigen kritischen Stimmen übertönt. Tor, Krylow und Co. bekamen auch wichtige Posten in verschiedenen Arbeitsgruppen.

Wir haben es mit einer reaktionären Bewegung der oppositionellen bürgerlichen Kräfte zu tun, die mit dem herrschenden Regime ausschließlich darum kämpft, wer uns die Haut vom Leib reißen und von unserer Ausbeutung profitieren wird. Der Sieg dieser Opposition wird die soziale und wirtschaftliche Lage der LohnarbeiterInnen nicht verbessern. Er kann sie sogar noch verschlimmern, indem er die Kräfte des noch extremeren, eklatanten und gierigen Neoliberalismus an die Macht bringt, vielleicht sogar mit einem nationalistischen Geschmack, wie bei der Lieblingsfigur der Opposition, Nawalnyj. Vergessen wir nicht, dass frische Machthaber immer noch räuberischer und rücksichtsloser sind als die „alten“: Sie sollen doch im „Greifen“ nachho-



Moskau, Dezember 2012. Russische Faschisten auf einer Anti-Putin-Demo

Fotos: Vitaly

len. Nicht zufällig sind keine sozio-ökonomischen Forderungen oder Versprechen aus dem Mund der FührerInnen und OrganisatorInnen der Proteste hörbar. Die „einfachen“ Leute sind für sie nur als Statisten und Kanonenfutter interessant, um sie an die Macht zu bringen. Und dann lassen sie die „Verlierer“ sterben! Wie es die Tochter eines ehemaligen japanischen „kommunistischen“ Parteifunktionärs und spätere Unternehmerin und Oppositionspolitikerin aus den 90ern, Irina Hakamada, ausdrückte: „Nun, keine Arbeit? Geht in den Wald, um Pilze und Beeren zu sammeln.“

Die Sansculotten des 18. Jahrhunderts und die europäischen ArbeiterInnen des 19. Jahrhunderts konnten noch, gemeinsam mit der Bourgeoisie, unter ihrer Führung, die Gewährleistung des parlamentarischen Systems und der Demokratie

erkämpfen. Sie wussten noch nicht, welches Ende all diese Spiele haben. Wir wissen das bereits. Der Triumph der Bourgeoisie über den Absolutismus brachte den arbeitenden Massen weiterhin wildeste Armut und Rechtslosigkeit. Der Sieg des liberalen Kapitalismus in den späten 80ern und am Anfang der 90er Jahre führte zu Armut, Stress, Krankheiten, Suiziden und zum vorzeitigen Tod von Tausenden in Osteuropa und in der ehemaligen „Sowjetunion“.

**Sind wir wieder dabei, Fehler zu wiederholen, sogar im Wissen, was auf uns am Ende wartet?**

Die LohnarbeiterInnen, die Menschen, die von einem bis zum anderen mageren Lohnzahltag überleben müssen, haben keinen Grund, Wladimir Putin mit seiner neoliberal-oligarchischen Diktatur zu bejubeln oder zu verteidigen. Es wäre ja

auch lächerlich. Aber genauso absurd wäre es für die AnarchistInnen, die so genannte „weiße Revolution“ der Yuppie-Opposition mit ihrer Parole der „fairen Wahlen“ oder sogar die offen nationalistische Reaktion zu unterstützen und in deren Aktionen eigene Fahnen zu zeigen und damit ein Einvernehmen mit deren Leitgedanken zu demonstrieren. Ihren Kämpfen um die Macht und ihrer Fähigkeit, unser Blut zu trinken, können wir nur unsere sozialen Forderungen gegenüberstellen: ein Ende des neoliberal-kapitalistischen Angriffs auf unser Leben! (8) Wir sind verpflichtet, den beiden Banden von Räubern und Dieben das zu sagen, was im Jahr 2001 die ArbeiterInnen in Argentinien sagten: Que se vayan todos! Regierung und Opposition – alle raus!

Vadim Damier (KRAS-IAA, Moskau)

Zum Autor: Vadim Damier ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Er lebt in Moskau und ist aktives Mitglied der *Föderation der Arbeitenden in Erziehung, Wissenschaft und Technik* innerhalb der *Konföderation Revolutionärer Anarchosyndikalisten (KRA)*. Siehe auch: *Soziale Bewegungen in Russland* Anarchismus. Antimilitarismus und die Kriege im Kaukasus. Bernd Drücke im Gespräch mit Vadim Damier, in: *Graswurzelrevolution* Nr. 338, April 2009, [www.graswurzel.net/338/russland.shtml](http://www.graswurzel.net/338/russland.shtml)

Anmerkungen:

- [www.vedomosti.ru/politics/news/2011/12/26/1463372](http://www.vedomosti.ru/politics/news/2011/12/26/1463372). Diese Zahlen gelten nur für Moskauer Zustände. Wahrscheinlich in der Tendenz auch für St. Petersburg. In den meisten Provinzialstädten, wo auch Proteste stattfanden, sieht die Situation teilweise anders aus. Dort kamen vorwiegend „einfachere“ Leute, für die die Frage nach „Wahlfälschungen“ eher ein Vorwand zum Ausdruck der lebensnahen Unzufriedenheit war. Dementsprechend waren dort auch soziale Themen sichtbar und fühlbar. Andererseits waren die Protestkundgebungen in den Provinzialstädten kleiner (von einigen Dutzend bis zu wenigen Tausend TeilnehmerInnen) und können keinen prägenden Einfluss auf die Bewegung „gegen die Wahlfälschungen“ ausüben.
- [www.nationalreview.com/articles/243667/obama-fighting-yuppie-factor-victor-davis-hanson](http://www.nationalreview.com/articles/243667/obama-fighting-yuppie-factor-victor-davis-hanson)
- Boshena Rynska (Ewgenija Kurizyna) ist eine „Salonlöwin“ und populäre Glamour-Journalistin.
- Aktive Politiker aus den 90ern, heute in der Opposition. Boris Nemtsow war 1997 – 1998 Vize-Ministerpräsident, zuständig für die Durch-

führung der neoliberalen Reformen; seit 2008 Führer der extrem-neoliberalen Bewegung „Solidarität“ und der „Partei für die Volksfreiheit“ (PARNAS). Wladimir Ryschkow war Ende der 90er Vize-Präsident des Staatsparlamentes (Duma), heute einer der PARNAS-Führer. Sergey Parhomenko ist ein führender Oppositionsjournalist. 5 Kseniya Sobtschak ist eine Tochter des ehemaligen Gouverneurs von St. Petersburg, „Salonlöwin“ und Glamour-Journalistin. Svetlana Bondartschuk ist SchauspielerIn und Art-Direktorin einiger Restaurants, die Eigentum von ihrem Mann sind. Polina Deripaska ist Tochter eines Leiters der Administration des Präsidenten Russlands unter Jelzin, Frau eines Oligarchen und Verlegerin. 6 Livejournal-Blog von B. Rynska – <http://becky-sharpe.livejournal.com/1294206.html>- Aleksey Nawalnyj ist einer der populärsten oppositionellen Aktivisten, der viel über Korruption und verschiedene Missbräuche spricht und schreibt. Er war Mitglied der liberalen „Jabloko“-Partei von Jawlinskij, wurde aber für seine offen nationalistischen Sympathien ausgeschlossen. Er nahm mehrmals an den Großmärschen der russischen Rechtsradikalen und Nazis teil.
- Die Moskauer Anarcho-Syndikalisten aus KRAS (Sektion der IAA) verbreiteten während der Straßenkundgebungen ihre Flugblätter („Uns interessiert nicht, welche Bande die Regierung bildet – uns interessiert es, besser zu leben“) mit dem Aufruf, gegen konkrete neoliberale Reformen zu kämpfen ([www.aitrus.info/node/1800](http://www.aitrus.info/node/1800); englische Übersetzung: <http://libcom.org/blog/russians-protest-against-corrupt-putin-10122011>)

Anzeige

**Antifaschistisches Blatt**

# Info

Nr. 93 | Winter 2011/12

**Rechtsterrorismus**  
Der Nationalsozialistische Untergrund

Kostenloses Probexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
mail@antifainfoblatt.de  
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

# Spagat mit offenem Ausgang

## Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und der Machtkampf zwischen Regierung und Armee

Im November und Dezember 2011 wurde in der Türkei über die Kriegsdienstverweigerung diskutiert. Das ist ungewöhnlich, gilt doch die Infragestellung und Kritik der Institution des Militärs in der türkischen Gesellschaft nach wie vor als Tabu.

Ausgelöst wurde die aktuelle Debatte durch die Aufforderung des Ministerrates des Europarates an die türkische Regierung, bis Dezember 2011 gesetzliche Maßnahmen zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung vorzulegen. Noch während der Debatte verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei im Fall des Kriegsdienstverweigerers Yunus Erçep und erkannte die Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht an.

### Aussitzen und Abwarten

Die Türkei erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an. Jeder türkische Mann ist mit 20 Jahren zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet. Kriegsdienstverweigerer, die die Ableistung des Militärdienstes verweigern, werden wegen Befehlsverweigerung angeklagt und nach Verbüßung der Haftstrafe erneut einberufen. Dieser Teufelskreis kann ein Leben lang fortbestehen, da die Wehrpflicht in der Türkei erst nach Ableistung des Militärdienstes als erfüllt gilt. Osman Murat Ülke ist einer der ersten Kriegsdienstverweigerer, der seine Verweigerung öffentlich gemacht hatte und im Anschluss daran mehrfach strafrechtlich verfolgt wurde. Er ist zwischen 1996 und 1998 insgesamt acht Mal verurteilt worden und war mehr als 23 Monate inhaftiert. 2006 erwirkte er ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, mit dem die mehrfache Bestrafung als rechtswidrig anerkannt wurde. „Die zahlreichen Anklagen in

Verbindung mit der Möglichkeit, dass er einer lebenslangen Strafverfolgung unterliegen könnte, stehen im Missverhältnis zu dem Ziel, die Ableistung des Militärdienstes sicherzustellen“, erklärte das Gericht im Urteil.<sup>1</sup> Das Gericht ging auch auf die Lebenssituation nach der letzten Haft ein und brandmarkte diese als „zivilen Tod“. Mit der weiteren Gefahr der Rekrutierung und Strafverfolgung sei nur ein „Leben im Geheimen“ möglich. Praktisch bedeutet das, dass Kriegsdienstverweigerer in der Türkei keinen Pass erhalten können. Sie können kein Konto anmelden, nicht heiraten, ihre Kinder nicht anerkennen und keine legale Arbeit annehmen. Sie sind praktisch rechtlos. Im Falle von Osman Murat Ülke besteht diese Situation seit dem Urteil fort. 2007 wurde er aufgefordert, eine Reststrafe von 17 Monaten und 15 Tagen anzutreten.<sup>2</sup>

Ob Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umgesetzt werden, überprüft der Ministerrat des Europarates. Dieser befasste sich mehrfach mit dem Urteil zu Osman Murat Ülke und forderte die Türkei wiederholt auf, gesetzliche Regelungen umzusetzen, um weitere Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention auszuschließen. Die türkische Regierung hatte auf die diversen Aufforderungen zwischenzeitlich erklärt, sie arbeite an gesetzlichen Maßnahmen zur Kriegsdienstverweigerung, jedoch keine weiteren Informationen dazu vorgelegt. Am 23. September 2011, also fünf Jahre nach dem Urteil, wurde die

Anzeige Türkei schließlich aufgefordert, „den Ministerrat über die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig vor dem Treffen im Dezember zu informieren, einschließlich ihres Inhalts und des Zeitplans ihrer Verabschiedung“.

### Ein Schritt vor, zwei zurück

Die türkische Regierung sah sich nun offenbar doch aufgefordert, zu reagieren. In einer ersten Stellungnahme erklärte Justizminister Sadullah Ergin, dass sich „der Verteidigungsminister mit dem Thema der Kriegsdienstverweigerer befassen wird. Der Verteidigungsminister ergänzte,



Der libertäre Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan in Istanbul 2009.

Foto: © Timo Vogt, www.randbild.de

die Regierung wolle Beispiele anderer Länder prüfen, in denen es einen rechtlichen Schutz für Kriegsdienstverweigerer gebe,<sup>3</sup> berichtete *Today's Zaman* am 15. November. Nur fünf Tage später zitierte *Hürriyet Daily News* erneut den Verteidigungsminister, der nun aber erklärte, „es gäbe keine Pläne, ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzuführen“.<sup>4</sup>

„Die einzige Änderung, die die Regierung plane, würde ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte betreffen, das die Türkei wegen wiederholter Haftstrafen von Kriegsdienstverweigerern verurteilt hatte. Das Gesetz solle „die Strafverfolgung auf ein Mal begrenzen“.

Mitten in der Debatte gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein weiteres Urteil zum Fall eines türkischen Kriegsdienstverweigerers bekannt. Yunus Erçep ist Zeuge Jehovah. Er war im März 1998 einberufen worden und hatte sich verweigert.

Wegen Nichtbefolgung der Einberufung wurde er etwa 15 Mal angeklagt und verurteilt. Auch er unterliegt weiterer strafrechtlicher Verfolgung. 2004 reichte er Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein, der am 22. November 2011 das Urteil verkündete. Darin stellte das Gericht fest, dass „das Fehlen einer Alternative zum Militärdienst in der Türkei das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verletzt“.<sup>5</sup> Es bezieht sich damit auf ein Grundsatzurteil der Großen Kammer des Gerichts, das für den Europarat die Kriegsdienstverweigerung zum Menschenrecht nach Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention erklärt hatte, der die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert.<sup>6</sup> Das ergäbe sich aus der Praxis der überwiegenden Zahl der insgesamt 47 Mitgliedsstaaten des Europarates.

Schließlich verkündete die türkische Regierung angesichts von 450.000 Militärdienstverweigerern<sup>7</sup> eine recht eigenwillige Variante, die Ende November 2011 vom Parlament beschlossen wurde: Seit dem 31. Dezember 2011 – und befristet auf ein halbes Jahr – gibt es eine Freikaufsmöglichkeit für diejenigen in der Türkei lebenden Wehrpflichtigen, die noch keinen Militärdienst abgeleistet haben und bereits 30 Jahre alt sind. Mit umgerechnet 13.000 Euro können sie nun zahlen statt dienen. Die Regelung kann auch mit einem Betrag von 10.000 Euro von türkischen Wehrpflichtigen wahrgenommen werden, die seit zumindest drei Jahren im Ausland leben und arbeiten.<sup>8</sup>

Der Vorschlag der *Partei für Frieden und Demokratie* (BDP), die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen, wurde von der Mehrheit des Parlamentes verworfen.<sup>9</sup>

Damit ist weiter offen, wie die türkische Regierung mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung umgehen wird. Eins deutet sich allerdings an: Das türkische Militär wird bei Ausnahmeregelungen weiter das Interesse durchzusetzen suchen, daraus Profit für den eigenen Etat zu schlagen, wie dies mit der hohen Freikaufsumme beabsichtigt ist. Wenige Tage später, am 9. Dezember, gab es eine erfreuliche Folge der Ereignisse.

Der Kriegsdienstverweigerer İnan Süver wurde vorläufig aus der Haft entlassen. Er war am 5. August 2010 verhaftet worden und saß eine Haftstrafe wegen mehrmaliger Desertion ab (vgl. GWR 365). Seine Anwältin hatte einen Antrag auf Haftentlassung gestellt, da die Regierung in den Wochen zuvor öffentlich erklärt hatte, ein Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung vorzubereiten. Dieser Argumentation folgte das Gericht.

### Macht des Militärs

Die widersprüchlichen Aussagen der türkischen Regierung zur Frage der Kriegsdienstverweigerung sind wohl am ehesten zu verstehen, wenn die Bedeutung des Militarismus und die Rolle des Militärs in der Türkei in Betracht gezogen werden, das in zwei Kriege bzw. Konflikte involviert ist. Die Armee wird gegen die *Kurdische Arbeiterpartei* (PKK) eingesetzt.

So schlug sie nach einem Angriff auf sieben Militärposten am 20. Oktober 2011 umgehend zurück, bombardierte Ziele im Nordirak und marschierte mit 600 Soldaten in das Nachbarland ein.<sup>10</sup> Wiederholt wurde auch berichtet, dass die Armee wahrscheinlich Giftgas gegen PKK-Kämpfer eingesetzt hat.<sup>11</sup> 40.000 türkische Soldaten sind in Nordzypern stationiert,<sup>12</sup> einer der schwierigsten Verhandlungspunkte zur Frage der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union.

Die Wehrpflichtarmee der Türkei ist mit 610.000 Soldaten eine mächtige Institution im Land. Die Macht des Militärs gründet sich aber nicht allein auf die Stärke des militärischen Gewaltapparates. Die Armee wird vielmehr als Garant einer unparteiischen laizistischen Führung angesehen, die das Land in eine unabhängige, westlich orientierte, moderne Nation verwandelt.

Es ist eine ideologische Basis, gegründet auf die autoritäre Politik des Staatsgründers Kemal Atatürk, mit der sich das Militär weiter als „Hüter des Fortschritts und der Nation“ darstellt.<sup>13</sup> Über die 1961 gegründete Organisation OYAK,<sup>14</sup> einem Pensionsfonds der türkischen Armee, in den alle Offiziere eine Pflichtabgabe von 10% ihres Soldes zahlen, ist das Militär im Besitz eines der größten Holdings des Landes.<sup>15</sup>

Sie ist aufgrund ihrer Steuer- und Abgabebefreiung auch einer der profitabelsten.

Auch die Rolle des Militärs als Schule der Nation ist ungebrochen. „Jeder Türke wird als Soldat geboren“, ist ein geflügeltes Wort in der Türkei. Trotz aller Widerstände gilt die Ableistung des Militärdienstes weiter als Teil der männlichen Sozialisation, auch in linken Organisationen. Der Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan erläutert die Folgen für die türkische Gesellschaft: „Mit Hilfe der Wehrpflicht werden Männer, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, durch diese ‚Werkstatt‘ geführt, mit dem Ziel, sie in gehorsame Menschen zu verwandeln, die dann auch Gehorsam innerhalb der Familien erwarten, die sie anschließend gründen. Dies bedeutet, dass der Militarismus bis in die Tiefen einer jeden Familie eindringt. So hat das Individuum keine andere Möglichkeit, als in eine hierarchische Struktur hinein geboren zu werden.“<sup>16</sup>

Und die Generäle nutzten ihre Macht immer wieder, um auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Früher war es der offene Militärputsch, wie das 1960, 1971 und 1980 der Fall war. Noch 1997 erzwang das Militär den Rücktritt der Regierung von Necmettin Erbakan, von dessen islamistischer Wohlfahrtspartei sich später *Erdoğans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung* (AKP), die derzeit regiert, abspaltete.

### Machtkampf zwischen Regierung und Militär

Am 6. Januar 2012 wurde der ehemalige Generalstabschef der türkischen Armee, Ylker Babuş, verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, eine „terroristische Organisation“ geleitet und einen Putsch gegen die islamisch geprägte

Fortsetzung nächste Seite

## OPPO-VERLAG

www.oppo-verlag.de

Postfach 61 02 16 10923 Berlin

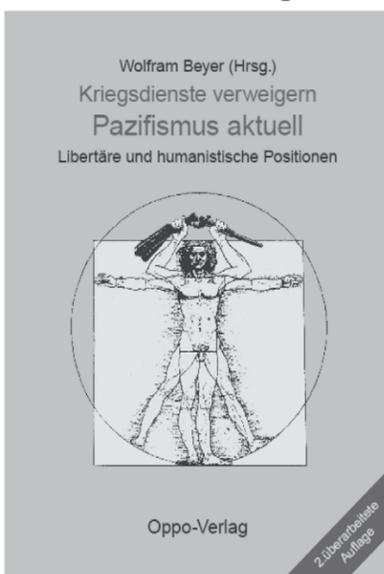
Fax: 0049 (0)30/285 08 266

W. Beyer (Hrsg.)

Kriegsdienste verweigern

Pazifismus aktuell

2. überarb. Auflage



ISBN 978-3-926880-16-1  
179 Seiten / € 20,00

Fortsetzung von vorheriger Seite

**Spagat mit offenem Ausgang**

AKP-Regierung unter Ministerpräsident Erdoğan geplant zu haben. Er ist damit der ranghöchste Offizier, der im Zusammenhang mit den sogenannten Ergenekon-Verfahren verhaftet wurde.<sup>17</sup>

Das Netzwerk soll seit 2003 versucht haben, durch Terror und Desinformation den Sturz der AKP-Regierung zu erreichen. Ausgelöst worden waren die Ermittlungen durch einen Bericht des Nachrichtenmagazins *Nokta* im Frühjahr 2007.<sup>18</sup>

Der Generalstabschef könnte auch hinter dem Versuch stecken, im Jahre 2008 die AKP verbieten zu lassen.

Er hatte sich im Mai 2008, kurz bevor das Verfassungsgericht über den Verbot Antrag beriet, heimlich mit dem zweithöchsten Richter des Landes, Osman Paksut, getroffen. Das Verbot scheiterte daran, dass vier von zehn Verfassungsrichtern gegen den Antrag votierten. Die für einen Beschluss notwendige Mehrheit von sieben Richtern wurde nicht erreicht.<sup>19</sup>

Im Sommer vergangenen Jahres weigerte sich schließlich Erdoğan, inhaftierte Offiziere zu befördern. Daraufhin traten der Generalstabschef sowie die Kommandeure der Teilstreitkräfte zurück.<sup>20</sup>

Auch wenn es so aussieht, als ob die Regierung, und mit ihr die AKP, im Machtkampf mit dem Militär derzeit die Oberhand hat, so bedeutet das keine wirkliche Änderung der Politik. Die türkische Regierung setzt auf eine militärisch gestützte Hegemonialrolle – und sah auch den Beitritt zur Europäischen Union als einen Baustein, dies umzusetzen. Der in Izmir lebende Coskun Üsterci, der seit vielen Jahren in antimilitaristischen Zusammenhängen aktiv ist, schrieb 2004 dazu: „Mit einem Beitritt zur Europäischen Union verbindet sich zum einen das Interesse der Türkei, imperiale Träume zu verwirklichen. Es würde ihre Rolle und Macht im Kaukasus und dem Nahen Osten stärken.“

Auch die Europäische Union hat strategische Interessen in diesen Regionen, die mit der Aufnahme der Türkei als EU-Mitgliedstaat Grenznahbar der Union werden würden.

Zum anderen werden die mit einem Beitritt zur Europäischen Union verbundenen Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Entwicklung als Werkzeug gesehen, um in der Region auch dauerhaft wirtschaftlich eine Vorreiterrolle spielen zu können. Angesichts solcher Potentiale werden gar so lästige Aufgaben, wie die Verbesserung von ‚Demokratie‘ und Menschenrechten in Kauf genommen.

Die im Zuge dessen von der Europäischen Union eingeforderten und teilweise umgesetzten Gesetzesänderungen sind diesem Hintergrund zu verdanken.<sup>21</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat viel damit zu tun, dass die türkische Regierung dies umsetzte. Enge politische und wirtschaftliche Verbindungen zu den Nachbarstaaten sorgten für ein Anwachsen der türkischen Exporte seit 2002 von 32 auf 132 Milliarden Dollar, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich.<sup>22</sup>

Im Bereich der Menschenrechte liegt auch ein Jahrzehnt später noch vieles im Argen. In der Türkei, so *Amnesty International*, fand gerade eine erneute Verhaftungswelle von JournalistInnen und SchriftstellerInnen statt. „Derzeit befinden sich 63 Journalisten und Schriftstel-



Der Militarismus ist in der Türkei allgegenwärtig. Istanbul 2009.

Foto: © Timo Vogt, www.randbild.de

ler in Haft, 2.000 Gerichtsverfahren sind anhängig und 4.000 Ermittlungsverfahren beschäftigten Polizei und Staatsanwaltschaft.“<sup>23</sup> Fast zweihundert Menschen aus dem Umfeld der prokurdischen BDP wurden festgenommen. „Was ihnen vorgeworfen wird, wissen die meisten der Autoren und Journalisten bei ihrer Verhaftung nicht“, so *Amnesty International*. Auch Kriegsdienstverweigerer, wie Halil Savda, werden wegen öffentlicher Kritik am Militär oder wegen Solidaritätserklärungen mit anderen Kriegsdienstverweigerern strafrechtlich verfolgt. Möglich machen dies die Artikel 301 und 318 des türkischen Strafgesetzbuches, die in diesen Fällen bis zu zwei Jahren Haft vorsehen. Es ist zwar eine deutliche Machtverschiebung vom Militär hin zur Regierung festzustellen, der Inhalt und die Form der Politik sind jedoch weiter autoritär, einschließlich der Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten und öffentlicher Kritik. Das Militär wird nur in der Rolle als alleiniger „Hüter der Nation“ in Frage gestellt, aber keineswegs als Sozialisationsinstanz und als Gewaltapparat im Kriegseinsatz. Das Bündnis mit der NATO und die militärische Zusammenarbeit mit den USA werden fortgesetzt, ebenso wie die Kriegseinsätze. „Mein Eindruck ist“, so der Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke, „dass zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei die Armee keine primäre Rolle zur Frage der Kriegsdienstverweigerung spielt. Die AKP hat sie so weit in die Ecke gedrängt, dass die Armee de facto keine Macht mehr über die Regierung hat. Die Auseinandersetzung dient aber nicht dazu, das Land zu demokratisieren, sondern um die bestehenden Strukturen im Dienst der neuen Elite zu instrumentalisieren.“<sup>24</sup> Die Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung steht ganz eindeutig nicht auf der Tagesordnung, weder für die Regierung, noch für die Armee.

**Der mutige Kampf der Kriegsdienstverweigerer**

Die Kriegsdienstverweigerung ist nach wie vor eine Randerscheinung in der Türkei.

Die Website [www.savaskarsitlari.org](http://www.savaskarsitlari.org) listet 150 Personen auf, die seit 1989 ihre Verweigerung öffentlich gemacht haben. Ihre Ansätze sind allerdings sehr unterschiedlich. Türkisch-kurdische Wehrpflichtige verweigern die Einberufung in eine Armee, die gegen ihre eigenen Familien eingesetzt wird.

Es gibt islamische Verweigerer, die nicht in einer Armee dienen wollen, die für die Trennung von Staat und Kirche steht.

Yunus Erçep ist Zeuge Jehovah. Andere politisch aktive Verweigerer verstehen sich als Totalverweigerer, die den Kriegsdienst grundsätzlich ablehnen.

Die politische Kraft der Kriegsdienstverweigerung hat die Bewegung zu Anfang aus dem kompromisslosen Ansatz gegenüber den herrschenden Vorstellungen entwickelt.

Mit der Kriegsdienstverweigerung haben die Aktiven zentrale Fragen der türkischen Gesellschaft ins Bewusstsein gerückt und in Frage gestellt: die Rolle des Mannes, die Macht des Militärs im Staat und die Rolle des Militärs in der türkischen Gesellschaft. Die Kriegsdienstverweigerer wissen mit ihrer Entscheidung darauf hin, dass Militär und der militärische Einsatz eben keine Garanten für Demokratie sind und bestehende Kriege und Konflikte friedlich gelöst werden müssen.

Mit der mutigen Entscheidung einiger Verweigerer, sich dem Gewaltapparat Militär entgegenzustellen, war die Hoffnung verbunden, eine breite Bewegung zu initiieren. Das gelang nicht. Vielmehr entwickelte sich zwangsläufig eine juristische Auseinandersetzung an wenigen konkreten Fällen. Dabei haben es die Verweigerer verstanden, die europäischen Institutionen mit einzubinden, internationale Öffentlichkeit zu errei-

chen, ihre Forderung auf Anerkennung stark zu machen und darüber das Schweigen in der türkischen Öffentlichkeit zu brechen. Nun orientieren einige Aktive auf eine gesetzliche Regelung, andere befürchten sicher zu Recht, dass ein Gesetz sehr restriktiv sein wird – und nach europäischen Vorbildern auch einen Ersatzdienst beinhalten wird. Abschreckende Beispiele dafür gibt es genug.

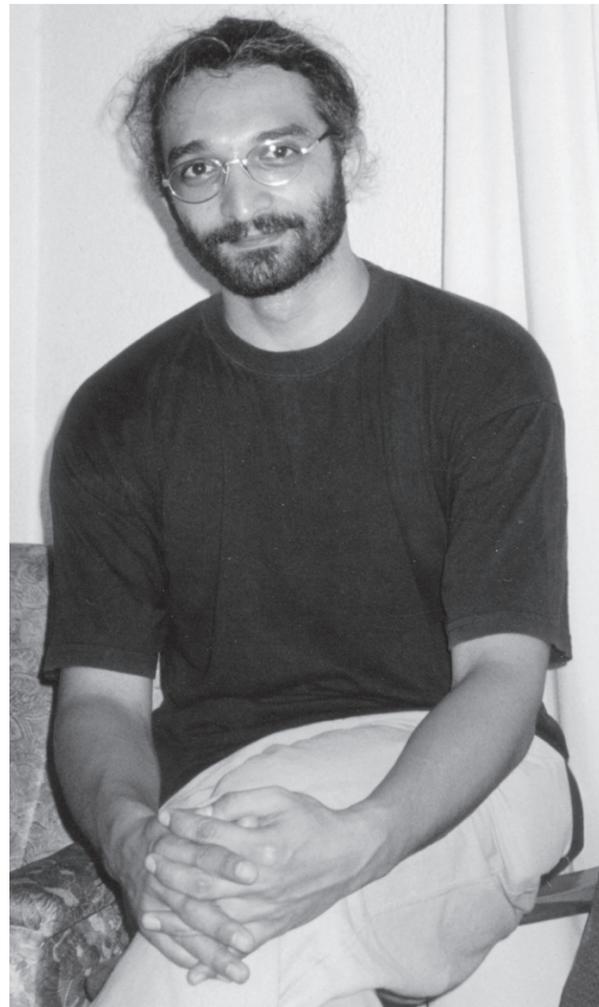
Ein Blick auf die Nachbarländer Griechenland oder Armenien genügt da völlig.

So hat Armenien einen Ersatzdienst vorgesehen, der im Militär abzuleisten ist und fast doppelt so lange wie der Militärdienst dauert.

Der über 20-jährige Kampf der Verweigerer ist noch lange nicht zu Ende. Es wird ein schwieriger Weg für die Aktiven. Die unterschiedlichen Ansätze können ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit sein, die Bewegung aber auch breiter und effektiver machen. Die Forderung der europäischen Institutionen und Gerichte auf eine gesetzliche Regelung kann jedoch zu einer Zerreiße zwischen politischem Anspruch und gesetzlichen Regelungen werden.

**Rudi Friedrich**

Rudi Friedrich ist Mitarbeiter von Connection e.V.



Graswurzelrevolutionär Osman Murat Ülke. Foto: Bernd Drücke

Weitere Informationen, auch zur Situation türkischer Wehrpflichtiger in Deutschland, unter [www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

Die Kriegsdienstverweigerer in der Türkei betreiben eine eigene Website unter [www.savaskarsitlari.org](http://www.savaskarsitlari.org)

**Anmerkungen**

1 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Pressemitteilung vom 24.01.2006 zur Entscheidung Ülke v. Turkey, application no. 39437/98

2 Mehr dazu unter [www.connection-ev.de/z.php?ID=89](http://www.connection-ev.de/z.php?ID=89)

3 Today's Zaman: Turkey may decriminalize conscientious objection to military service. 15. November 2011.

4 Hürriyet Daily News: Conscientious objection 'not on our agenda', 20. November 2011

5 European Court of Human Rights: The absence of an alternative to military service in Turkey is in breach of the right to conscientious objection. 22. November 2011. ECHR 254 (2011). Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

6 European Court of Human Rights: Imprisonment of conscientious objector in Armenia for refusing to do military service violated his right to freedom of religion. Press Release issued by the Registrar of the Court. July 7, 2011. ECHR 094 (2011). Die Entscheidung ist rechtskräftig.

7 Frankfurter Rundschau: Türken können sich vom Wehrdienst freikaufen, 9. Dezember 2011

8 Die bisherigen Freikaufregelungen für türkische Staatsbürger im Ausland bestehen fort. Näheres dazu unter [www.Connection-eV.de/pdfs/kopfgeld.pdf](http://www.Connection-eV.de/pdfs/kopfgeld.pdf)

9 Hürriyet Daily News: Paid exemption from military service starts Dec. 31, 30. November 2011

10 Frankfurter Rundschau: Türkische Truppen im Nord-Irak, 20. Oktober 2011

11 Zeit Online: Türkei gerät wegen möglichen Giftgasangriffs unter Druck, 13. August 2010 und Turkish Press: Delegation untersucht Giftgas-Einsatz gegen PKK, 27. November 2011

12 Nach Wikipedia: Türkische Republik Nordzypern, eingesehen am 16. Januar 2012

13 vgl. Andreas Berger, Rudi Friedrich und Kathrin Schneider: Der Krieg in Türkei-Kurdistan, Lamuv 1998, S. 25ff

14 Ordu Yardımlaşma Kurumu

15 Wikipedia: OYAK, eingesehen am 16.01.2012 und Andreas Berger u.a., a.a.O.

16 Mehmet Tarhan: „Militarismus ist ein gesellschaftlich umfassendes Problem“, Diagonal, Spanien, Januar 2006

17 Peter Schwarz, World Socialist Web Site (wsws.org): Türkei: ehemaliger Generalstabschef verhaftet, 12. Januar 2012 und tagesschau.de: Türkische Behörden nehmen früheren Armeechef fest, 6.1.2012

18 Wikipedia: Ergenekon; eingesehen am 16. Januar 2012

19 Peter Schwarz, a.a.O.

20 ebenda

21 Coskun Üsterci: Türkei: Exportschlager Militär. In: Rudi Friedrich und Tobias Pflüger (Hrsg.): In welcher Verfassung ist Europa?, Trotzdem Verlag, Grafenau 2004

22 Peter Schwarz, a.a.O.

23 Amnesty Journal: Wortgewalt. Dezember 2011

24 Osman Murat Ülke: eMail vom 17. Januar 2012

# „Organisieren oder organisiert werden!“

Ein Nachruf auf Berni Kelb (13. Februar 1934 – 5. Dezember 2011)

Ehrfurchtsvoll und neugierig schaute ich Anfang der 1970er Jahre als Jugendlicher zu den maoistischen GenossInnen auf, die in der Fußgängerzone energisch und mit markigen Sprüchen gegen den Kapitalismus agitierten, sich mit Megaphon ganz oben auf Blumenkübeln postierten, komische Volkszeitungen mit radikalen Forderungen auf der Titelseite hochhielten und immer genau wussten, wo es langzugehen hatte. Von den endlosen Polit-Litaneien, die sie von sich gaben, verstand ich weniger als die Hälfte, denn ich hatte kein Abitur. Wenn ich neben ihnen stand, fühlte ich mich klein und unwissend.

Doch dann sprach eine Stimme zu mir: „Hör mal Horst, von diesen aufgeblasenen Gockeln wirst du dich doch wohl nicht ins Bockshorn jagen lassen!“ Die Stimme kam aus Berni Kelbs schmalen Büchlein „Organisieren oder organisiert werden. Vorschläge für Genossen links unten“. (1) – Vorschläge, die ich annehmen oder sogar ablehnen konnte! Das war die echte Freiheit.

„Ein Kaninchenzuchtverein ...“

Nach der antiautoritären Revolte 1968 wandten sich in den Jahren danach viele Linke schon bald autoritären Organisationen zu.

Die mechanistische Vorstellung, der Mega-Einsatz von organisatorischem Input würde ein Optimum von „revolutionärem“ Output zur Folge haben, führte zu einem sich steigernden Konkurrenzkampf von Kleinparteien und Organisationen, Überheblichkeit, Profilenosen, Realitätsverlust und später zum Katzenjammer, als alle Hoffnungen zerstoßen. Es ist Berni Kelbs Verdienst, diesen auf die Spitze getriebenen Irrsinn schonungslos demaskiert zu haben.

Aus einer Arbeiterfamilie kommend, war er selbst als junger Mensch in den 50er Jahren Mitglied der KPD und konnte aus einem reichhaltigen Erfahrungsfundus bezüglich dieses ideologischen Absurditäts schöpfen. In dieser Partei war ein Austritt im Statut nicht vorgesehen, weil es so etwas gar nicht geben durfte: „Da war nur noch von der ‚hohen Ehre der Mitgliedschaft‘ und von der ‚Schande des Ausschlusses‘ die Rede.“ (S. 62)

Im „Zwiebel Almanach“ 1973 des Wagenbach Verlages machte sich Kelb mit Lorbeerkrantzfoto und flottem Spruch über die parteisoldatischen Zumutungen der vergangenen Zeit lustig: „In einem südtalitanischen Steinbruch erkannten einige Genossen, deutschsprechend (Gastarbeiter!) und frisch aus der KP ausgeschlossen,

Berni Kelb. Sie bekränzten ihn mit Lorbeer und ernannten ihn zum Generalsekretär der KPU (Koalition politisch Unzuverlässiger). Wenige Minuten nach Aufnahme des Fotos trat Kelb von allen Parteiämtern zurück.“ Doch der Kern seiner Kritik an den Allmachtansprüchen der Partei war grundsätzlich und ernsthaft: „Die Herrschaft soll nicht umgekehrt, sondern abgelöst werden. Es sollen (bzw. wollen) einfach andere Leute nach oben. So haben wir aber nicht gewettet!“ (S. 13)

## Kritik an kernigen Leerformeln

Berni Kelb analysierte scharf und mit einfachen Worten, für jede/n nachvollziehbar, was sich hinter abgedroschenen Worthülsen wie dem vielbeschworenen Ziel der „Einigkeit“ tatsächlich verbirgt.

„Sie wollen gar nicht helfen, das selbständige Handeln der Arbeiter zu koordinieren. Jedes selbständige Handeln ist ihnen verdächtig. (...) Sie wollen vielmehr rekrutieren. Sie wollen die Arbeiter aus Industrie-Soldaten in Polit-Soldaten verwandeln. Es soll weiter gehorcht werden. Und wenn die Revolution vorbei ist, sollen sich die Polit-Soldaten wieder in harmlose, aber emsige Industrie-Soldaten zurückverwandeln. Und das sollen sie möglichst freiwillig tun. Mit Einigkeit hat das nichts zu tun. Einigkeit ist nicht eine Frage des vereinigten Oberkommandos. Die Unterordnung unter einen fremden Willen ist nicht revolutionär.“ (S. 37)

Diese Worte, die sich für Liberale heute so selbstverständlich



Berni Kelb (13.02.1934 – 5.12.2011)

Foto: www.taz.de

anhören, stellten 1973 für viele, die sich kommunistischen Parteien und Gruppen angeschlossen hatten, einen ganz neuen Ton dar. Nachdem sie ein paar Jahre als „Treppenterrier“ (S. 87) mit Flugblättern und Zeitungen von der Leitung gescheucht worden sind, mussten sie erst mühsam wieder lernen, selbstständig zu denken und zu handeln.

Berni Kelbs Kritik an der „Verkirklichung“ von Organisationen mit ursprünglich revolutionärem Anspruch ist heute genauso aktuell wie 1973. Die bevormundenden Apparate, der Einsatz von hauptamtlichen Funktionären, das immer wiederkehrende, aber letztlich folgenlose, ritualisierte Aufgehren der jeweiligen Organisationsjugend gegen erstarrte Strukturen sind weiterhin sehr kritikwürdig. Kelb selbst propagierte als Zielvorstellung, dass untereinander gut vernetzte AktivistInnen Anstöße zur Selbstorganisation geben sollten.

## Organisationsdebatte in der Graswurzelrevolution

Als im Jahre 1974 in der Graswurzelrevolution Nr. 7 „Wie sollen wir uns organisieren?“ diskutiert wurde, stand zu Beginn des Artikels ganz oben schwarzumrahmt ein längerer Textauszug von Berni Kelb: „Oben und unten“.

In den zwei folgenden Ausgaben wurde die Debatte fortgeführt. Wolfgang Hertle berichtete darüber, wie das dezentrale Basisgruppennetzwerk von französischen Kriegsdienstverweigerern und PazifistInnen so ganz anders agierte als die linkskonservative bundesdeutsche KDV-Gewerkschaft DFG/VK, indem es Zentralismus vermied und Räume für kreative Spontaneität eröffnete. Wolfgang Zucht stellte in seinem Beitrag die Erfahrungen in Nachbarschaftsorganisationen und in gewaltfreien Trainingsgruppen im „Movement for a New Society“ (MNS) in den USA dar. Seine Erfahrungen mit linksradikaler Betriebsarbeit fasste Berni Kelb 1971 in der bei Wagenbach erschienenen „Betriebsfibel“ zusammen.

Es war ein Gegenentwurf zu Altem, was bisher an traditionellen linken Gewerkschaftskonzepten im Umfeld des DGB veröffentlicht wurde:

„Die Gewerkschaftsführung soll

die Macht der Mitglieder gegenüber dem herrschenden System verkörpern. Tatsächlich verkörpert sie aber Macht über die Mitglieder. Für das herrschende System. Sie ist ein Teil des herrschenden Systems geworden. Sie faßt sich eingeständenermaßen als ‚Ordnungsfaktor‘ auf, als Stütze der Gesellschaft. Die Macht der Führung über die Mitglieder, von denen sie eigentlich abhängig ist, beruht auf manipuliertem Vertrauen.“

Dafür wird der hauptamtliche Funktionär bezahlt. Das ist sein Job. Er hat dafür zu sorgen, daß dieses blinde Vertrauen erhalten bleibt. Mit allen Mitteln. Wenn es sein muß, mit List und Betrug. Aufmerksame, mißtrauische Mitglieder gefährden diese Macht. Man wird noch eine Weile mit hauptamtlichen Funktionären in den Gewerkschaften leben müssen; vertrauen muß man ihnen nicht. Der hauptamtliche Funktionär soll Diener seiner Organisation sein. Erfahrungsgemäß versucht er, sich zum Herrn aufzuschwingen. Sobald man ihm vertraut, entzieht er sich der Kontrolle. Deshalb ist es richtig und notwendig, dagegen die Losung zu verbreiten: Trau keinem, der dafür bezahlt wird!“ (2)

## „Feind der organisierten Arbeiterschaft?“

Die „Betriebsfibel“ fand eine so große Verbreitung, dass selbst „Der Arbeitgeber“, das offizielle Organ der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1973 beim herausgebenden Wagenbach Verlag einen Lebenslauf (!) des notorischen Unruhestifters anforderte:

„Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrem Verlag ist die ‚Betriebsfibel‘ von Herrn Berni Kelb erschienen, die jetzt auf den verschiedensten Lehrungsveranstaltungen kursiert. Mehrere Leser erbitten in diesem Zusammenhang nähere Einzelheiten über die Person von Herrn Berni Kelb. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir ggfs. einen Lebenslauf oder sonstige Unterlagen hierzu senden würden.“

Berni Kelb antwortete in „Schwarze Protokolle“ (3) mit viel Ironie, denn auch die DKP hatte ihn zum Gegner ausgerufen. In der DKP-nahen „Deutschen Volkszeitung“ wurde er als „eigentlicher Feind der organisierten Arbeiterschaft, der

kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften“ ausgemacht. Berni Kelb resümierte zusammenfassend: „Der Feind steht immer Oben!“.

Das weit rechts stehende „Ostpreußenblatt“ schrieb in dem Artikel „Reifende Früchte der roten Saat. Gedruckte Instruktionen für Terroristen“: „Berni Kelbs ‚Betriebsfibel‘ als Wagenbach-Band ‚Politik 31‘ im Jahre 1973 in einundzwanzigtausend Exemplaren erschienen, macht deutlich, daß die zur Zeit zu beobachtende Ruhe trügerisch ist und die Versuche, die Arbeiter gegen die bestehende staatliche Ordnung aufzubringen, keineswegs aufgegeben sind.“ (4)

Während der Wagenbach Verlag sich heute gerne mit seinen Autoren-Promis wie Biermann, Dutschke und Guevara schmückt, vergisst er seinen weniger bekannten, aber authentisch-antiautoritären Autor Berni Kelb und antwortet auf Nachfragen nicht einmal. In diesem „Verlag für wilde Leser“ erfolgte auch keinerlei Erwähnung in den Texten der umfangreichen Selbstdarstellungsbände zum 25., 30. und 40. Jubiläum. Unter 1973 liest man in der Kurzdarstellung bezeichnenderweise nur: „Scheitern des Kollektivs“.

Glücklicherweise hat Klaus Wolschner in der TAZ-Bremen (als einziger Zeitung überhaupt) einen einflussreichen Nachruf veröffentlicht. Dort sind auch interessante Angaben über Berni Kelbs Leben in den letzten zwei Jahrzehnten zu finden: „Eine neue Heimat hat Berni Kelb seit den 90er-Jahren in einer Kultur gefunden, in der er

aufgewachsen ist: bei den ‚Plattdeutschen‘ und ihren Alltagsproblemen. Wie mit seiner Mutter in der Küche sang er im hohen Alter gern die plattdeutschen Lieder. Rund 50 Theaterkritiken über Aufführungen der niederdeutschen Bühne im Waldau-Theater finden sich im taz-Archiv unter seinem Künstlernamen Bani Barfoot. Und er hat das Schauspiel Rose Bernd von Gerhart Hauptmann ins Niederdeutsche gebracht, eine Tragödie voller Sozialkritik, menschlicher Einsamkeit und erotischer Verstrickung.“ (5) Ich kann nur hoffen, dass Berni Kelb als barfußgehender, bescheidener Einzelgänger (TAZ-Bremen), trotz Armut und relativer Zurückgezogenheit seine kulturellen Aktivitäten doch noch etliche Jahre lang schön genießen konnte.

Mit seiner „Bibel“ (für die Spontis) und seiner „Fibel“ hat er zwei Klassiker der antiautoritären Linken geschrieben und damit in den realen Verlauf der Geschichte stärker eingegriffen, als so mancher marxistische Theoretiker oder trendige Zeitgeistsurfer es jemals hätte schaffen können. Wir werden Berni nicht vergessen.

Horst Blume

## Anmerkungen:

1. Berni Kelb, „Organisieren oder organisiert werden“ Politik 39, Verlag Klaus Wagenbach, 95 Seiten, 1973
2. Berni Kelb, „Betriebsfibel. Ratschläge für die Taktik am Arbeitsplatz“, Verlag Klaus Wagenbach, 71 Seiten, 1971. Online einsehbar unter: [www.scribd.com/doc/30067641/Berni-Kelb-Betriebsfibel-Ratschlaege-fur-die-Taktik-am-Arbeitsplatz](http://www.scribd.com/doc/30067641/Berni-Kelb-Betriebsfibel-Ratschlaege-fur-die-Taktik-am-Arbeitsplatz)
3. „Schwarze Protokolle“ Nr. 124, also: sieben, Januar 1974, Seite 59
4. „Ostpreußenblatt“, 10.5.1975, Seite 3, Dr. A. Schickel
5. TAZ-Bremen, 9.12.2011, Klaus Wolschner

Anzeigen

Probekost gratis! Jahresabo 9 EUR

Aktuelle Ausgabe – Direkte Aktion:

## Marginalisierung und Minderheiten

Aus dem Inhalt: ► Zwischen autoritären Reflexen & kapitalistischem Normalvollzug: die Marginalisierung und Stigmatisierung sozialer Gruppen ► Sonne, Strand, Sexarbeit: Dass beim Sextourismus der Tourismus weiblich und der Sex männlich sein kann, zeigt das Beispiel „Karibik“ ► Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel u.v.m.

DA DIREKTE AKTION

www.direkteaktion.org

## Querstellen statt querlesen

# ak

## analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 3 Ausgaben für 5 Euro  
Bestellungen unter [www.akweb.de](http://www.akweb.de)



Berni Kelbs „Organisieren oder organisiert werden“ (1973). Abb.: GWR-Archiv

# „... ein Stück praktischer Solidarität“

## Die Bakuninhütte in Meiningen



Historische Postkarte der Bakuninhütte.



Michael Bakunin  
geb. 30. Mai 1814 – gest. 1. Juli 1876  
Vorkämpfer d. Anarcho-Syndikalismus



Jetzige Hütte

Abb.: www.bakuninhuette.de

**1920 erwarben Meiningener Anarchosyndikalistinnen und Anarchosyndikalisten ein 0,64 Hektar großes Stück Land auf der Hohen Maas, einem Berg in der Nähe vom thüringischen Meiningen.<sup>1</sup>**

Dabei folgten sie dem Kropotkin'schen Gedanken der gegenseitigen Hilfe, „für die erwerbslosen Genossen Kartoffeln, Gemüse usw. anzubauen. Es war dies ein Stück praktischer Solidarität im Kampf um das tägliche Brot“, schreibt die Wochenzeitung „Der Syndikalist“ im Jahr 1931.<sup>2</sup> Das Geld für das Grundstück, 21.000 Reichsmark, konnte gemeinschaftlich durch Spenden und Darlehen aufgebracht werden, und bereits 1922 waren alle offenen Schulden zurückgezahlt oder erlassen. So berichtet Fritz Scherer, der zeitweilige Hüttenwart der Bakuninhütte war und durch seine Aufzeichnungen zu einem „Hüttenchronisten“ wurde.

Bis 1925 wurde auf dem Acker Gemüse angebaut, danach ließ man die Fläche brach liegen und errichtete ab 1926 auf dem Grundstück in gemeinschaftlicher Leistung eine erste Hütte. Es wurde der Siedlungsverein „Gegenseitige Hilfe“ e.V. als Trägerverein gegründet, in Bezugnahme auf Kropotkin. Wie es in der Vereinssatzung heißt, war es Vereinszweck, „vor allem darauf bedacht zu sein, auf die Mitglieder erzieherisch im Sinne der gegenseitigen Hilfe einzuwirken“. Im Jahr 1927 wurde mit einem ersten Ausbau die Hütte erweitert, welche zu Pfingsten 1928 feierlich eingeweiht wurde. Die Bakuninhütte entwickelte sich zu einem vitalen Treffpunkt und Veranstaltungsort von Wander- und Naturbegeisterten, von Familien aller Strömungen der deutschen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und nicht zuletzt Erholungsort und Bildungsstätte für die anarchosyndikalistische Bewegung.

Für den Namensgeber Michail Bakunin, für Francisco Ferrer oder auch für Sacco & Vanzetti wurden Gedenksteine auf dem Grundstück errichtet. In der Hütte selbst war eine Gedenktafel mit dem Hüttenpruch eingelassen:

**„Freies Land und freie Hütte  
Freier Geist und freies Wort  
Freie Menschen, freie Sitte zieht  
mich stets zu diesem Ort.“**

Im Frühjahr 1930 besuchte auch Erich Mühsam die Bakuninhütte, und im Sommer fand dort das erste Reichsferienlager der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands statt. Die Bakuninhütte erwies sich für derartige Veranstaltungen als zu klein. Es wurde ein Erweiterungsbau beschlossen. Eine Bauzeichnung wurde angefertigt und eine Spendenkampagne initiiert.

### „Heimstätte der Bewegung“

Um „das begonnene Werk zu fördern“, wurde im „Syndikalist“ zum Vertrieb der Baufondskarten durch die Genossen aufgerufen: „Trotz der schweren wirtschaftlichen Lage muß es jeder Genosse als seine Pflicht betrachten, wenigstens zwei Baufondskarten abzusetzen! – Wir wissen alle, was die Parteilernen und Heime für die gegnerischen Organisationen bedeuten – wohlan, schaffen wir uns daher aus eigener Kraft mit der Bakuninhütte eine Heimstätte der Bewegung. Jeder helfe tatkräftig mit das begonnene Werk zu vollenden!“<sup>3</sup> Hilfe bekam der Verein auch durch Menschen von außerhalb: Bis 1933 kamen Arbeiterinnen und Arbeiter von nah und fern, um die Bauarbeiten an der Hütte zu unterstützen, so aus Heinrichs, Goldlauter und sogar mit dem Fahrrad aus Erfurt und Sömmerda, der thüringischen Hochburg des Syndikalismus der damaligen Zeit. Alle halfen nach ihren Kräften bei dem Bauvorhaben mit. Viele Baumaterialien wurden von den Helferinnen und Helfern selbst an die Hütte gebracht. Zement und Sand im Rucksack und sogar die Steine wurden einzeln auf den Berg getragen; manchmal wurde natürlich auch angeliefert.

Ins Gästebuch der Bakuninhütte, dem sogenannten Hüttenbuch, schrieb Herbert Levy, über seinen Aufenthalt nieder: „Weilte hier oben 3 schöne sonige Tage, half nebenbei beim Bau der neuen Bakunin-Hütte. Schaufelte Steine und Sand, Mensch das war allerhand. Doch für die Anarcho-Syndikalisten würde ich auch ein Stall ausmisten.“[sic!]

Doch auch dieses praktische Projekt gelebter gegenseitiger Hilfe fand 1933 ein jähes Ende. Es folgte die Enteignung durch die Meiningener SS, die die Hütte in den folgenden Jahren „SS-Hütte“ nannte und für ihre Zwecke missbrauchte. Ungefähr 1936 wurde die Hütte an einen Privatmann verkauft, bis 1945 die Liegenschaft der Sowjetischen Militäradministration Deutschland (SMAD) übertragen wurde.

Bemühungen von Mitgliedern des Siedlungsvereins, die Hütte wieder zurück zu bekommen, scheiterten. Zuerst wurde die SED Eigentümerin, dann durch die SED Eigentümerin eine Phase mit wechselnden Eigentümern als FDJ-Ferienstätte, Ferien- und Freizeitanlage für Betriebe, Forschungsstation für junge Naturforscherinnen und -forscher. Ab 1970 wurde sie als Übungsgelände der Bereitschaftspolizei der DDR genutzt. Mit der Wende fiel die Bakuninhütte letztlich dem Bundesvermögensamt zu.<sup>4</sup>

### „Ja, das ist die Paganini-Hütte“

Dank Fritz Scherer wussten auch 1990 junge Menschen, dass es die Bakuninhütte gab. Sie machten sich auf die Suche nach der Hütte und fanden diese. Ein Schäfer, der dort auf der Hohen Maas seine Schafe hütete, räumte die letzten Zweifel aus: „Ja, das ist die Paganini-Hütte.“ Die SED hatte offensichtlich kein Interesse an dem ursprünglichen Namen, die Bakuninhütte wurde zur Touristenstation „August Bebel“, lediglich im Volksmund überlebte der Name oral tradiert als „Paganini-Hütte“.

Um den FAUD-Altgenossen Hans Spaltenstein aus Hannover, der selbst auf einen mehrmonatigen Aufenthalt in Meiningen zu Beginn der 1930er Jahre zurückblicken konnte, bildete sich u.a. ein Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern, jung und alt, um die Bakuninhütte rückübertragen zu bekommen. Es wurden Anträge von mehreren Interessengruppen gestellt, doch alle Bemühungen, auch die kurzzeitige Besetzung der Hütte durch junge Meiningener/-innen (es war gerade die Hochphase der Hausbesetzungen in der ehemaligen DDR nach der Wende), scheiterten: Die Bakuninhütte gehörte weiterhin zu dem Bestand der Bundesanstalt für

Immobilien, einer Nachfolgerin der Treuhand. Diese machte verschiedene Anläufe, die beiden historischen Flurstücke in einem Paket mit einem Gesamtvolumen von über 40 Hektar zu veräußern, es fand sich jedoch kein Käufer, zu hoch waren die Erlöserwartungen.

2003 gelang es dem Kreis der Wander- & Naturfreunde Meiningen e. V., ein Gebot abzugeben und in Gespräche mit der Eigentümerin zu treten.

Wie auch schon in den 1920er und Anfang der 1930er Jahre war es 2004 dem Einsatz Vieler zu verdanken, dass es zum Kauf einer Fläche von ca. 7 Hektar, bebaut mit der Bakuninhütte, kommen konnte: Etliche Menschen hatten gespendet, viele gaben Direktkredite mit langen Laufzeiten. Heute, 2012, ist nur noch ein Viertel der Kaufpreissumme offen, der Verein hat die Raten regelmäßig getilgt. Doch der Reihe nach:

### Der Wanderverein Bakuninhütte

2006 wird der Wanderverein Bakuninhütte e. V. mit Sitz in Meiningen als Nutzer- und Unterstützerverein gegründet. Ein Hörfunkfeature im SWR II über die Geschichte der Hütte wird ausgestrahlt. Der Wanderverein gibt die beiden historischen Postkarten, darunter auch die Baufond-Postkarte und den historischen Stocknagel, wieder heraus. Intensive Recherche nach Zeugnissen aus der Zeit der Erbauerinnen und Erbauer zeigten Erstaunliches: So werden im Sommer 2008 bei Angehörigen des Kassierers aus dem ehemaligen Siedlungsverein auch Zeitschriften und Bücher aus der Bibliothek der FAUD-Ortsgruppe gefunden. Darunter auch drei Werke von Peter Kropotkin: „Kommunismus und Anarchismus“, „Die Eroberung des Brotes“ und „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, aber auch Mitgliedsausweise, der Stempel des FAUD-Ortsvereins, Musikinstrumente, die damals oben auf der Hütte erklangen, Splitter der bei der Enteignung 1933 zerstörten Gedenktafel mit dem Hüttenpruch werden gefunden. Diese Funde bilden zusammen mit über 200 Fotos, etlichen Dokumenten und Interviews mit Zeitzeugen den Grundstock für das Vereinsarchiv, welches in einer eigens programmierten Archivsoftware erfasst wird und somit an die Geschichte dieses einzigartigen Kulturdenkmals erinnert.

### Die Bakuninhütte – ein Wallfahrtsort?

Der Verein ist bis heute auf 80 Mitglieder angewachsen. Seit 2008 nimmt die Bakuninhütte regelmäßig an dem Tag des offenen Denkmals teil.

Der Verein veranstaltet Vorträge, organisiert Wanderungen und gab 2010 eine Gedenkschrift über den ehemaligen Hüttenwart Fritz Scherer heraus.

Es wird begutachtet, geplant und repariert, bis ein erster wohlwollender Artikel in der Lokalpresse erscheint, der auch über die Fortschritte bei der Sanierung berichtet.

Diesen Zeitungsbeitrag nimmt die zuständige Untere Bauaufsichtsbehörde zum Anlass, einen Bescheid zu erlassen, der dem Verein sogar den Aufent-

halt in der Hütte untersagt und die Einstellung sämtlicher Reparaturarbeiten wegen Nichtgenehmigungsfähigkeit verlangt. Dem Widerspruch des Vereins vor dem Amtsgericht Meiningen wird nicht stattgegeben, der Verein zieht vor die höchste verwaltungsrechtliche Instanz Thüringens, dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Weimar. In dem eskalierenden Rechtsstreit wird deutlich, dass das Bauamt Angst davor hat, die Bakuninhütte könnte zum Wallfahrtsort werden.

Das Landratsamt fordert den Abriss des Gebäudes. Vermittlungsversuche durch den thüringischen Landes-Wanderverband und Ortstermine mit Vertretern des Landratsamtes zur gütlichen außergerichtlichen Einigung scheitern an dem Unwillen der Amtsvertreter, auch des Landrats: *Man wolle den Kollegen vom Bauamt nicht in den Rücken fallen!*

Im März 2011 kommt es vor dem OVG Weimar zur Einigung: Die Hütte darf wieder genutzt werden, allerdings darf keine Gastronomie betrieben und es darf nicht übernachtet werden. Mit diesen Einschränkungen wurde die zweite Baugenehmigung von 1937 explizit wiederhergestellt. Dieser Rechtsstreit kostete den Verein mehr als 5.000 Euro. Die regionale und überregionale Presse begleitete den Rechtsstreit wohlwollend. Im Juni 2011 berichtete sogar das MDR-Fernsehen im „Thüringen-Journal“ über die Bakuninhütte und den Wanderverein. Jetzt ist der Weg für eine abschließende Sanierung der Bakuninhütte frei!

Wie auch in der Vergangenheit bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung, dieses einzigartige Kulturdenkmal wieder der Öffentlichkeit zur Nutzung übergeben zu können:

### „Jede /-r helfe tatkräftig mit das begonnene Werk zu vollenden!“

Die grundsätzlichen Sanierungsmaßnahmen sind bereits abgeschlossen, jedoch müssen Fenster eingesetzt, die Wände verputzt und die Fußböden saniert werden. Besonders wichtig ist dabei der Fenstereinbau, da dieser den Übergang vom Rohbau zum Trockenbau einleitet.

Wie bisher wird der Verein auch in Zukunft darauf Wert legen, dass die jeweiligen Reparaturabschnitte von HandwerkerInnen des jeweiligen Gewerks begleitet werden, um professionelle Ergebnisse zu erzielen. Zusammen mit Architekten schätzt der Verein den Bedarf auf 15.000 bis 20.000 Euro, je nach Anteil der Eigenleistung. Über alle Möglichkeiten zur Unterstützung informiert der Wanderverein gerne: Jede helfende Hand, ob gelernt oder ungelern, ist willkommen.

Die Spendenkontonummer lautet: Wanderverein Bakuninhütte, Kontonummer: 101 180 428, Bankleitzahl: 79069165, Genobank Rhön-Grabfeld e. G. (Spendenquittung möglich)

Weitere Informationen: www.bakuninhuette.de/hilfmit kontakt@bakuninhuette.de

### Anmerkungen

1 Siehe: Bakuninhütte sucht Tradition und neues Leben, Artikel von Uwe Flurschütz, in: Graswurzelrevolution Nr. 351, September 2010, S. 16  
2 Der Syndikalist, Beilage, Jahrgang 13, Nr. 27 vom 4.7.1931.  
3 Ebenda.  
4 Laut Aktenlage des Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bestand: Land Thüringen.

Libertäre Aktion Winterthur  
www.libertaeaktion.ch

**7. Anarchie tage**

»Anarchismus & Gewalt«  
**10.-12. Februar 2012**  
in Winterthur

www.anarchietage.ch

**KEINEN METER DEN NAZIS**

03.03.2012 MÜNSTER

Solidarisch gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung

REGEN RASSISMUS

Mein Infos auf WWW.KEINENMETER.DE/MS

Verlag Edition AV

Gustav Landauer  
Skepsis und Mystik

ISBN 978-3-86841-59-4  
255 Seiten, 18,00 €  
mehr Bücher unter:  
www.edition-av.de

**ESPERO**  
Forum für eine libertäre  
Gesellschaft

Ulrich Klemm; Francisco Ferrer  
Ein libertärer Schulreformer  
50 Seiten, 5,- Euro

Voltairine de Cleyre; Anarchismus  
36 Seiten, 3,- Euro

Uwe Timm; Gesammelte  
Schriften  
288 Seiten, 18,50 Euro

**WERDEN SIE TEAMPLAYER.**

Mit **ÄRZTE OHNE GRENZEN** helfen Sie Menschen in Not. Schnell, unkompliziert und in rund 60 Ländern weltweit. Unsere Teams arbeiten oft in Konfliktgebieten – selbst unter schwierigsten Bedingungen. Ein Einsatz, der sich lohnt:

**www.aerzte-ohne-grenzen.de/mitarbeiten**

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

Informationen zur Mitarbeit im Projekt

Allgemeine Informationen über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**

Informationen zu Spendenmöglichkeiten

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.  
Am Köllnischen Park 1, 10779 Berlin  
Spendenkonto 970 97  
Bank für Sozialwirtschaft  
BLZ 370 200 00

MEINER LEISTUNG FÜR  
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

THÜRINGEN

# Ein Ethikpreis für die Relativierung der Menschenrechte

## Die Giordano-Bruno-Stiftung, eine bioreligiöse Missionsgesellschaft auf dem Weg in die neurechte Mitte der Gesellschaft?

Die Giordano-Bruno-Stiftung (GBS) hat dem Bioethiker und Tierrechtler Peter Singer ihren Ethikpreis verliehen. Singer ist Utilitarist, er tritt dafür ein, das Lebensrecht von Menschen rational gegenüber der Menge an Glück / Unglück abzuwägen, das es bewirkt. In einem aktuellen Artikel im FAZ-Blog wurden die Positionen, die Peter Singer in seinem 1993 in Deutschland erschienenen Buch „Muss dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener“ geäußert hat, noch einmal dargestellt (bei dem kursiv gedruckten Text handelt es sich um Zitate aus dem Buch von Peter Singer).

„Man schätzte, dass in den Vereinigten Staaten 1983 etwa 140.000 Kinder mit angeborenen körperlichen Abnormalitäten, geistigen Behinderungen oder Lernbehinderungen geboren würden. Ende der Fünfziger Jahre waren es 70.000.“ [...]

„Jedes Gemeinwesen kann nur eine begrenzte Anzahl von Menschen verkraften, für die es aufkommen muss. Wenn wir alle Kinder – ungeachtet ihrer künftigen Möglichkeiten – am Leben halten wollen, müssen wir andere Dinge, die wir möglicherweise für ebenso wichtig halten, aufgeben. Da die meisten Gemeinwesen offenbar nicht bereit sind, ausreichend Mittel für die Bedürfnisse ihrer behinderten Mitglieder bereitzustellen, ist das Überleben vieler weiterer schwerstbehinderter Kinder möglicherweise auch nicht im Interesse der behinderten Menschen, die bereits von staatlicher Fürsorge abhängig sind.“ [...] Singer [...] möchte bei der Entscheidung, „ob wir ein Kind am Leben halten oder nicht, die Interessen des Kindes, der Familie, des ‚nächsten Kindes‘ und der Gemeinschaft als Ganzes berücksichtigen“.

(Zitat nach FAZ - Peter Singer: Affenfreund, Behindertenfeind und ein Ethik-Preis - 27. Mai 2011)

Singer hat diese Positionen mit leichten Veränderungen beibehalten. Das Grundproblem ist dabei eine Weltanschauung, die Objektivität und wissenschaftliche Rationalität in ihren Argumenten vorspiegelt, indem sie scheinbar distanziert alles diskutierbar macht und Menschen auf funktionale Einheiten (Glücksautomaten) reduziert.

Real diskutiert Singer aber vieles gar nicht; Biologismus, Wissenschaftsgläubigkeit, eine naive Fortschrittsgläubigkeit an die Versprechen z.B. der Genetik u.v.a. ziehen sich durch die Texte und weisen auf ein extrem niedriges Niveau der Selbstreflexion. Singer spielt in der theoretischen Selbstimagination Gott und diskutiert in diversen Texten, welchen Menschen ein Lebensrecht zukommt und welchen nicht, etwas, das ihn mit vielen soziobiologischen EthikerInnen verbindet.

Im Text „Selecting Our Children“ (2009) diskutiert er z.B. das deutsche Gendiagnostikgesetz und verwirft es u.a. deshalb, weil es verbietet, Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik anzuwenden, um Embryonen mit Erkrankungsrisiko im höheren Erwachsenenalter auszusortieren. Im Text „Should We Trust Our Moral Intuitions?“ (2007) diskutiert er die Frage, wieso die meisten Menschen kulturübergreifend nicht bereit sind, einen fremden Menschen vor einen Zug zu werfen, um fünf anderen Menschen das Leben zu retten. Für Singer wäre es rational, den einen vor den Zug zu stoßen, und er sieht in

der mangelnden Bereitwilligkeit dazu ein evolutionstheoretisch begründetes Entwicklungsdefizit. Auch hier zeigt sich die naive Unreflektiertheit Singers, der glaubt, er könne alle Folgen seiner Handlung überblicken. Die Realität ist aber keine Rechenaufgabe, und Menschen sind weder Äpfel noch Birnen und auch keine Glücksautomaten.

Vergleiche der Position Singers mit denen des NS werden gerne als absurd dargestellt, da Singer die Tötung Neugeborener nur in wenigen Fällen, in denen das Leid dieser Kinder ihr zu erwartendes Glück überwiegt, und nur mit dem Einverständnis der Eltern für diskutierbar hält, im Gegensatz zur Euthanasiepraxis des NS.

Dabei lassen sich auch hier Parallelen zu Teilen der NS-Eugenik finden. Prof. Hermann Alois Boehm war einer der wichtigsten Propagandisten der Rassenhygiene in den Reihen der NSDAP der 1920er und 30er Jahre, hochrangiger Kader der NSDAP (Mitgliedsnummer 120), Teilnehmer des Marsches auf die Feldherrenhalle, Blutordensträger, Leiter des Forschungsinstitutes der NS-Führerschule der Deutschen Ärzteschaft (und damit Ausbilder der NS-Ärzteschaft) und später Professor für Rassenhygiene. Boehm hat sich Anfang der 1940er Jahre gegenüber der NS-Führung gegen die praktizierte Tötung von Behinderten ausgesprochen, er forderte, nur in Fällen, in denen das Leid der Behinderten hoch wäre, und nur mit Zustimmung der Angehörigen Tötungen durchzuführen.

Diese ethische Position Boehms entspricht zumindest in zentralen Teilen der Position Peter Singers, nur fasste Boehm den Begriff des Leids inhaltlich sicher sehr viel weiter. Prof. Hermann Alois Boehm wurde 1960 als Professor für Humangenetik emeritiert, er kann als einer der Begründer dieses Fachs in Deutschland angesehen werden. Hier schließt sich der Kreis zum Bioethiker Peter Singer, der vehement ethische Lobbyarbeit für die Humangenetik und eine individualisierte Logik des Sortierens von lebenswertem und lebensunwertem Leben betreibt.

### Der rationale Untergrund menschenverachtender Politik

Hätten nur irrationale, autoritätsfixierte Stieftreter die NSDAP unterstützt, hätte diese keine Chance gehabt, sich durchzusetzen. Entscheidend für den Erfolg der Nazis war, dass sich ihnen frühzeitig und mit Begeisterung bürgerliche und wissenschaftliche Kreise angeschlossen haben. Boehm ist deren exemplarischer Vertreter.

Ich werfe Peter Singer und der GBS nicht vor, dass sie Naziideologie vertreten würden, sondern dass sie die bürgerlich-wissenschaftlichen Ideolo-

gieversatzstücke reanimieren, die dazu geführt haben, dass bürgerlich-wissenschaftliche Kreise (vor allem aus der Ärzteschaft) derartig bereitwillig die NSDAP unterstützt haben.

„Wenn wir unseren kurzen Ausflug in das Gebiet der Naturwissenschaft überblicken, so kommen wir zu dem Schluß: Die nationalsozialistische Weltanschauung ist auch wissenschaftlich absolut richtig, sie entspricht in Voraussetzung und Folgerungen den ehernen Gesetzen der letzten Weisheit, den Gesetzen der Natur.“ (Der Rassegedanke des Nationalsozialismus - H.A. Boehm - 1938)

Verknüpft wurde dies dann noch in Teilen der NSDAP mit einer Kritik der Kirchen (ihrer Gleichmacherei) und einem Menschenbild, das den Mensch als ein Tier unter anderen Tieren begriff. Weitere Punkte, die sich auch im Umfeld der GBS finden.

Ich lasse im Folgenden einfach eine Gegenüberstellung von Zitaten von Hermann Alois Boehm und von Michael Schmidt-Salomon, Vorstandssprecher der GBS, zur biologisch-funktionalistischen Sicht auf den Menschen für sich selbst sprechen:

„Daß über diese Tatsache der erbmäßigen, rassischen Verschiedenheit der Menschen überhaupt diskutiert werden konnte, ist angesichts der Fortschritte auf dem Gebiet der Naturwissenschaften in den letzten hundert Jahren eigentlich unbegreiflich. Es läßt sich

nur erklären aus einer wahn-sinnigen Überheblichkeit des Menschen, der für sich eine Sonderstellung außerhalb des übrigen Naturreiches in Anspruch nehmen zu müssen glaubte und wählte, durch seinen erzieherischen Einfluß die von der Natur bestimmten Verschiedenheiten ausgleichen zu können – ein Versuch, der durchaus im Rahmen der allgemeinen aberwitzigen Zielsetzung, die Natur beherrschen, sie überwinden zu wollen, lag.“ (Die Aufgabe der Hochschule im Dritten Reich und die Forderungen großer Deutscher der Vergangenheit - H.A. Boehm - 1935)

„Der ‚normative Kulturismus‘ zeichnet sich dadurch aus, dass er aus solchen kulturistischen Interpretationen politische Sollenätze ableitet. Normativ kulturistisch sind beispielsweise gesellschaftspolitische Programme, die den Menschen (als Spezies wie als Individuum) als ‚beliebig formbar‘ begreifen (also die biologischen Eigenarten unserer Spezies und auch die biologischen Unterschiede zwischen den Individuen, etwa unterschiedliche Begabungen, unzulässig ausblenden). [...] Wer kulturistisch argumentiert, kommt am Ende zu falschen Schlüssen, da er verkennet, dass die menschliche Kultur nichts weiter ist als eine spezifische Ausdrucksform der Natur.“ (Auf dem Weg zur Einheit des Wissens - M. Schmidt-Salomon)

„Die Erkenntnis von der grundlegenden Bedeutung des Erbgutes darf aber nicht verleiten zu einer gefährlichen Gedankenrichtung, die man als Vererbungsfatalismus bezeichnen kann, die den Menschen als unentrinnbares Opfer seiner Vererbung ansieht. Wäre das so, dann müßten wir ja, müde entsagend, unsere ganze Schulung und Erziehung als wertlos aufgeben. Wie oben gezeigt, wird nie ein Merkmal, sondern immer nur die Anlage zu einem Merkmal vererbt.“ (Der Rassegedanke des Nationalsozialismus - H.A. Boehm - 1938)

„Sloterdijk ist aber beileibe nicht der einzige Vertreter dieses naturwissenschaftlich unhaltbaren DNA-Fundamentalismus. Woche für Woche finden sich ähnlich groteske Fehldeutungen in den Medien. So wartete z.B. Der Spiegel im November 1998 mit einer Titelgeschichte auf, die die Sinnlosigkeit aller erzieherischen Anstrengungen beweisen sollte.“ (Die Entzauberung des Menschen - M. Schmidt-Salomon)

### Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund, Kritik der unkritischen Rezeption der GBS durch atheistische Linke

Auf Grund ihrer Kritik an den Kirchen trifft die GBS bei vielen Linken auf Unterstützung. Selbst in der Utopia, der Jugendzeitschrift der graswurzelrevolution, wurden positive Bezüge zum genetischen Fundamentalismus aus dem Umfeld der GBS, z.B. durch Verweis auf - wissenrockt.de -, hergestellt. Dem naiven Glauben an die funktionale genetische Steuerbarkeit der Kinderproduktion, ja geradezu einem Rechtsanspruch auf genetisch optimierte Kinder dank PID wird hier kurzerhand ohne Diskussion der Gegenargumente das Wort geredet. Die Religionskritik dient zur Vermarktung eines Wissenschaftsfundamentalismus und unkritisch-technokratischer „Fortschritts“erzählungen, die auch von der Presseabteilung von Sanofi-Aventis und anderen Gentechkonzernen stammen könnten.

Dabei gibt es im gewaltfreien Anarchismus, genau wie im Feminismus, detaillierte rationale Kritiken dieser Formen des naiven Technikfetischismus. Diese differenzierten rationalen Kritiken lassen die Wissenschaftsfundamentalisten aus dem Umfeld der GBS aber bewusst und wissentlich unter den Tisch fallen, indem sie die Debatte fast ausschließlich auf die Frontstellung Religion / Wissenschaft fokussieren. Letztendlich bedienen die GBS und ihr Umfeld damit herrschaftsaffirmative Interessen, indem sie die rationale kritische Auseinandersetzung mit Technologie und Naturwissenschaft unterbinden und an ihrer Stelle einen fundamentalistischen Kampf zwischen Religion und Wissenschaft inszenieren.

Die in den 1970er und 80er Jahren entwickelten rationalen technologie- und naturwissenschaftskritischen Positionen werden dabei aus der Öffentlichkeit verdrängt.

Und viele atheistische Linke sind leider naiv genug, dies aus dem einzigen Grunde zu über-

nehmen, dass ReligionskritikerInnen ja wohl per se gut sein müssen. Der Feind meines Feindes ist aber nicht mein Freund. Außerdem legt selbst Michael Schmidt-Salomon Wert auf die Feststellung, dass die GBS keine atheistische Institution ist. Ihm ist Recht zu geben.

Die GBS vertritt aggressiv eine fundamentalistische soziobiologische, wissenschaftliche Weltanschauung. Entsprechend spricht sich Schmidt-Salomon auch für eine ‚Leitkultur‘ dieser Art aus; letztendlich läuft dies auf die Gründung einer ‚neuen‘ Wissenschaftsreligion hinaus.

„... das, was sich unterhalb der medialen Oberfläche des ‚neuen Atheismus‘ befindet, ist weitaus interessanter als das, was bislang sichtbar wurde. Unter der Oberfläche zeigen sich nämlich die Konturen einer neuen Weltanschauung, [...] Ich möchte diese Weltanschauung als ‚naturalistischen Humanismus‘ bzw. in Analogie zum ‚neuen Atheismus‘ als ‚neuen Humanismus‘ bezeichnen. [...] Anders als der neue Atheismus versteht sich der neue Humanismus nicht bloß als Opposition, sondern ganz bewusst als säkulare Alternative zur Religion.“ (Vom neuen Atheismus zum neuen Humanismus? - M. Schmidt-Salomon)

### Für eine differenzierte Sicht auf Religiosität

Als Atheist glaube ich an keinen Gott. Religiöse Menschen sind mir vor allem dann suspekt, wenn die Religion ihnen als Fluchtpunkt einer vereinfachten Welterklärung dient und als Legitimation der Bevormundung anderer Menschen. Ich kenne aber auch viele ChristInnen, BuddhistInnen oder an Astrologie orientierte Menschen, für die dies nicht gilt.

Und aus dem christlichen Glauben sind mir Überlegungen geläufig, die ich durchaus auch als Atheist interessant finde:

- Den ‚Respekt vor der Schöpfung‘ finde ich sinnvoll, obwohl ich nicht an eine Schöpfung glaube, aber übersetzt als Respekt gegenüber der unerschöpflichen Komplexität des Lebens und des Seins der Welt, als Bewusstsein dafür, wie wenig wir wissen, ist dies für mich, z.B. bezüglich der Genetik, bzw. bezüglich der modernen Biowissenschaften, eine politisch und rational leider viel zu selten anzutreffende Einstellung.

Die meisten NaturwissenschaftlerInnen neigen leider gerade in den heute euphemistisch als Lebenswissenschaften bezeichneten Fächern zu einer größenwahnsinnigen Selbstüberschätzung und Überschätzung der Aussagekraft ihrer Forschungen (Prof. Wolf Singer, der GLAUBT, er könne mit Hilfe moderner Messtechnologie die Existenz des freien Willens widerlegen, ist da nur ein Beispiel unter vielen);

- Auch die ‚Gleichheit der Menschen vor Gott‘, in der Formulierung der französischen Revolution übersetzt als ‚Gleichheit der Menschen‘ ohne Gott, ist für mich nach wie vor eine zentrale politische Forderung (und bis heute unerfüllt, angesichts brutaler Grenzregime und des expliziten und impliziten Sexis-

Fortsetzung nächste Seite

# Harte Musik und klarer Kopf

## Straight Edge: „... at least I can fucking think“

### Buchbesprechung

**Gabriel Kuhn: Straight Edge. Geschichte und Politik einer Bewegung. Unrast, Münster 2010, 71 Seiten, 7,80 Euro**

Kennt man die Hardcore/Punk-Bewegung etwas, so ist die Straight-Edge-Bewegung, die aus dieser Anfang der 1980er hervorgegangen ist, ein anregendes, zum Teil verständliches, aber auch kontroverses Phänomen.

Dass ausgerechnet in einer so nonkonformistischen Subkultur plötzlich Leute auftauchen, die sich weigern, Drogen zu nehmen, Alkohol zu trinken, zu rauchen, und einen respektvollen und verantwortungsbewussten Umgang mit Sexualität einfordern, scheint auf den ersten Blick erstaunlich.

So wurde Straight Edge auch immer wieder (zurecht) als „Protestbewegung einer Protestbewegung“ bezeichnet.

Gabriel Kuhn, der ein umfangreicheres Buch über Straight Edge in englischer Sprache unter dem Titel *Sober Living for the Revolution: Hardcore Punk, Straight Edge, and Radical Politics* (PM Press 2010) herausgegeben hat, gliedert diese kurze Einführung zu Straight Edge in einen Teil, der sich mit der Geschichte, und in einen, der sich mit der Politik dieser Bewegung befasst. Folglich beginnt das Buch auch mit Ian McKay und Minor Threat, die als diejenigen gelten, die vor allem mit ihrem Song „Out of Step“ die Bewegung maßgeblich beeinflussten. „(I) Don't smoke, don't drink, don't fuck, but at least I can fucking think“, diese Passage sorgt auch heute noch für Diskussionen. Die richtige Auslegung

dieser „Formel“ sorgt für Zündstoff, wobei Ian McKay sich stets geweigert hatte, irgendwelche „Regeln“ aufzustellen. Vor allem das „don't fuck“ wurde heftig diskutiert, wobei damit laut McKay nie gemeint war, Sex zu verurteilen, es ging hier um „Missbrauch, Manipulation und Eroberung [...], also um die Instrumentalisierung von Sex, die auf Befindlichkeiten von Menschen keine Rücksicht nimmt“. (S. 10)

Schnell entwickelte sich eine Bewegung, deren AnhängerInnen mit ihren charakteristischen schwarzen X auf den

Händen als Markenzeichen auftraten.

Nach dem Höhepunkt 1988 ging es mit der Bewegung aus unterschiedlichen Gründen rasch wieder bergab, was auch als das Ende der Old-School-Ära bezeichnet wird.

In den 1990er Jahren wurde die Bewegung wieder stärker und schlug neue Wege ein, die nicht nur von der GründerInnen-Generation teilweise kritisch betrachtet wurden. Spielten z.B. Tierrechte und Veganismus ursprünglich keine Rolle, so wurde dies mit dem neuen Trend des Vegan-Straight-Edge geän-

dert. Die Bewegung wurde zunehmend militant, und Textpassagen, in denen es um eine „declaration of total war“ (im Song „Firestorm“ von Earth Crisis) ging, kamen auf. Schließlich gründete sich die militanteste und teilweise reaktionäre sog. „Hardline“-Bewegung in der Straight-Edge-Szene, deren Vorreiter vor allem Bands wie Vegan Reich oder Raid waren. „Hardline“ ist eine politische Ideologie, inklusive eigenem Manifest, das man auszugsweise auch im Buch lesen kann. Die zunehmende Gewaltbereitschaft und Überheblichkeit

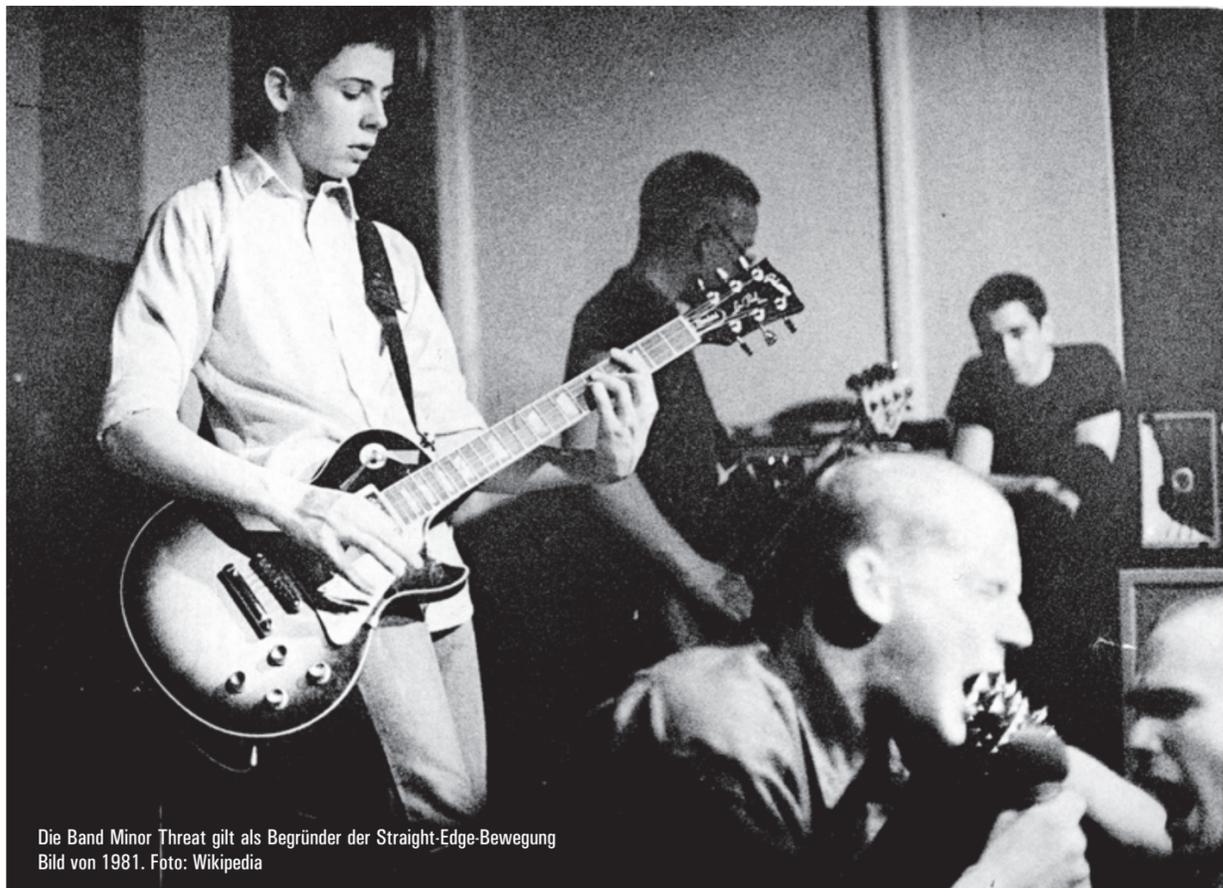
wurden und werden in der Szene immer wieder kritisch diskutiert, und so sind es u.a. die sog. „Positive Hardcore“-Bands, die sich teilweise dezidiert gegen Gewalt aussprechen (Kuhn erwähnt hier z.B. das Cover eines Albums der Vegan-Straight-Edge Band By the Grace of God, auf dem „Straight Edge is a Non-Violent Movement“ zu lesen ist).

Bei all dem wird deutlich, dass Straight Edge keine homogene Bewegung ist. Old-School und neuere Vegan-Straight-Edge-Ansätze; Positive Hardcore und Hardline; linke, emanzipatori-

sche und offen rechte/neonazistische Bands; machohaft und paternalistische Macker und (queer-)feministische AktivistInnen; religiöse/spirituelle Tendenzen („Krishna-Core“, islamische Tendenzen, etc.) und völlige Zurückweisung von Religiosität; diverse Ansätze und Individuen beziehen sich auf Straight Edge. Kuhn beschränkt sich, trotz seiner dezidierten Kritik an den reaktionären Auswüchsen der Bewegung, jedoch nicht auf die Strömungen, die ihm politisch sympathisch sind, sondern gibt einen Gesamtüberblick mit all den unterschiedlichen Facetten, also auch über jene, die aus emanzipatorischer Perspektive zu verurteilen sind. Das ist ein Plus der Publikation. Die Bewegung wird nicht beschönigt und unkritisch behandelt, sondern mit all ihren auch problematischen Implikationen aus einer Straight-Edge-solidarischen Perspektive diskutiert. In seinem Abschlusskapitel „Für eine linke Straight-Edge-Kultur“ reflektiert Gabriel Kuhn über die Bewegung, über deren politischen Gehalt und Anknüpfungspunkte mit linkem Aktivismus und darüber, welche Entwicklungen der Straight-Edge-Bewegung aus der Perspektive eines emanzipatorischen AktivistInnen wünschenswert wären.

Der dünne Einführungsband kann in einem Zug durchgelesen werden. Gabriel Kuhn gibt einen guten Überblick über das Phänomen und die Bewegung Straight Edge. Wer sich näher einlesen und einhören will, für die oder den gibt es zum Schluss noch weitere Literaturhinweise und eine Liste der einflussreichsten Straight Edge Platten.

Sebastian Kalicha



Die Band Minor Threat gilt als Begründer der Straight-Edge-Bewegung. Bild von 1981. Foto: Wikipedia

Fortsetzung von vorheriger Seite

## Ein Ethikpreis für die Relativierung der Menschenrechte

mus und Rassismus von Gesellschaften, der kapitalistischen Ausbeutung, u.a.).

- Das ‚Liebe Deinen Nächsten‘ ist, übersetzt als Aufforderung zur Solidarität und zur gegenseitigen Hilfe, ein Grundmoment anarchistischer Praxis.

- Auch ein Zitat von Luther wie „Warum rülpsst und pflurzt Ihr nicht?“, mit dem er die Puritaner kritisiert hat, ist mir sympathisch.

Das heißt, obwohl ich nicht an Gott, Seele usw. glaube, sehe ich durchaus positive Bezugspunkte in den Religionen.

Gleichzeitig sind auch viele negative Aspekte zu berücksichtigen, so driften die Großkirchen weiter nach rechts.

Als größte nichtstaatliche Arbeitgeber (Pflegedienstleistungen, Kindergärten, etc.) haben die Kirchen in den letzten zwei Jahrzehnten Teil an der McKinseyisierung der Ausbeutungsverhältnisse in Deutschland (befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, Unterbindung gewerkschaftlicher Organisation, Streikverbote usw.).

Für diese Form menschenverachtender, antisozialer und gewerkschaftsfeindlicher Praxen instrumentalisieren sie rücksichtslos ihren Sonderstatus als Religionsgemeinschaft.

Dies ist aber nicht einzelnen sich christlich definierenden Menschen vorzuwerfen.

### Die Angst vor der Freiheit

Was die jüngere Geschichte angeht, erscheinen mir Ersatzreligionen, insbesondere die, die sich wissenschaftliche Weltanschauung nennen, als ebenso gefährlich, wie klassische religiöse Fundamentalismen.

(Natur)Wissenschaften und Weltanschauungen durcheinander zu werfen, ist eine anti-enttöndernde ideologische Praxis.

Wissenschaftliche Theorien sind eben das: Theorien und kein absolutes Wissen. Wenn sich etwas aus der Geschichte lernen lässt, dann, dass alle naturwissenschaftlichen Theorien, die irgendwann aufgestellt wurden, sich früher oder später als falsch erwiesen haben. Es ist naiv zu glauben, dass dies für die heutigen (natur)wissenschaftlichen Theorien in 500 Jahren nicht genauso sein wird. (Natur)Wissenschaftliche Theorien sind Ausdruck der Interpretation des empirischen Wissens unter dem Eindruck der Weltanschauungen ihrer Zeit. Die Weltanschauungen sind der (natur)wissenschaftlichen Theorie vorgängig und fließen in sie ein.

Diese Vorurteilsbehaftetheit gilt insbesondere für die Wissenschaften vom Menschen, also z.B. für Neurologie oder Biologie.

(Natur)Wissenschaftliche The-

orien sind eines mit Sicherheit nicht: ein fester Grund, auf den sich Werturteile stützen können. Sie sind zeitgebundene Werkzeuge, mehr nicht, und meinen Hammer frage ich normalerweise auch nicht, wo ich das Bild hinhängen soll. Werturteile sind eben deshalb Werturteile, weil ich sie treffen muss, weil sie eben nicht vom Himmel fallen und weil sie auch nirgends in der Natur unter einem Stein oder in einer DNA zu finden sind. Ich muss mich entscheiden und bin verantwortlich für meine Entscheidung! Werturteile sind untrennbar mit der Weltanschauung und dem Menschenbild verbunden, für das ich mich entscheide.

Das heißt, in dem ich mich für ein spezifisches Menschenbild, eine spezifische Weltanschauung entscheide (z.B. ein bestimmtes anarchistisches Welt- und Menschenbild, ein bestimmtes soziobiologisches Welt- und Menschenbild, u.a.), lege ich mich auch auf bestimmte Werturteile fest. Und damit treffe ich eine Aussage darüber, in welcher Welt ich leben möchte, wohin ich will.

Das Fatale bei religiösen FundamentalistInnen und den VertreterInnen (natur)wissenschaftlicher Weltanschauungen (also z.B. der GBS) ist, dass sie diese Verantwortung bestreiten und entsprechend ei-

nem inhuman verantwortungslos handeln den Boden bereiten. Die AnhängerInnen dieser (natur)wissenschaftlichen Weltanschauungen reden sich dabei nicht auf die Bibel, sondern auf die Gesetze der Natur bzw. der Biologie heraus. Der liberalere Teil der modernen SoziobiologInnen und die GBS, welche diese Theorien aufgreift, weisen den Vorwurf der strukturellen Verantwortungslosigkeit jedoch explizit von sich.

„Aus einem unterstellten ‚empirischen Sein‘ lässt sich nun einmal kein ‚Seinsollen‘ ableiten. Wir können unsere ethischen Werte daher nicht unreflektiert aus unserer Naturerkenntnis ‚herausdestillieren‘.“ (Auf dem Weg zur Einheit des Wissens - M. Schmidt-Salomon)

Für die modern gewendeten liberalen AnhängerInnen dieser ‚wissenschaftlichen‘ Weltanschauung beinhaltet z.B. die Behauptung, bestimmte Formen sexueller Gewalt von Männern gegenüber Frauen hätten eine ausgeprägte genetische Komponente und wären Ergebnis einer evolutionären Überlebensstrategie (der egoistischen Gene), keine Befürwortung dieser Gewalt, sondern lediglich die Beschreibung einer ‚wissenschaftlichen Tatsache‘.

Die Verantwortungslosigkeit

liegt hier nicht darin, Vergewaltigung zu legitimieren, sondern in der Ausblendung der sexistischen Machtverhältnisse, die nichts mit Biologie zu tun haben, aber den Kern der Gewalt ausmachen, die ein Vergewaltiger ausagiert. Diese Machtverhältnisse werden zum Ausdruck von Naturtatsachen erklärt.

### Akzeptanzbeschaffung für Rechtsaußen

Nun mag man dies als überzogene und unfaire Kritik an der GBS ansehen, da die GBS doch liberale Positionen vertritt und für den Aufgriff soziobiologischer Theorie in der neueren Mitte der Gesellschaft in den Blogs der IslamhasserInnen und Sarrazin-Fans nicht verantwortlich sei. Wieso räumt die GBS dann zwei Texten, die eindeutig genau auf diese rechte Klientel zielen, Raum auf ihren Webseiten zum Darwinjahr ein?

Die Texte haben die Titel: ‚Die Unterdrückung der Intelligenzforschung‘ und ‚Werden Fanatiker die Zivilisation einnehmen?‘. Zum ersten Text merkt die GBS an, dass der Text nicht ihre Position wiedergibt, für diskussionswürdig hält sie ihn aber scheinbar trotzdem, beim zweiten Text gibt es nicht einmal diese Einschränkung. „Intelligenz ist zu 50-80% ver-

erbt [...]

Soziale Klassenunterschiede sind teilweise in genetischen Unterschieden im IQ begründet. [...]

Schwarze und Weiße decken die gesamte Bandbreite dessen ab, was ‚normale Intelligenz‘ genannt wird (IQ 70-130). Lediglich im Durchschnitt liegt die Gaußkurve der Schwarzen um 15 Punkte niedriger als die der Weißen.“ (Die Unterdrückung der Intelligenzforschung - 2010)

„Religiöse Menschen haben tendenziell mehr Kinder als Atheisten, aber fundamentalistische Parallelgesellschaften wie jene von Pfingstlern, von ultraorthodoxen Juden, die Gemeinden der Amischen und jene von orthodoxen Muslimen bringen obendrein signifikant mehr Nachwuchs hervor als moderate Gläubige. Wird der Westen fundamentalistisch? [...]

Auch wenn man sämtliche Gegenmaßnahmen ergreifen würde, die Thilo Sarrazin in ‚Deutschland schafft sich ab‘ (S. 378-90) vorschlägt, wäre das nicht genug. [...]“ (Werden Fanatiker die Zivilisation einnehmen? - 2010)

Jörg Djuren

Eine längere Version dieses Textes erscheint demnächst unter: [www.3tes-jahrtausend.org/religionskritik/ketzerinnen.html](http://www.3tes-jahrtausend.org/religionskritik/ketzerinnen.html)

# Praktisches für eine Welt der Zukunft

Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter

## Buchbesprechung

**Ostrom, Elinor, Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, herausgegeben, überarbeitet und übersetzt von Silke Helfrich, oekom verlag, München 2011, 112 Seiten, ISBN-13: 978-3-86581-251-3, 14,95 Euro**

In einem lesenswerten Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* hat der Philosoph und Kulturtheoretiker Slavoj Žižek den weltweiten Protestbewegungen gegen die Tyrannei der Finanzmärkte und den Demokratieabbau einen wertvollen Rat gegeben: „Man sollte in dieser Phase der Versuchung widerstehen, die Energie der Proteste auf die Schnelle in eine Reihe ‚konkreter‘ Forderungen zu übersetzen. Ja, die Proteste haben ein Vakuum geschaffen – ein Vakuum im Feld der vorherrschenden Ideologie. Man braucht Zeit, um dieses Vakuum zu füllen, denn es ist ein bedeutungsschwangeres Vakuum, es eröffnet wahrhaft Neues. [...] Man sollte immer daran denken, dass jede im Hier und Jetzt geführte Debatte notwendigerweise immer eine Debatte auf feindlichem Gebiet bleiben muss [...]“ (SZ, 27. Oktober 2011, S. 11)

Trotzdem gewinnt man den Eindruck, dass sich in dem Raum, den die Proteste geöffnet haben, nach und nach Vorstellungen entwickeln, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen sollte, die die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt.

Denn ganz gleich, ob es um Ernährungssouveränität geht, um demokratischere Entscheidungsfindung oder um die Herstellung des eigenen Stroms – immer bildet die Grundlage eine eigenverantwortliche, selbstorganisierte Gruppe von Menschen, eine lokale „Basisgesellschaft“, in der sich die Betroffenen selber um ihre Angelegenheiten kümmern (können). Gänzlich neu sind solche Ideen nicht, selbst wenn man den Blick auf das 20. Jahrhundert beschränkt: Schon vor Jahren hat Noam Chomsky öffentlich darüber nachgedacht, ob nicht die wachsende Spezialisierung in Wirtschaft und Forschung und die Arbeit in immer kleineren, autonomen Gruppen die Chance böten, in beiden Branchen (wieder) auf anarchosyndikalistische Formen der Selbstorganisation zurückzugreifen, die man zuletzt Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts ins Grab sinken zu sehen meinte. „Autogestion“ [„Selbstbestimmung“] war eine zentrale Forderung der rebellischen Studentinnen und Studenten im Mai 1968 in Paris. Ist die Vorstellung einer „Gesellschaft von Gesellschaften“ (Gustav Landauer), wie sie zur Zeit (wieder) im Raume zu stehen scheint, also nichts weiter als die Wiederkehr alter, anarchistischer Träumereien? Ein Rauschen in den Bärten von Proudhon, Bakunin und Kropotkin?

### Elinor Ostroms Theorie des kollektiven Handelns

Wer Arbeiten von Elinor Ostrom liest, wird diesen Eindruck rasch verlieren. Ostrom ist in vielerlei Hinsicht eine ungewöhnliche Erscheinung im glo-

balen Wissenschaftsbetrieb. Nicht nur, dass man, wenn man ihr begegnet, schwören möchte, es mit einer Norwegerin oder sturmfesten Isländerin zu tun zu haben, und nicht mit einer gebürtigen US-Amerikanerin. 2009 erhielt Ostrom – als erste Frau überhaupt! – den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Dabei ist sie von Hause aus gar keine Ökonomin, sondern Politikwissenschaftlerin an der Indiana-University (USA).

Aber Ostrom ist eben auch eine der weltweit führenden Forscherinnen zur *Allmende*, dem sozialen Gemeineigentum.

Die von ihr gegründete und geleitete „Bloomington School“, angesiedelt an ihrer Heimatuni, erforscht seit Jahren rund um den Globus, wo und auf welche Weise sich Menschen selbst organisieren, um unabhängig von Staat und Markt natürliche Ressourcen zu nutzen und zu verwalten. Es geht, in Ostroms eigenen Worten, „um die Entwicklung einer empirisch gestützten Theorie des kollektiven Handelns, die auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung beruht“ (S. 22).

Ostroms besonderes Interesse gilt der Frage, welche *Institutionen* sich Menschen schaffen, um Ressourcen gemeinsam zu bewirtschaften, ohne sie zu zerstören, und warum diese Institutionen funktionieren bzw. nicht funktionieren. Ihr Hauptwerk „Die Verfassung der Allmende“ (Tübingen 1999) ist ein Meilenstein der Forschung und durchaus dazu angetan, langfristig einen Paradigmenwechsel in den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Theorien zu bewirken.

Nun ist im Oekom-Verlag (München) ein Buch erschienen, das bequem in jede Jackentasche passt und Ostroms anspruchsvollen Ansatz in einer auch für wissenschaftliche Laien verständlichen Form präsentiert. Ein Glossar am Ende des Buches erläutert z.B. die Fachausdrücke. Der Band besteht im Wesentlichen aus Ostroms Vortrag anlässlich der Verleihung des Nobelpreises in Oslo, der die Ziele ihrer Arbeit zusammenfasst, und einem überarbeiteten Aufsatz zur kollektiven Nutzung von Wasser und Wäldern, der Gesichtspunkte aus „Die Verfassung der Allmende“ aufgreift.

### Lösungen für die Ressourcennutzungsproblematik

Ostroms zentrale These ist unmissverständlich: Weder Staat noch Privatwirtschaft sind in der Lage, die begrenzten Ressourcen des Planeten zu nutzen und zu verwalten, ohne dabei das Überleben der Menschheit zu gefährden.

Während Privatbesitz *per se* keine langfristigen sozialen Verpflichtungen beinhaltet – der Besitzer einer Ressource werde diese zum Beispiel verkaufen, wenn ihm höherer Gewinn winke, ohne auf die Bedürfnisse anderer Rücksicht zu nehmen, usw. – seien staatliche Einrichtungen, selbst, wenn man ihnen beste Absichten unterstelle, nicht in der Lage, die vielfältigen und sich beständig wandelnden regionalen und lokalen Probleme mithilfe eines zentralen Lösungsansatzes zu



Elinor Ostrom. Die Nobelpreisträgerin für Wirtschaftswissenschaften entwirft ein Modell globaler gesellschaftlicher Organisation, in dem AnarchistInnen vieles aus ihrer Utopie wiederentdecken können.

Foto: Archiv

bewältigen.

Eben dies aber werde von den die Politik leitenden Theorien fortgesetzt behauptet: „Man nutzt vereinfachende Modelle, die zu der Grundannahme verleiten, staatliche Behörden seien in der Lage, eine wirkungsvolle Lösung für eine gesamte Region zu entwickeln, immer in der Annahme, der Staat handele stets im Interesse der Allgemeinheit. [...] Unsere Forschung zeigt [...], dass es ein Irrweg ist, zentrale Lösungen für die Ressourcennutzungsproblematik einer großen Region von oben nach unten durchzusetzen.“ (S. 27)

Der *Allmende* dagegen habe im 21. Jahrhundert der Ruch des Rückschrittlichen, Vorzeitigen an.

„Viele Menschen denken [...], bei Gemeingütern ginge es um gestrigte Formen gemeinschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung von natürlichen Ressourcen. Die Gemeinschaften, von denen dann die Rede ist, bekommen aus dieser Perspektive einen archaisch-exotischen Zug. [...] All jenen aber, die an der Vitalität der Gemeingüter zweifeln, sei ins Stammbuch geschrieben, dass auch heute zahlreiche Commons-Institutionen existieren und gedeihen. [...] Die Allmende ist [...] sehr aktuell und keineswegs ein Relikt der Vergangenheit.“ (S. 23-24)

### Soziale Struktur

Nach Ostroms Überzeugung ist für die langfristige Sicherung menschlicher Lebensgrundlagen auf diesem Planeten nicht der Schutz einer (womöglich gefährdeten) Ressource entscheidend, sondern der Schutz der *sozialen Struktur*, die ihren Erhalt sicherstellt.

Tatsächlich hätten sowohl Staa-

ten als auch kapitalistischer Markt bei ihren Eingriffen in die weltweite Ressourcennutzung allzu oft eben jene Strukturen zerstört, die zum langfristigen Erhalt der Ressourcen unverzichtbar gewesen wären: „Keine Regierung der Welt kann die ganze Palette an Wissen, Instrumenten und Sozialkapital entwickeln, die nötig ist, um nachhaltige Entwicklungsprozesse zu fördern. All diese Dinge müssen ständig an die kulturellen und ökologischen Verhältnisse vor Ort angepasst werden. Das ist eine gewaltige Aufgabe, weshalb ich folgendes zu behaupten wage: Jeder noch so umfassende Maßnahmenkatalog, der in einem großen Territorium Anwendung finden soll, ist zum Scheitern verurteilt. [...] Eine wesentlich erfolgreichere Strategie besteht [...] darin, die Fähigkeit der Menschen zur Selbstorganisation und zur Kooperation zu stärken. Es sind nämlich die Nutzer selber, die vor Ort den besten Einblick in die konkreten Bedingungen haben.“ (S. 30)

Ostrom illustriert ihre These mit zahlreichen Beispielen. So habe sich etwa auf der extrem trockenen, tibetischen Hochebene im Laufe der Zeit ein System kollektiver Nutzung des kostbaren Wassers entwickelt, das, wie nebenbei, soziale Strukturen stabilisiert und das Überleben aller gesichert habe. Als dann staatliche Akteure eingriffen und teure Kanäle graben ließen, sei das System auseinandergebrochen. Ein sicherlich gut gemeintes, zentral gesteuertes und durchgesetztes Modernisierungsprojekt zerstörte, so Ostrom, „[...] jenes Sozialkapital der Nutzer [...], das entscheidend für den Erhalt natürlicher Ressourcen war: Beziehungsnetze, Normen, Wis-

sen und Vertrauen“ (S. 25).

Gleiches gelte für eng verzahnte, in Wahrheit meist profitorientierte Projekte von Staat und Privatwirtschaft, die (vor allem in Lateinamerika) gerne unter dem Deckmantel des Umweltschutzes daherkommen: „Der Schutz der biologischen Vielfalt darf [...] nicht die Zerstörung institutioneller Vielfalt zur Folge haben.“ (S. 25)

### „Anreize für die Beteiligten“

Ob eine kollektive Ressourcennutzung langfristig Erfolg habe, hängt, so Ostrom, von einer Reihe von Faktoren ab.

Unverzichtbar seien soziale „Anreize für die Beteiligten“ (S. 29). Es gehe dabei nie um bloße Existenzsicherung.

Wer beispielsweise bei der Verteilung des Wassers auf der tibetischen Hochebene Verantwortung übernahm, war in den Dörfern ein angesehener Mensch. Er handelte zum Nutzen der Allgemeinheit und konnte diese Ehre sogar auf seine Nachkommen übertragen. Kaum jedoch war der Beton in die Erde gegossen, da kümmernten sich die tibetischen Bauern nicht länger um das „fremde“ Bewässerungssystem. Seine Wartung versprach kein soziales Prestige (mehr). Die Gemeinden vereinzelt, die Kanäle wurden leck, versandeten und waren innerhalb kurzer Zeit nicht mehr zu gebrauchen.

Ein funktionierendes soziales Nutzungsgefüge – eine *Institution* in Ostroms Worten – war zerschlagen worden, ohne dass etwas Gleichwertiges an ihre Stelle getreten wäre: „Wer Institutionen für Gemeingüter gestalten will, muss die Nutzerinnen und Nutzer in den gesamten Prozess einbeziehen. Top-down-Ansätze und Blaupausen haben hier nichts zu su-

chen.“ (S. 33-34)

Mindestens ebenso wichtig wie positive Anreize sei ein glaubhaftes System von Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten bei schwerwiegenden Regelverstößen. Auch dieses sei durch selbstbestimmte „Basisgesellschaften“ viel besser zu realisieren und an sich wandelnde Bedingungen anzupassen als durch die Verwaltung einer fernen Hauptstadt oder ein Firmendirektorium, das ohnehin bestenfalls als Fremdkörper wahrgenommen werde.

Kollektive Ressourcennutzung funktioniere schließlich, so Ostrom, nur mittels einer Vielzahl fehlerfreundlicher, entschleunigter, nicht-zentralistischer, „komplexer adaptiver Systeme“ (S. 37-38), also solcher Strukturen, die sich rasch und leicht auf sich verändernde Bedingungen einstellen könnten.

Sogar die Redundanz innerhalb derartiger Systeme helfe, ihre Fehleranfälligkeit zu verringern: „[Es ist] davon auszugehen, dass Governance-Systeme, gleich welcher Art, immer suboptimal funktionieren. [...] Aber in polyzentrischen Systemen gibt es Einheiten, die sich überlappen. So können Informationen über das, was an dem einen Ort gut funktioniert, für andere Orte nutzbar gemacht werden.“ (S. 40) Auf diese Weise sei es Menschen gelungen, zum Teil über Jahrtausende hinweg natürliche Ressourcen gemeinsam zu nutzen, ohne sie zu zerstören. Und auf diese Weise organisierten sich auch heute noch, immer aus Neue, kollektive Nutzerstrukturen, sei es auf dem Land, in der Stadt oder im Internet.

### reizvoll

Das Reizvolle an Ostroms Ansatz ist, dass er viel radikalere Schlüsse zulässt, als sie selbst zu ziehen bereit ist. Elinor Ostrom ist keine Umstürzlerin.

Sie sieht das Ziel ihrer Arbeit in erster Linie in einer verbesserten Wirtschafts- und Entwicklungspolitik: „Entwicklungspolitische Arbeit sollte sich bemühen, die Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften zur Selbstverwaltung zu unterstützen [...]“ (S. 35).

Hilfsorganisationen wie *medico international* arbeiten seit langem nach diesem *Credo*. Ziel ihrer entwicklungspolitischen Arbeit ist im Grunde ein Paradoxon: die schrittweise Selbstentmachtung des reichen Nordens und Westens.

Pragmatismus, Praxisnähe und politische Unverdächtigkeit der „Bloomington School“ jedoch sind es gerade, die Ostroms Forschung auch für eine politische Kritik wertvoll machen, die weit über eine bloße Reform des Bestehenden hinausgehen will. Es hieß zum Beispiel wohl kaum, Ostroms Thesen überzustrapazieren, wenn man aus ihnen den Schluss ziehen wollte, dass Dezentralisierung und Demokratisierung in einem ganz unmittelbaren Sinne für die Zukunft der Menschheit entscheidend sein werden. Die Stärkung selbstorganisierter Basisgemeinschaften und des Kollektiveigentums bedeutet notwendigerweise eine Schwächung anderer, dominanter Besitz- und Herrschaftsverhältnisse.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

## Praktisches für eine Welt der Zukunft

Ostroms basisdemokratisches Modell polyzentrischer, adaptiver Systeme wird so zu einem Schlag gegen die Verherrlichung zentralistischer und zentralisierender Formen politischer Machtausübung.

Ihr Beweis, dass Menschen auch heute überall auf dem Planeten, wenn auch gewiss nicht mühelos oder konfliktfrei, zu gegenseitigem Nutzen zusammenarbeiten, wiederlegt ein primitives, rückschlägiges Menschenbild, das von Hardins „Gefangenendilemma“ bis zu neoliberalem Propagandagewäsch Menschen als „naturegemäß unsoziale Wesen“ hinzustellen versucht.

Die gegenwärtige Ausweitung staatlicher Herrschafts- und Verwaltungseinrichtungen zu immer größeren, zum Teil global arbeitenden Einheiten und die rasende Konzentration der Weltwirtschaft werden, völlig unabhängig vom politischen Standpunkt, als lebensgefährdend, globale Bedrohungen erkennbar. Eine im Namen der „Effizienzsteigerung“ vorangetriebene Zentralisierung und Machtausweitung entpuppt sich als *Ursache* für die sich beständig steigernde und mitunter verheerende *Ineffizienz* bei der Nutzung natürlicher Ressourcen.

Und schließlich kann man sich künftig auch den Verweis auf die gewaltig angewachsene Weltbevölkerung als Ursache des Ressourcenproblems sparen: Die politische Einrichtung der Ressourcennutzung ist verantwortlich für deren Verschwendung. Und nichts anderes. Es ist, als sei der Geist von Peter Kropotkins „Die Eroberung des Brotes“, befreit von seinen rasselnden Ketten allzu utopischen Denkens, vom Ende des 19. Jahrhunderts in die gegenwärtige wirtschaftswissenschaftliche Spitzenforschung gefahren.

### Allmende-Forschung

Denn die *Allmende*-Forschung ist kein seliges Stochern im Blau des Utopienhimmels.

Noch weniger ist sie eine unkritische Lobpreisung der Selbstorganisation um ihrer selbst Willen.

Ostroms Forschung verspricht kein neues goldenes Zeitalter. Aber sie zeigt einen gangbaren Weg in die Zukunft auf. Sie entwirft ein Modell globaler gesellschaftlicher Organisation, in dem Anarchistinnen und Anarchisten eigentlich vieles aus ihrer Utopie wiederentdecken müssten. Sie beweist, dass Menschen, wenn sie sich selbst organisieren, sehr wohl in der Lage sind, nachhaltig und gerecht die begrenzten Ressourcen des Planeten zu nutzen und zu erhalten.

Und sie beweist, dass Staat und Privatwirtschaft – zumindest in ihrem gegenwärtigen Zustand – dies definitiv *nicht* können.

Dass man zu Beginn des 21. Jahrhunderts für eine solche Forschung den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften (!) bekommen kann, ist ein Grund zur Hoffnung. Vielleicht ist es, wie zum Trotz, doch an der Zeit, allmählich konkrete Gesellschaftsentwürfe für die Zukunft zu diskutieren. Die wissenschaftlichen Grundlagen stehen, auch Dank Elinor Ostrom, bereits zur Verfügung.

Joseph Steinbeiß

# Rendezvous bei Boris Vian

In Paris engagiert sich die „Fond'Action Boris Vian“ für den Prinzen von Saint Germain

Im rebellischen Existenzialistenkreis der Pariser Nachkriegsjahre bleibt Boris Vian – der „Prinz von St. Germain“ [1] – bis heute eine der inspirierendsten Persönlichkeiten.

Als Skandal umwitterter Schriftsteller, surrealistischer Dichter zärtlich-scurriler Melancholie, Texter aufrüttelnder Chansons, Tänzer und Trompeter freiheitsdurstiger Jazz-Musik sowie perfektionistischer Ingenieur und euphorischer Fan alter Autos – und all' das auf 39 kurze Lebensjahre zusammengeballt – durchbricht und vereint er alle Kategorien auf spielerische Weise. Dynamit für heute. [2]

Seit 1981 widmet sich die „Fond'Action Boris Vian“ seinem Schaffen, organisiert und unterstützt Forschungsarbeiten, Soirées und Ausstellungen, kooperiert, wie im letzten Jahr bei der Herausgabe von Vians Romanwerken in der französischen Klassiker-Reihe „La Bibliothèque de la Pléiade“, oder empfängt Medienleute wie uns, die begierig sind, mehr über Boris Vian zu erfahren. Wer gedacht hat, Boris Vian habe sein Domizil im Existenzialisten-Viertel zwischen den Cafés „Le Flore“ und „Deux-Magots“ gehabt, sieht sich getäuscht. Vielmehr führt unsere Spurensuche durch das sündig verruchte Pigalle-Viertel in die Cité Véron, die sich in einer leicht zu übersehenden Sackgasse direkt neben dem Moulin Rouge versteckt. In den ehemaligen Künstlerlogen dieses legendären Variété-Etablissements wohnte Boris Vian.

Im von ihm eigenhändig umgebauten Appartement hat die Fond'Action ihren Sitz.

Und genau hier empfangen uns

Nicole Bertolt und Christelle Gonzalo.

Nicole Bertolt hat Ursula Vian, die 2010 verstorbene, zweite Frau von Boris Vian, 1980 kennengelernt. Seither ist sie von ihr und dann von ihrem Sohn Patrick Vian mit der Repräsentanz des Vian'schen Oeuvres in der „Fond'Action Boris Vian“ beauftragt. Dabei wird sie seit 2000 von der Literaturhistorikerin Christelle Gonzalo unterstützt.

„Wir wollen die Erinnerung an Boris Vian wach und lebendig halten. Vor allem suchen wir den Dialog mit der jungen Generation, den Kontakt zu Universitäten und zu Museen, auch zum Centre Pompidou“, erzählt Nicole Bertolt.

„Die Schriften von Boris Vian sprechen heute gerade junge Menschen an, sie klingen frisch und lustig, sind politisch ‚unkorrekt‘ und verstören. Boris Vian hat sich immer für freie, alternative, libertäre Zeitschriften und Radiosendungen sowie vielfältige Projekte der Gegenöffentlichkeit eingesetzt. Heute ist er in der offiziell-französischen Kultur, sogar im Schulunterricht, angekommen. Alle kennen ihn, ohne ihn zu kennen, wie so viele Klassiker. Unsere wichtigste Arbeit besteht darin, Boris Vian als Persönlichkeit sichtbar zu machen – als jemanden, der alle Künste der Moderne hochsensibel und spielerisch miteinander zu vereinen wusste. Und dabei leicht zugänglich bleibt und Lust auf mehr macht – wie ein großer Bruder.“



Boris Vian: le deserteur.

Abb.: Archiv

### „Das hatte Dynamit!“

Vian hatte die Absicht, Bestseller zu schreiben, und setzte zur Erreichung dieses Ziels bewusst auf Provokation. So auch bei seinem ersten Buch, dem antirassistischen Sex & Crime-Thriller „Ich werde auf eure Gräber spucken“, welches unter dem Pseudonym Vernon Sullivan erschien [3].

Aber wurde sein kritisches Anliegen dahinter verstanden?

„Boris Vian kannte ja alle Jazz-Größen seiner Zeit, Miles Davis, Dizzy Gillespie, Duke Ellington... er wusste um den Jazz und die Probleme der Schwarzen in Amerika. Nur wollte das damals niemand wahr haben. Denn die Amerikaner hatten die Franzosen ja befreit. Das hatte Dynamit! Vian wollte akzeptiert und verstanden werden. Umso enttäuschter war er, als seine

dem Skandalerfolg folgenden Romane zu Lebzeiten auf Desinteresse stießen. Besonders verletzte es ihn, dass sein letzter, vielleicht bedeutsamster Roman „Der Herzausreißer“ [4] nur mühsam einen Verleger fand. Er schrieb seiner Frau damals: „Es ist merkwürdig: Wenn ich seriös schreibe, denkt man, das sei ein Schabernack. Wenn ich witzig schreibe, hält man es für [5].“ Darin lag zu Lebzeiten die ganze Ambiguität Vians“, so Nicole Bertolt.

### Das Glück jedes Einzelnen ist wichtiger als ...

Boris Vian verkehrte unter den ExistenzialistInnen, und Sartre sorgte dafür, dass er bei „Les Temps modernes“ seine „Chronik des Lügners“ veröffentlichten konnte. „Wenn Sartre als der Ältere und Berühmtere der

Papst dieser Bewegung war, dann war Vian ihr Prophet“, meint Nicole Bertolt.

Doch verstand sich Vian überhaupt als Existenzialist? Darauf antwortet Christelle Gonzalo: „Sartre und Camus forderten von Künstlern ein politisches Engagement. Das Geschriebene sollte eine politische Bedeutung haben. Diese Auffassung teilte Vian nicht. Er schrieb, um den Menschen im Imaginären einen Ausweg anzubieten – durch Sätze, welche sie so noch nie gelesen hatten. Vian liebte zu spaßen, wenn er sagte: „Für die Existenzialisten geht die Existenz der Essenz voraus, für mich gibt es keine Essenz.““

Und Nicole Bertolt fügt hinzu: „In ‚Der Schaum der Tage‘ steht sinngemäß der Satz, dass das Glück jedes Einzelnen wichtiger sei als das Glück von allen.“

Zum Abschluss erfahren wir noch, dass der jetzt 81-jährige Schauspieler Jean-Louis Trintignant mit einer musikalischen Lese-Revue unter dem Titel „Trois poètes libertaires“ an Boris Vian erinnert und ihn in einen Kontext zu Jacques Prévert und Robert Desnos setzt [5].

Jorinde Reznikoff / KP Flügel

### Anmerkungen:

- [1] Klaus Völker, Boris Vian: Der Prinz von Saint-Germain, Wagenbach. Nach wie vor die gelungene Skizze zu Boris Vian und der „legendären Kulturrevolution“ des Nachkriegs-Existenzialismus.
- [2] Siehe auch: Concert for Anarchy, Boris Vian: Der Deserteur, Artikel von Horst Blume, in: Graswurzelrevolution Nr. 257, März 2001, www.graswurzel.net/257/concert.shtml
- [3] Boris Vian, Ich werde auf eure Gräber spucken, Zweitausendeins
- [4] Boris Vian, Der Herzausreißer, Zweitausendeins
- [5] Trintignant u.a., Vian, Prévert, Desnos, CD, Universal

# Solikonzerne für die soziale Revolution

Ein Interview mit dem Pariser *Collectif Contre-Culture (CCC)*

Im monatlichen Rhythmus organisiert das Pariser Konzertkollektiv *Collectif Contre-Culture (CCC)* Solidaritätsveranstaltungen für internationale Projekte. Dabei spendet es die Einnahmen für das jeweilige Projekt und schafft einen Rahmen, über das jeweilige Projekt zu informieren. Im Regelfall wird ein Film oder eine Ausstellung gezeigt oder AktivistInnen erzählen und diskutieren mit dem Publikum.

**GWR: Wann und von wem wurde das *Collectif Contre-Culture* gegründet?**

CCC: Etwa Mitte der 90er Jahre, als das Centre International Culture Populaire (CICP) umzog. Vorher gab es am alten Ort eine Commission Contre-Culture der antifaschistischen Gruppe SCALP, die seit 1987 existierte. In den neuen Räumlichkeiten haben einige Leute von unterschiedlichen Vereinen und Kollektiven des CICP beschlossen, gemeinsam Soliveranstaltungen zu organisieren – statt jeder nur für sich selbst.

Am Anfang waren es dann Mitglieder verschiedener militanter und gegenkultureller Kollektive: le SCALP, das Label Crash Disques, das Kollektiv Unity Rockers, der Infoladen Le Kiosk. Einige andere traten dem CCC schnell bei – wie z.B. die Comités de Soutien aux Indiens des Amériques (CSIA – Nitasinan) oder das Comité de Solidarité avec les Peuples du Chiapas en Lutte (CSPCL). Schnell wurden auch unorganisierte Leute von außerhalb des CICP,

die uns unterstützten, integriert.

**Jedes Konzertkollektiv hat einen Höhepunkt – ein phänomenales Konzert? Was war es beim CCC?**

Es ist nicht sicher, dass wir bereits den Höhepunkt erreicht haben. Man weiß nie, ob ein Konzert oder vielmehr ein Soliabend – wie wir die kollektiven Momente bevorzugt nennen – nicht im darauffolgenden Monat von einem Rekord überboten wird. (-) Man kann sich an den Abend mit der holländischen Gruppe THE EX erinnern, an dem zuerst ein andert-halbständiger Film über die Resistance gezeigt wurde, dem eine ebenso so lange Diskussion mit alten Resistancekämpfern folgte, und dann spielten THE EX (und nur sie, obwohl generell drei Bands spielen). Es war eine Soliveranstaltung für eine klandestine antifaschistische Gruppe: les FTP (Francsinan) oder das Comité de Solidarité avec les Peuples du Chiapas en Lutte (CSPCL). Schnell wurden auch unorganisierte Leute von außerhalb des CICP,

Bei uns gilt ein Konzert als groß, wenn 250 bis 300 Leute kommen.

**Ihr seid ein international ausgerichtetes Projekt. Ihr habt Konzerte für den A-Laden in Berlin, die DIY-Bewegung in Rumänien und für ein zapatistisches Projekt organisiert. Welchen Wert hat die Unterstützung von Euch für internationale Projekte?**

Das CICP ist ein Internationales Zentrum für populäre Kultur, ein Haus für Vereine der internationalen Solidarität. Aber unsere Wahl hat gleichermaßen damit zu tun, dass jeder von uns auch in anderen Aktivitäten, sei es auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene, involviert ist. Die Verschiedenheit unserer Unterstützungen und ihre geographische Ausbreitung sind daher logisch, und generell ist es unser Interesse, Projekte an anderen Orten der Welt zu unterstützen. Du hast bereits einige davon zitiert, und man kann noch viele ergänzen, wie das selbstverwaltete Zentrum Zorro in Leipzig, die selbstverwaltete Kooperative AL SANABEL in Palästina, deutsche, italienische, amerikanische Gefangene, einen selbstverwalteten Ort in England, die Opfer von Repression in Mexiko und Chile...

**Der Ort, wo Ihr aktuell Eure Konzerte organisiert, ist das**



**CICP. Warum habt Ihr dieses soziale Zentrum gewählt? Könnt Ihr das Konzept erläutern?**

Das CICP ist ein Haus der internationalen Solidarität, das seit 1976 existiert. Es war zur Zeit seiner Gründung eine Art „antiimperialistischer Pol“ in Paris. Die ersten Solikonzerne wurden etwa 1987 auf Initiative der antifaschistischen Gruppe SCALP, die die Räume nutzte, organisiert. Seitdem wurde das fortgesetzt. Dann hat sich in den neuen Räumen das aktuelle CCC formiert – auf der Basis von den Kollektiven und den gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder.

**Ich weiß, dass viele Eurer Mitglieder AnarchistInnen sind. Gibt es einen anarchistischen Konsens in der Gruppe?**

In der Tat sind viele Mitglieder anarchistisch oder libertär sensibler, aber das ist nicht einheitlich so. Es gibt auch Leute, die keine direkten Aktivisten

sind, aber auch ihre Ansichten oder eine Attitüde sind unserer nahe.

Es gibt auch andere Tendenzen. Es gab z.B. mal eine Zeit, wo ein Teil des Kollektivs stark in Richtung Redskin orientiert war, aber der Konsens lässt sich nicht auf anarchistische Ideen fokussieren. Vielmehr ist eine Art der Selbstverwaltung aus dem Schoße des Kollektivs, die sich aus Ideen, Vorschlägen und Wünschen der einen und der anderen speist.

**Was ist die Zukunft vom CCC? Was sind Eure Pläne für dieses Jahr?**

Wie jedes Jahr: Soliveranstaltungen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Musik... einmal pro Monat. Die Infos zu unseren Veranstaltungen findet man auf unserem Blog.<sup>2</sup>

Interview: Maurice Schuhmann

### Anmerkungen:

- 1 www.cicp21ter.org
- 2 http://collectifcontreculture.blogspot.com

# Politische Jugendfestivals im „kurzen“ 20. Jahrhundert

## 1913 und 1993

### Buchbesprechung

**Karsten Schulz: Beschreibung und Verortung zweier überverbandlicher Jugendtreffen junger Jugendbewegungen. Umweltfestival AufTakt vom 28.7.-1.8.1993 in Magdeburg und Erster Freideutscher Jugendtag am 11. und 12.10.1913 auf dem Berg Meißner. Verlag Weber & Zucht, Kassel 2009, 221 S., ISBN 978-388713-058-9**

Vom britischen Historiker Eric Hobsbawm stammt der Begriff des „kurzen“ 20. Jahrhunderts, das er vom Ersten Weltkrieg 1914 bis zu den Umstürzen von 1989 einteilt.

Diese Periodisierung kam mir in den Sinn, als ich Karsten Schulz' materialreichen und spannenden Vergleich der beiden überverbandlichen Jugendtreffen von Jugendbewegungen des 20. Jahrhunderts las, die 1913 auf dem Hohen Meißner östlich von Kassel und 1993 nach einer internationalen Sternfahrradtour (eine der 25 Fahrradtouren begann tatsächlich am Nordkap) in Magdeburg stattfanden.

Mit dem Periodenvergleich wird deutlich, dass die beiden großen Jugendfestivals mit politischem Anspruch im 20. Jahrhundert nicht im luftleeren Raum stattfanden. Sie sind nicht ohne die Verwerfungen der Zeit zu verstehen, den Vorabend des Ersten Weltkriegs im einen Fall, den Fall der Mauer mitsamt den unterschiedlichen Ost-Welt-Traditionen und dem pogromartigen Rassismus der Nachvereinigungsjahre im anderen. Gerade das macht den Vergleich so spannend.

### AufTakt Magdeburg: Ost- und West-Jugendliche kommen zusammen

Karsten Schulz' Verdienst ist es, viel Material zum AufTakt-Festival zusammengetragen zu haben, das ansonsten wohl verloren gegangen wäre, seien es Fotos, Flugblätter, Zeichnungen, Signaturen, Filme, Presseberichte, Radio/Fernsehen-Beiträge, Materialien aus Projekten, direkten gewaltfreien Aktionen und den Fahrradtouren. Er hat 43 qualitative Einzelgespräche mit IdeenträgerInnen, InitiatorInnen, AktivistInnen von AufTakt geführt, aber auch mit damals beteiligten Beamten der Behörden und der Polizei, die mit dem Festival auf der Elbeinsel im Stadttinnern Magdeburgs (Stadtpark „Rothorn“) zu tun hatten. Daraus entstand ein großer Statistikteil im Buch: So erfahren wir z.B., dass insgesamt 7.500 bis 8.000 Personen

am Festival teilnahmen; bei den Teilnehmenden die eingeforderte Geschlechterparität nahezu erreicht wurde, während sie im organisatorischen Bereich in leichte Männerdominanz umkippte; dass 77,1% aus den alten Bundesländern kamen, bei den TeilnehmerInnen aus dem Osten aber ein Frauenüberschuss von 59% war; dass 400 internationale Jugendliche aus 21 Ländern teilnahmen; dass das häufigste Alter der Teilnehmenden 17 Jahre war und die meisten zwischen 15 und 30 Jahren lagen.

Die TeilnehmerInnen hatten überdurchschnittlich hohe Bildung, studierten oft oder kamen aus nicht verarmten Elternhäusern; sie stammten aus dem aufgeklärten Teil der Mittelklasse und tendierten nicht nach rechts – wichtig, wenn man sich die Rolle der Mittelklasse beim Aufstieg des historischen Nationalsozialismus vor Augen hält.

Besonders spannend finde ich den Sozialisationsvergleich der Jugendlichen Ost und West, den Schulz (S. 75-82) anstellt. Die Ost-Jugendlichen waren bis 1989 in der FDJ organisiert, sie kannten Bausoldatentum und DDR-Jugendweihe; viele TeilnehmerInnen kamen aus den Friedens- und Umweltgruppen bzw. nach 1989 der „Grünen Liga“, dem einzigen ostdeutschen Jugendverband, der AufTakt finanziell und ideell unterstützte. Die West-Jugendlichen hatten eine andere Sozialisation, waren stärker bereits computergeprägt, sie hatten Tschernobyl stärker traumatisch erlebt, durften da als Kinder nicht raus oder im Sandkasten spielen, später hatten viele bereits an Kämpfen der Anti-AKW-Bewegung teilgenommen. AufTakt war auch ein Zusammenkommen und manchmal ein Zusammenprall dieser unterschiedlichen Sozialisations Jugendlicher. In den vielen NachTakt, den vom AufTakt-Festival inspirierten Projekten, Werkstätten und Aktivitäten der Jugendumweltbewegung der Neunzigerjahre fanden diese Jugendlichen ihren eigenen Weg, konstruktiv und gemeinsam an Utopien zu arbeiten.

### Der Hohe Meißner 1913: Zerbrechliche Einigung der Jugend- und Lebensreformbewegung

Das Treffen auf dem Berg Meißner 1913, der dann erst im Zuge der Mythologisierung dieses überverbandlichen Jugendtreffens „Hoher Meißner“ genannt wurde (ein Berggipfel war es dennoch und das Wetter war oft diesig-neblig), war



AufTakt, 1993 in Magdeburg. Foto aus dem besprochenen Buch

ursprünglich als Beitrag der Jugendverbände und der Lebensreform-Bewegung zur Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht vom 16.-19.10.1813 geplant, also der sog. „Befreiungskriege“ gegen Napoleon. Der Bezug war durchaus positiv gemeint und so unterlag dem Jugendfestival auch ein nationalistischer Zug, der etwa in Liedern zum Ausdruck kam, wenn man sich auch in der Einladung von „billigem Patriotismus“ und „politischer Verhetzung“ abgrenzte (S. 150). Eingeladen hatten die damaligen Jugend- und Lebensreformverbände aus der Wandervogel-Bewegung, den Studentenverbindungen, der Schulreform-Bewegung, der Lebensreform-Gruppe „Vortrupp“ sowie Schülerbünde.

Es nahmen schließlich zwischen 2.000 und 4.000 Menschen teil (ca. 25 % Frauen). Auch hier kamen die meisten TeilnehmerInnen aus bürgerlichen und bildungsnahen Familien (S. 148). Die jungen TeilnehmerInnen waren auffällig gekleidet, die Frauen mit Blumen im Haar plus Runenschmuck, die Männer mit Wanderkluft, Kniehose und Zupfgeige. Beim Treffen tanzten die Jungen buchstäblich durch, während die Älteren ständig Reden schwangen, die akustisch kaum zu verstehen waren. Sie wurden aber später in einem „Redenheft“ (1913/19) zusammengefasst, wodurch die Inhalte weite Verbreitung fanden.<sup>1</sup> Es kam zu der Einigung der Jugend- und Lebensreformbewegung durch die inzwischen mythologisierte „Meißner Formel“, einen wenig aussagekräftigen Kurzttext, in dem von der „inneren Freiheit“ der Jugendlichen die Rede ist und konkret nur Alkohol- und Nikotinverzicht gefordert wird – in der Wirkung trotzdem nicht zu unterschätzen, denn dadurch wurden die studentischen Burschenschaften aufgeweicht und pluralistischer, die bis dato nach der Mensur nur sofften und qualmten. Von 1914-1923 gab die durch das Treffen geeinte Bewegung die Zeitschrift „Freideutsche Jugend“ heraus. Es wäre spannend zu erfahren, wie denn die damaligen anarchistischen Ju-

gendzeitschriften, über die Bernd Drücke im November 2011 in der GWR Nr. 364 (S. 11-12) berichtete, auf das Treffen auf dem Hohen Meißner reagierte, wie etwa das Verhältnis von Ernst Friedrichs „Freier Jugend“ (1919-1926) zur Zeitschrift „Freideutsche Jugend“ war. Darauf gibt Karsten Schulz leider keine Hinweise bzw. er weist lediglich auf die Spaltung der Freideutschen Jugend in den Zwanzigerjahren in eine rechte (völkisch-antisemitische), eine nichtmarxistisch-sozialistische und eine marxistisch-kommunistische Strömung hin (S. 174).

### Die Utopien, bedroht von Rechts

Auftakt-Schirmherr und Zukunftsforscher Robert Jungk stellte schon im Vorfeld von AufTakt 1993 den Bezug zum Treffen auf dem Hohen Meißner 1913 her: „Auch sie standen der Welt der Erwachsenen kritisch gegenüber, und auch sie kämpften für soziale, politische und pädagogische Ideen.“ (S. 9) Elmar Klink, damaliges Mitglied des Graswurzelrevolution-HerausgeberInnenkreises, schrieb in der ersten von fünf Ausgaben der Festival-Zeitung „Taktlos“ einen lesenswerten Artikel: „Aufbrüche zu den Wurzeln. Anfänge und Spuren eigenständiger bürgerlicher Jugend- und Naturbewegung von 1900 bis zum 1. Weltkrieg“ (Nr. 1, S. 10). Die GWR-Redaktion stellte den Festival-OrganisatorInnen ihre Arbeitskraft zur Verfügung, um jeden Tag die 12-seitige Festivalzeitung zu produzieren.<sup>2</sup> Ich kann mich gut erinnern: Es war ein Tag- und Nachtjob, manche schliefen gar nicht, wir fielen einfach irgendwann schlafend vom Stuhl! So war das damals, auch bei den jugendlichen OrganisatorInnen des Festivals. Das zeigt deren Idealismus, von dem wir uns damals anstecken ließen. Dieser Idealismus zeigte sich bei AufTakt auch in den Inhalten, besonders ihrer ökologischen und industriezivilisationskritischen Radikalität. Der erste inhaltliche Slogan war „Mobil ohne Auto“. Dass die TeilnehmerInnen per Sternfah-

radtour nach Magdeburg kamen, war bereits Teil des ökologischen Programms einer Autokritik. Wohl nie wieder ist von einer politischen jugendlichen Massenveranstaltung die Kritik am industriezivilisatorischen Identifikationsobjekt Auto so radikal in den Mittelpunkt gestellt worden wie auf dem AufTakt-Festival 1993 und der nachfolgenden „autoFREI“-Kampagne.

Das Car-Walking wurde damals so populär, wie es heute die Kletter- und Anketaktionen gegen Castor sind. Eine unter tausend direkten gewaltfreien Aktionen soll die damalige Schaffung autofreier Räume verdeutlichen: Am Festival-samstag wurden auf dem Magdeburger Uniplatz von 2.500 Menschen „– im Rahmen einer vorher geplanten gewaltfreien Aktion – Autos vom Platz geschoben und jede durchfahrende Straßenbahn und jeder Bus (...) mit Applaus und Jubel begrüßt.“ (S. 100) Die Graswurzelwerkstatt Köln hatte 1993 für diese Bewegung ein „Aktionshandbuch gegen AutoWahn & Umweltzerstörung“ als „Praktischen Leitfaden für Gruppenarbeit und Aktionsvorbereitung“ zusammengestellt.

Hier, im radikalökologischen bis industrialismuseindlichen Idealismus, schließt sich der inhaltliche Kreis zum Hohen Meißner. Manche der damaligen Reden sind heute noch aktuell: So geißelte Redner Ludwig Klages, der sich auch 1914 vom Kriegsgeschrei nicht anstecken ließ, die industrielle Schlachtung der Tiere für die Modeindustrie; die Verstärkung, „wo durch die Mehrzahl der Zeitgenossen in Großstädten zusammengesperrt und von Jugend auf gewöhnt an rauchende Schloten“ (S. 179f.) werde; oder die Ideologie des Fortschritts: „Eine Verwüstungsorgie ohne gleichen hat die Menschheit ergriffen, die Zivilisation trägt die Züge entfesselter Mordsucht, und die Fülle der Erde verdorrt vor ihrem giftigen Anhauch.“ (S. 180)

Die „entfesselte Mordsucht“ brach sich nur ein Jahr später Bahn, und von wenigen wie Klages abgesehen ist die Bilanz hier ernüchternd. Der unhinter-

fragte Patriotismus des Meißner-Treffens, auch dort angesprochene Themen wie Malthusianismus, Rassenhygiene usw. haben dazu geführt, dass für viele Teilnehmenden die Kriegsbeteiligung 1914 nicht im Gegensatz zu den Meißner-Ideen gesehen wurde.

So muss Karsten Schulz für den Kriegsbeginn ernüchternd konstatieren: „Nur wenige unterstützten die Position der Antikriegsbewegung oder versuchten der Kriegsverherrlichung entgegenzuwirken, sondern unterstützten den ‚Chauvinismus der wilhelminischen Gesellschaft‘.“ (S. 174)

Ganz anders in Magdeburg: Der zweite inhaltliche Slogan des Festivals war „Gegen Rassismus“. Und auch wenn manche OrganisatorInnen diesen Inhalt im Nachhinein als etwas aufgesetzt einschätzten, weil die meisten stärker von ökologischen Motiven beeinflusst waren, ist im Vergleich mit dem Meißner-Treffen die Wirkung eine ganz andere gewesen. Dadurch, dass die nationalistische, pro-patriotische Grundlage weggefallen war, dadurch, dass AufTakt eine internationalistische Sternfahrradtour mit TeilnehmerInnen aus 21 Ländern war und auch durch die Inbesitznahme des Magdeburger Zentrums – einer Stadt, die zu dieser Zeit zur rechtsextremen Hochburg avancierte – von 7.500 alternativen Jugendlichen, lag die unmittelbare und mittelfristige Bedeutung auch im Aufzeigen und Leben einer anderen als der nazistischen jugendlichen Subkultur.

Darin liegt die soziale Bedeutung von AufTakt in einer Zeit der Pogrome gerade im Vergleich mit dem Meißner-Treffen. Rassismus und Antisemitismus waren 1913 unhinterfragt, mit katastrophalen Folgen für die weitere Sozialisation Jugendlicher.

Ein großer Dank geht an den Verlag für die Herausgabe dieses schönen, vielfältig illustrierten Buches.

Slipperman

Anmerkungen:  
1 Es gibt auch einen kurzen SW-Stummfilm über das Treffen auf DVD (Vorlage: Film des Bundesarchivs in Koblenz)  
2 Sie ist im Internet abrufbar unter: www.auftakt93.de/taktlos.php

Deutschsprachige Ausgabe

DANIEL GROSS  
STAGHTON LYND  
TOM KEOUGH

**Solidarity Unionism**  
Ein Bericht über Strategie und Praxis der Organizing-Kampagne der Starbucks Workers Union seit 2004.

32 Seiten, 1 Euro

Bestellungen bitte an: [iww.muenchen@gmx.de](mailto:iww.muenchen@gmx.de)

LeserInnenbriefe

**Patriarchalisch geprägt: KB**

Betr.: Undogmatisch und radikal. 40 Jahre „Trüffelschwein“ ak, Artikel von Bernd Drücke, in: GWR 365, Januar 2011, S. 20

Lieber Bernd,

habe gerade in der Januarausgabe deinen Text über AK/a&k gelesen.

Als ehemaliges Mitglied des KB und der Gruppe K habe ich zwei Anmerkungen: Zum einen war der Kommunistische Bund nicht nur rebellisch, sondern sicher auch patriarchalisch geprägt - wie deutsche Vereine in der Regel so sind. Eine kollektive Aufarbeitung gerade des abgrenzenden Umgangs mit libertären Linken hat es nie gegeben, ebenso wenig wie eine Aufarbeitung anderer Fehler, etwa der Illusionen über eine Mitarbeit bei den Grünen. Hier hat das nicht stattgefunden, wofür eine Organisation eigentlich hilfreich sein sollte. Aber die Mitgliedschaft des KB war sehr heterogen, es gab auch viele Antiautoritäre. Insbesondere in der größten Ortsgruppe in Hamburg gab es in den 80er Jahren gute Ansätze, nicht alles den zentralisierten Erfordernissen der Zeitungsproduktion unterzuordnen und wieder stärker eine kollektive Praxis von unten, in der Mitgliedschaft zu entwickeln. Der Jugendbereich im KB hat in den 80er Jahren eh nahezu völlig auf sich alleine gestellt agiert - politisch haben wir uns von den Grünen wegorientiert, organisatorisch und finanziell waren wir auch weitgehend unabhängig. Außer, dass wir die Büroinfrastruktur des ak genutzt haben und punktuell Kampagnen unterstützt haben. Aber wir hatten immer eine eigene Zeitung und eine eigene Bündnispolitik, 1988 etwa unter dem Motto „Sozialistischer Weltfunk gegen IWF und Weltbank!“ gemeinsam mit Jugendlichen aus dem BWK und den trotzkistischen Maulwürfen.

Und MachtpolitikerInnen der Parlamentsparteien sind ja nun auch etliche dem vermeintlich antiautoritären feministischen- oder Anarcho- oder Spontispektrum entsprungen oder bürgerlichen Bürgerinitiativen, oder rechten heimattümelnden Organisationen oder biologischen Ökozusammenhängen. Es greift zu kurz, hier nur eine Linie von den K-Gruppen zum grünen Funktionsapparat wie dem Dosenpfandminister zu ziehen.

Zum zweiten sind die heutigen Bahamas und deren Anbiederung an die Außenpolitik der USA gerade dem Scheitern der Gruppe K und nicht deren Kontinuität entsprungen: Die Hamburger Gruppe, die weitgehend aus dem KB kam, und mit dem Ende des Kommunistischen Bundes und dem Rauswurf aus der ak-Redaktion nicht dauerhaft klarkam, löste sich 1995 auf und übergab die Bahamas an die Berliner Gruppe, von denen nur ein Teil und auch nur kurz noch im KB war. In der ersten Berliner Bahamas ist eine Erklärung nachzulesen, wonach eine Minderheit gegen die Übergabe der Zeitschrift an die Berliner Gruppe protestiert und erklärt, dass deren politische Ausrichtung „bekämpft“ gehört. Einer der (wenigen) Unterzeichner und Gründer der Gruppe demontage war ich - uns wurde in dieser Auseinandersetzung unter anderem vorgeworfen, wir hätten „wohl ein Problem mit Autoritäten“. Damit schließt sich zwar der Kreis zu Fehlern im KB und anderswo, aber die heutige Ausrichtung der Bahamas ist eine komplett andere als bis Oktober 1995 und die große Mehrzahl der ehemaligen Mitglieder der Gruppe K war gegen den Jugoslawien- oder den Irakkrieg. Zum Jubiläum von a & k erscheint in der Januarausgabe der Contrast ein Text, in dem ich kurz auf die Spaltung des KB (und der ak-Redaktion) eingehe: „Die an der PDS interessierte Mehrheit war 1992 nicht mehr bereit, mit der Minderheit gemeinsam den AK herauszugeben. Nach einer Umbenennung in analyse & kritik war und ist die Zeitung weiterhin ein wichtiges Medium für radikale Linke, nur eben ohne die Minderheit, die Gruppe K. Nach dem Ende des gemeinsamen ak gab die das Zirkular Bahamas heraus. Das blieb aber ein kurzes Intermezzo. Ende 1995 war die Luft draußen, die Hamburger Redaktion der Bahamas löste sich auf und übergab den Titel einer Berliner Gruppe, die daraus etwas entwickelte, was mit dem kommunistischen Zirkular aus Hamburg nur mehr den Namen gemein hat.“

Solidarische Grüße,

Gaston Kirsche, Hamburg

**Merkwürdig**

Betr.: Libyen: Wem sollen wir glauben? Bernard-Henri Lévy oder Rony Brauman?, Artikel von Slipperman, in: GWR 365, Januar 2012, S. 9

In der Januarausgabe findet sich der Artikel „Libyen: Wem sollen wir glauben? Bernard-Henri Lévy oder Rony Brauman?“

Dieser Titel beziehe sich auf ein „Streitgespräch“ der beiden genannten, wobei die GWR-Redaktion mitteilt: „Weil Lévy ein unglaubwürdiger Kriegstreiber ist, stellen wir hier ausschließlich die Position von Brauman dar.“

Dies hat mich irritiert. Denn: Ein Streitgespräch, bei dem man nur die Meinung von einer Seite mitgeteilt bekommt, erscheint mir merkwürdig. Gesetzt den Fall, die Redaktion hat mit ihrem Urteil recht, wonach Lévy ein „un glaubwürdiger Kriegstreiber“ ist, ist deshalb die Position gerechtfertigt, ihm erst gar nicht zuzuhören? Wenn er ein „un glaubwürdiger Kriegstreiber“ ist, dürfte es für Rony Brauman doch ein leichtes sein, Lévy zu widerlegen. Oder ist die Sache doch komplizierter? Vermeintlich so kompliziert und uneindeutig, dass man als Redaktion lieber gleich für den/die Leser/in mitentscheidet, welche Stimmen man hören und als glaubwürdig betrachten sollte und welche nicht? Das aber scheint mir einer anarchistischen Zeitschrift unangemessen. Jean Grave meinte einst: „Der Anarchist sollte sich nur dann eine Meinung über eine Frage bilden, wenn er dieselbe nach Möglichkeit von allen Seiten untersucht hat. Wenn man bloß gedankenlos einige Formeln nachspricht, ohne die tatsächlichen Umstände in Betracht zu ziehen und jeden, der nicht auf diese Formeln schwört, als Unwissenden oder Verräter behandelt, trägt man nur zur Entstehung neuer Dogmen bei, welche in ihrer Art kaum weniger verderblich sind als die alten.“

Dieser, im Übrigen sowohl als Einzelne/r, wie auch als Zeitschrift durchaus schwer zu verwirklichende Ansatz scheint mir in Bezug



Zeichnung: Findus

auf das hier zur Debatte stehende Thema umso mehr von Bedeutung, als aus der LeserInnenchaft Stimmen laut wurden, die beklagt haben, dass Teile der Redaktion – in diesem Fall Bernd Drücke –, „sämtlichen Argumenten systematisch aus dem Weg (...) gehen“ würden, „die seiner Deutung des NATO-Krieges gegen Gaddafis Truppen (...) widersprechen“ (Nikolaus Brubach in GWR 364). Brubach hat in seinem Leserbrief dann Lévy als ein Beispiel für „Akteure“ genannt, „deren humanitäre Motivation ich für glaubwürdig halte“ und betont: „wer in der konkreten Situation bereit ist, Leben zu opfern, um Völkermord, Aggression oder Unterdrückung abzuwehren, der ist kein Unmensch.“

Slipperman scheint nun bei seiner Rechtfertigung des Urteils der Redaktion noch nebenbei Brubach dadurch widerlegen zu wollen, indem er zu zeigen versucht: Lévy ist ein Unmensch. Dabei stört mich vor allem, dass der Artikel seinen Protagonisten in jeder Hinsicht schlecht zu machen versucht. Denn: Vieles dürfte dabei wohl zutreffend sein und ich habe auch an sich keine Lust Lévy zu verteidigen. Aber es handelt sich hier generell um eine wichtige Stilfrage darüber, wie Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zu führen sind. Und so finde ich es beispielsweise problematisch den Vorwurf, wonach unter Lévy's Führung „afrikanische Arbeiter im Unternehmen sklavenähnlich behandelt“ worden sein sollen, nur auf der Grundlage eines Wikipedia-Eintrags zu erheben, der wiederum selbst keine konsultierbare Quelle hierfür angibt. Und wenn von den „Neuen Philosophen“ die Rede ist, deren „Hauptprotagonist“ er gewesen war, verfehlt die Darstellung – sie hätten „den Kapitalismus mittels einer neuen Totalitarismustheorie“ verteidigt – den eigentlichen Punkt der damaligen Debatte. Denn in erster Linie wandten sich die Neuen Philosophen gegen den zeitgenössischen Stalinismus und versuchten den osteuropäischen DissidentInnen Gehör zu verschaffen, weshalb der langjährige Antistalinist (und Ex-Mitglied von *Socialisme ou barbarie*) Claude Lefort meinte, dass durch sie „die Zeugnisse der Dissidenten [aus den realsozialistischen Staaten] ein breites Echo gefunden“ hätten und sie mit ihren Interventionen „eine ganze Reihe von marxistisch-leninistischen Pedanten zum Schweigen gebracht“ hätten – jene ehemaligen „Spezialisten der revolutionären Einschüchterung“. Der von Slipperman aus Einfachheit (?) vorgenommene Fokus auf das pro-kapitalistische Engagement der „Neuen Philosophen“ – das ich in dieser Eindeutigkeit nicht erkennen kann – ähnelt dabei erstaunlich den orthodox kommunistischen Stimmen jener Zeit, die ja noch jeder/m DissidentIn vorwarfen, im Dienst des Kapitals zu stehen. Lévy hat jedenfalls seinerzeit auf die „Tradition des Liberalismus und die Tradition des Anarchismus“ als Quellen seiner Gedanken verwiesen. Und in seiner Sartre-Biografie hat er immerhin kürzlich noch die Bedeutung von Camus hervorgehoben, als er über die Auseinandersetzung zwischen Camus und Sartre schrieb: „Hier ging es um mehr als um einen Streit zwischen Intellektuellen, um mehr als um die epochale theoretische Diskussion, hier ging es um das Leben, den Tod und die Würde von zig Millionen Männern und Frauen.“ Mich stört an dem Artikel über Lévy, dass die eigentliche Frage nicht zur Sprache kommt: sind seine Argumente stichhaltig oder nicht? Diese Auseinandersetzung *in der Sache* wird ersetzt durch eine Auseinandersetzung *mit dem Menschen*. Um es absichtlich polemisch zuzuspitzen: eine durchaus leninistische Herangehensweise! Slipperman schreibt nun abschließend: „Lévy ist unglaubwürdig. (...) Er wird also bei allen Analysen und Berichten ausschließlich Punkte aussuchen, die seine Sicht stützten.“ Heißt das dann aber, dass es diese „Punkte“ gibt? Dem scheint nicht so zu sein, denn: „sie [Lévy und Brauman] berichten aus demselben Land so, als sei der eine auf dem Mond und der andere auf dem Mars gewesen, so sehr unterscheiden sich ihre Analysen und Augenzeugenberichte, wie immer, wenn es um die Wahrheit in Kriegen geht.“ Hier haben wir eine folgenreiche Verallgemeinerung. Denn wenn dieses Problem „immer“ besteht – was in gewisser Weise durchaus zutreffend ist, wobei die von Slipperman implizit nahe gelegte „Lösung“ das Problem ist – heißt das nicht, zu suggerieren, dass wir zukünftig unser Vertrauen einfach immer nach dem Kriterium ausrichten, ob uns eine Position gefällt oder nicht? Gegen diese verführerische Bequemlichkeit hilft meines Erachtens nur die möglichst breite, offene Debatte, die es ermöglicht, fundierte Positionen zu erarbeiten – Positionen für die es kennzeichnend ist, dass sie mehr sind als „eine Art begleitender Motivmusik“ (Gustav Landauer), welche das leichteste Windchen nicht überstehen. Philippe Kellermann, Berlin

**Falsch und unfair**

Betr.: Libyen: Wem sollen wir glauben? Bernard-Henri Lévy oder Rony Brauman?, Artikel von Slipperman, in: GWR 365, Januar 2012, S. 9

Der Autor dieses Artikels unterstellt mir aufgrund meiner – zugegeben polemischen – Aussage, die Truppen Gaddafis auf dem Vormarsch nach Bengasi hätten sich nicht durch Sitzblockaden aufhalten lassen, ich hätte mit der Formulierung „eine ganz evidente Lächerlichkeit gewaltfreier Widerstandsformen“ bloßstellen wollen, die „in Wirklichkeit gerade in den arabischen Aufständen massenhaft

praktiziert werden“.

Diese Unterstellung ist falsch und unfair. Ich habe mich in meinem Leserbrief einzig und allein auf die konkrete Situation in Libyen kurz vor dem Eingreifen der beteiligten NATO-Staaten bezogen, die dadurch charakterisiert war, daß hier ein skrupellos gewaltbereiter Diktator in Bengasi ein Blutbad anzurichten. Über die Wirksamkeit gewaltfreier Widerstandsformen in anderen Ländern des „arabischen Frühlings“ oder gar im Allgemeinen habe ich gar keine Aussage gemacht. Ich habe allergrößten Respekt vor gewaltfreiem Widerstand als politischer Kampfmethod und bin heilfroh, daß es in Tunesien und Ägypten gelungen ist, Diktaturen zu stürzen ohne große Opfer an Menschenleben.

Ich bin allerdings der Überzeugung, daß es Situationen gibt, in denen gewaltfreie Kampfmethoden zum Scheitern verurteilt sind. Drei Beispiele will ich nennen: (1) Die Niederschlagung des sog. „Prager Frühlings“ durch sowjetische Panzer 1968; (2) die Niederwalzung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989; (3) die brutale Unterdrückung der Protestbewegung gegen gefälschte Wahlen im Iran 2009.

Entscheidend ist immer die konkrete Situation in all ihren Facetten: Über welchen Machtapparat verfügt eine Diktatur? Ist sie gewillt, ihn einzusetzen? Welche Opfer ist ein Machthaber bereit in Kauf zu nehmen? Wie loyal sind seine Sicherheitskräfte? Wie trainiert und entschlossen sind gewaltfreie Aufständische? Welche Opfer sind sie bereit in Kauf zu nehmen?

Die Erfahrungen mit gewaltfreien Aufständen und gewaltfreiem Widerstand gegen eine reguläre Armee zeigen: Gewaltfreie Widerstandsformen können erfolgreich sein, können aber auch scheitern. Soviel Differenziertheit muß sein.

Nikolaus Brubach, Landau, 25.12.2011

**Cover forever**

Betr.: For ever black. Nachruf auf Georg Kreisler (18.7.1922 – 22.11.2011), Artikel von Horst Blume, in: GWR 365, Januar 2012, S. 15

Dass Georg Kreisler nun wohl auf alle Zeiten zuvorderst mit der Ballade vom „Taubenvergiften im Park“ assoziiert werden wird ist umso tragischer, als dieses Sujet textlich wie musikalisch so unverkennbar „Poisoning pigeons in the park“ des nicht minder virtuosen Tom Lehrer entlehnt ist.

Zwar hat Kreisler stets hartnäckig bestritten, das Thema bewusst übernommen zu haben, angesichts des Umstands, dass Lehrers Song zum Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Wien und damit in den deutschsprachigen Raum bereits zwei Jahre auf Platte kursierte und der offenkundigen Parallelen, die in Zeiten von youtube jederzeit mit zwei Mausclicks nachzuvollziehen sind, darf das wohl getrost als bloße Schutzbehauptung gewertet werden. In der gelungenen Kombination des Ausdrucks übersäumender Lebensfreude mit denkbar makabrem und anstößigen Tun ist das „Taubenvergiften im Park“ gerade keine 1:1-Kopie, sondern die kongeniale Adaption der amerikanischen Vorlage. „I would like to thank George Kreisler for introducing my songs to the German public“, kommentierte Lehrer auch nur trocken. Man kann sich vorstellen, wie Kreisler bis zuletzt gelitten haben muss. Zu allem Überfluss finden sich eher noch deutlichere Übereinstimmungen auch in dem Lied „Die Hand“ („I hold your hand in mine“), das demgegenüber wiederum so gut wie vollständig dem Vergessen anheim gefallen ist.

Ausgesuchte Grüße!

Torsten Schulz

Anzeigen

Informativ, knapp und klar: **Ossietzky**

Die Schaubühne seit 1905  
Die Weltbühne seit 1918  
Ossietzky seit 1998

**Ossietzky** – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.  
Informativ, knapp und klar: **Ossietzky**

**Ossietzky** erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

**Bestelladresse:**  
Verlag Ossietzky GmbH  
Weidendamm 30 B  
30167 Hannover  
Fax 0511 - 21 55 126  
ossietzky@interdruck.net

**Jahresabo / Geschenkabo**  
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),  
**Halbjahresabo / Geschenkabo**  
12 Hefte € 32,-  
**Jahresförderabo** € 104,-  
**www.ossietzky.net**



»The people demand...«  
**Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke. Ein ak-Sonderheft.**

64 Seiten, € 4,50 (+ Porto). Buchläden u. WiederverkäuferInnen erhalten Rabatt. Bestellungen an: vertrieb@akweb.de. Oder ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg

# M31 - Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus

31. März 2012

Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise in der EU (und global) zu.

Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, und der Kapitalismus verdrängt zunehmend die Konkurrenz. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten.

Doch gerade passiert das Gegenteil: Die Herrschenden in der EU und ihren Mitgliedsstaaten setzen auf mehr „Wettbewerb“ und einen brutalen Sparkurs, um das „Vertrauen“ und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Für einen Großteil der Bevölkerung bedeutet dies eine zunehmende

Krise und Ohnmacht, heißt Armut inmitten von Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

### Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorte intensiviert. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Eu-

ropa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. Diese Entwicklung belastet alles: wie wir lernen, wie wir arbeiten, wie wir mit einander umgehen.

In den so genannten „aufstrebenden Märkten“ herrscht eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum, das nur Privilegierten zu Gute kommt.

Die neoliberale Transformation hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatenthandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht „Gier“ und „Korruption“ einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen



Krisendemo am 28. März 2009

Foto: GWR-Archiv

sind. Doch diese Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können daher auch von uns verändert werden.

### Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten „über ihre Verhältnisse gelebt“ und gelten jetzt als „Schuldensünder“.

Mit dem Versuch, über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen, taten sie, was alle tun, nur weniger erfolgreich.

Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und den milliarden-schweren „Rettungsfonds“ ESM ist an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische „Schuldenbremse“ soll „die Märkte beruhigen“, zu Lasten der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs

konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern gab es heftigen Protest.

Allerdings traten dabei die großen nationalen Gewerkschaften als Schützer ihrer Standortinteressen auf und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Gleichzeitig sind jedoch überall Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden – hieran gilt es anzuschließen. Denn wenn sich etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

### Unser Leben in unsere Hände

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ, wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement.

Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Kapitalismus und organisieren uns europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Unsere Demonstrationen

in Griechenland, Spanien, Deutschland und anderen europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung.

Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten.

Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren und einen langen Atem haben. Obwohl die Krise in den europäischen Ländern oft unterschiedlich verläuft, haben wir ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein.

Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. „Echte Demokratie“, wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus!

Weitere Informationen gibt es in den nächsten zwei Monaten in verschiedenen Sprachen unter [www.march31.net](http://www.march31.net)

### Termine

### Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, D-48143 Münster, Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: [redaktion@graswurzel.net](mailto:redaktion@graswurzel.net). An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Slipperman, Rudi Friedrich, Michael Wilk, Detlev Beutner, Joseph Steinbeiß, Otmar Steinbicker, Sigrid Lehmann-Wacker, Cécile Lecomte, Jorinde Reznikoff, KP Flügel, Vadim Damier, Gaston Kirsche, Findus (Cartoons), Sebastian U. Kaicha, Horst Blume, Matthias Eickhoff, Jakob B. Hutten, Jörg Siegert, Denise Kürschner, Maurice Schuhmann, Wanderverein Bakuninhütte, Bündnis Dresden Nazifrei 2012, u.a.; GWR-Financen: E-Mail: [financen@graswurzel.net](mailto:financen@graswurzel.net); GWR-Vertrieb & GWR-Buchverlag: Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351, E-Mail: [abo@graswurzel.net](mailto:abo@graswurzel.net) (Abo- & Vertriebsangelegenheiten) & [buchverlag@graswurzel.net](mailto:buchverlag@graswurzel.net) (Buchverlag); Druck: Caro-Druck, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Die Zeitung Graswurzelrevolution steht der War Resisters' International (WRI) nahe und ist Mitglied beim linken Politik- und Wissenschaftsportaal [www.linksnet.de](http://www.linksnet.de). Dies ist Nummer 366 im 41. Jahrgang. Verantwortlich sind wir im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechtes ist dies: Bernd Drücke, c/o Redaktion Graswurzelrevolution Münster. Alle Beiträge erscheinen in Eigenverantwortlichkeit der AutorInnen. Über die Redaktion können auch AutorInnen schriftlich erreicht werden, die ihre Artikel nicht namentlich kennzeichnen. Die Auflage ist diesmal 3.500. Es gilt die Anzeigenpreisliste 14 vom 1.1.2002. Die ISSN ist 0344/2683, das Vertriebskennzeichen D 4025 E. Die GWR erscheint monatlich mit einer Sommerpause im Juli/August. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 10. Februar 2012. Über unverlangte Manuskripte und Fotos freuen wir uns, können aber keinen Abdruck garantieren. Honorare zahlen wir nicht. Wir arbeiten mit PC mit dem Programm PageMaker 6.5 für Windows und können die gängigsten Textverarbeitungsprogramme verarbeiten. Nachdruck nur mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar freut uns. Abo und Wiederverkauf: siehe nebenstehenden Abo schnippel. Konto: 26657207, Postbank Hamburg, BLZ 20010020. Internet: [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net) (E-Mail: [webmaster@graswurzel.net](mailto:webmaster@graswurzel.net) = alles, was die Website betrifft)

### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

### Graswurzelrevolution

bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen bisher in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie. Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.



## graswurzel revolution

für eine gewaltfreie,  
herrschaftslose gesellschaft

### Ich abonniere die GWR

- GWR-Jahresabo\* 10 Ausgaben für 30 €
- GWR-Auslandsabo\* 10 Ausgaben für 40 €
- GWR-Förderabo\* 10 Ausgaben für 55 €
- GWR-Schnupperabo\*\* 3 Ausgaben für 5 €
- Geschenkabo\*\*\* (10 Ausgaben für 30 €) an:

Abopremien

(nur solange der Vorrat reicht!)



Name, Vorname: .....

Straße, Nr.: .....

PLZ, Ort: .....

Tel. (für evtl. Rückfragen) .....

\* Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden.  
 \*\* Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich. Bitte Vorkasse.  
 \*\*\* Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch.

Zum Jahresabo hätte ich gerne eine Abo-Prämie:  
**ein Buch**, und zwar

- Robert Halbach (Hg.): Der Rebell Anarchik! – Weshalb schwingen die Anarchisten eine schwarze Fahne? (Karin Kramer Verlag, Berlin 2008, 94 Seiten)
- Achim von Borries: Rebell wider den Krieg. Bertrand Russell 1914 - 1918 (Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 95 Seiten)
- Bernd Drücke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.): Abel Paz und die Spanische Revolution (Verlag Edition AV, Frankfurt/M. 2004; 116 Seiten)
- Graswurzelrevolution-Sonderheft „Parlamentarismuskritik“ (2. Aufl. 1994, 99 Seiten)
- Graswurzelrevolution-Sonderheft „Anarchismus und Gewaltlose Revolution heute“ (94 S.)

Ich möchte als **WiederverkäuferIn** helfen, die GWR zu verbreiten. Ich bestelle ab der nächsten Nummer ..... Exemplare. Rabatte: ab 2 Exemplaren: 20%; ab 5 Ex.: 30%; ab 15 Ex.: 35 %; ab 30 Ex.: 50%; Buchhandel: generell 30 %. Zahlungen nach Erhalt der Rechnung oder per Lastschrift. Rückgabe unverkaufter Exemplare möglich.

Bitte schickt ein kostenloses **GWR-Probeexemplar** an ...

Ich möchte die GWR unterstützen und spende ..... € (auf das Konto GWR KtoNr. 266 57-207 BLZ 200 100 20 Postbank Hamburg)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Ich lege Scheck/Briefmarken/Bargeld bei.

Ich ermächtige euch hiermit, die Rechnung für Abo und/oder Wiederverkauf per **Lastschrift** (nur bei inländischer Bankverbindung möglich) einzuziehen.  
 Konto: ..... BLZ: .....  
 Bank: .....

Die Ermächtigung wird sofort ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe. Diese Bestellung kann zehn Tage lang rückgängig gemacht werden.

Datum, Unterschrift: .....

Ausschneiden oder kopieren, faxen oder in einen Umschlag stecken und ab gehts an:  
**GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250; Fax: -351**  
 GWR 366, Februar 2012